



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

sinus:

WZB



Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

SUBJEKTIVE FREIHEIT

Persönliche Erwartung und Wahrnehmung – Eine Studie

ANALYSE

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

🌐/freiheit.org

📘/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

📺/FNFreiheit

📷/stiftungfuerdiefreiheit

Verfasst von

Ludwig Theodor Heuss, Karl-Heinz Paqué,
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger,
Sven Hilgers, Thomas Volkmann,
Norbert Schäuble, Frauke Stockmann,
Bernhard Weßels, Michael Link

Redaktion

Dr. Michaela Lissowsky, Thomas Volkmann, Sven Hilgers

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34

Telefax +49 30 690881-02

E-Mail service@freiheit.org

Stand

Februar 2022

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

ISBN

978-3-948950-34-7

Befragung durchgeführt von

SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH, Heidelberg

Inhalt

VORWORT	4
EXECUTIVE SUMMARY.....	5
FRAGESTELLUNG, SYSTEMATIK UND METHODIK.....	6
ANALYSE.....	12
1. SUBJEKTIVES FREIHEITSGEFÜHL – EINE EINORDNUNG	12
2. DIE LAGE DER FREIHEIT IN DEUTSCHLAND	14
3. FREIHEIT – WUNSCH UND REALITÄT IN LIBERALEN UND SEMI-LIBERALEN DEMOKRATIEN	26
4. FREIHEIT IN UNFREIEN SYSTEMEN	36
5. UNGEBROCHENER FREIHEITSDRANG AUCH IN UNFREIEN LÄNDERN	41
6. NACHHALTIGKEIT UND FREIHEIT	42
7. SINUS-META-MILIEUS UND FREIHEITSWAHRNEHMUNG.....	50
8. BEWERTUNG UND KONSEQUENZEN	56
AUTORINNEN UND AUTOREN	58

Vorwort

Prof. Dr. Ludwig Heuss

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Ziel der politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Nau-
mann-Stiftung für die Freiheit besteht darin, die Menschen
für die Freiheit zu sensibilisieren und ihnen die Möglichkeiten
für gesellschaftliche und politische Teilhabe in Freiheit zu
vermitteln. Verständnis ist die wichtigste Voraussetzung für
politische Beteiligung. Deshalb wollen wir durch die politische
Bildung den Menschen den Liberalismus nahebringen – und
damit auch begreifbar machen. Politische Bildung findet aber
nicht nur im Kopf statt – im Mittelpunkt unserer Arbeit steht
der ganze Mensch mit seinen Werten und Ideen, die es zu hin-
terfragen oder zu bestärken gilt.

Karl-Hermann Flach bezeichnete den Liberalismus als „Ein-
satz für größtmögliche Freiheit des einzelnen Menschen und
Wahrung der menschlichen Würde in jeder gegebenen oder
sich verändernden gesellschaftlichen Situation.“ Dazu ist er-
forderlich, von Zeit zu Zeit die Werthaltungen, die Auffassun-
gen und die Vorstellungen der Menschen von und zur Freiheit
erfragen. Der Liberalismus sieht Staat und Gesellschaft nicht
als statische, in allen Einzelheiten vor-festgelegte, ideologisch
begründete und damit quasi unveränderliche Gegebenheiten
an. Vielmehr betont er die Dynamik und die Veränderlichkeit
der menschlichen Beziehungen untereinander, auf denen
das gesellschaftliche Gefüge insgesamt beruht. Und deshalb
müssen wir immer wieder überprüfen, ob der gesellschaft-
liche Kompass noch exakt anzeigt, in welche Richtung die
Gemeinschaft der Menschen sich bewegt. Das betrifft die
Verhältnisse in Deutschland, es betrifft aber ebenso die Be-
schreibungen von Freiheit weltweit, die uns in einer immer
mehr globalisierten „Weltgesellschaft“ begegnen. Freiheit und
menschliche Würde sind schließlich nicht westliche, sondern
universelle Werte, die einer globalen Durchsetzung bedürfen.

Hiermit legen wir die Auswertung einer in 15 Ländern der Welt,
inklusive Deutschlands, durchgeführten Befragung zum Zu-
stand der Freiheit vor. Gemeinsam mit dem Wissenschafts-
zentrum Berlin für Sozialforschung haben wir Ansichten und
Meinungen, Einschätzungen und Wertungen zu einzelnen
Aspekten der Freiheit abgefragt und analysiert. Die Ergebnis-
se sind zu vielschichtig und zu komplex, um sie hier in einem
Satz zusammenzufassen. Aber so viel sei gesagt: Es bleibt
viel zu tun!

Wir wünschen spannende und erkenntnisreiche Lektüre!

Executive Summary

Die vorliegende Studie befragt Menschen in 15 Ländern direkt zu ihrem subjektiven Freiheitsempfinden. Sie liefert eine Beurteilung aus der Perspektive der Bürger und mehr noch: einen Vergleich zwischen dem, was Bürgerinnen und Bürger für ihre Freiheit als wichtig erachten und dem, wie sie die Realität in ihren Ländern beurteilen. Die Studie konzentriert sich dabei auf die Themen und Aspekte, die für die persönliche, individuelle Freiheit der eigenen Lebensgestaltung und der politischen Mitwirkung zentral sind. Sowohl thematisch als auch mit der Anlage als Soll-Ist-Vergleich ist die Studie damit ein zentraler innovativer Beitrag zur Selbstbeobachtung von Gesellschaften. Gleichzeitig kann diese Studie damit aber keine objektive Messung von Freiheit leisten.

Für Deutschland gilt: Die Menschen sind mehrheitlich mit ihrem Leben zufrieden. Sie betonen ihre persönliche Freiheit, Entscheidungsfreiheit und Kontrolle über ihr Leben. Sie vertrauen in großem Maße auf die eigene Leistungsfähigkeit, und dabei auch auf einen verantwortungsvollen Freiheitsgebrauch ihrer Mitmenschen. In der Abwägung geben sie allerdings, wenn notwendig, Sicherheit und Ordnung den Vorrang vor individuellen Freiheitsrechten. Alle abgefragten Freiheitsthemen erhalten hohe Beimessungen zu ihrer Wichtigkeit. Dabei zeigt sich im Feld Privatsphäre und Bewegungsfreiheit die höchste Zufriedenheit. Aber auch in den Bereichen Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit, sowie Rechtsstaat und Bürger- bzw. Menschenrechte äußern sich 80 % zufrieden mit den Zuständen. Deutlich darunter liegen die Zustimmungsraten für die Felder Meinungsfreiheit und – vor allem – Bildung.

Im internationalen Zusammenhang ist in den liberalen Demokratien das Niveau der Freiheitswünsche hoch. Das ist ein gutes Zeichen für die Demokratie, zumindest im Vergleich zu einem gegensätzlichen Befund. Wer keine Wünsche hat, wird auch nicht für sie eintreten. Aus dieser Perspektive ist das hohe Niveau des Freiheits-„Soll“ positiv zu sehen. Die Freiheits-Aspirationen sind in semi-liberalen Ländern im Schnitt etwas geringer. Weniger Unterschiede existieren in der Frage, welche Themen den Befragten am wichtigsten sind. In sieben der liberalen und semi-liberalen Demokratien steht für die Bürger die Privatsphäre in der Wichtigkeit an erster Stelle, wobei in fünf Ländern Rechtsstaatlichkeit an zweiter Stelle und damit Meinungs- und Informationsfreiheit an dritter Stelle steht.

Zumindest in liberalen Demokratien gibt es einen hohen Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Bürger, wieviel Freiheit realisiert ist, und den Befunden von Expertenstudien. Das spricht für einen hohen Realitätssinn der Bürgerinnen und Bürger. Eine Beurteilung, dass Freiheit nicht im Maße des jeweils eigenen Ideals erfüllt wird, sollte daher nicht als für die Demokratie kritisch, sondern eher als eine realistische Einschätzung genommen werden. Insgesamt verweisen die Resultate auch unter einer recht restriktiven Messung darauf, dass es einen großen Anteil an Bürgerinnen und Bürgern gibt, der alle zentralen Aspekte der Freiheitssicherung in den drei betrachteten Dimensionen für unabdingbar erachtet. Es sind also nicht nur minimalistische Freiheitsvorstellungen, die eine größere Unterstützung erfahren, sondern sehr anspruchsvolle Freiheitsvoraussetzungen. Das ist ein gutes Zeichen.

Die subjektive Wahrnehmung der verschiedenen Freiheitsaspekte hängt stark mit der jeweiligen Lebenswelt zusammen. Die Analyse nach Sinus-Meta-Milieus zeigt: Insbesondere die Zielgruppen der Zukunft haben hohe Ansprüche an die Gewährung von Freiheitsrechten – unabhängig davon, ob in *established* oder *emerging markets*. Veränderungs- und Freiheitsbewegungen, oft ausgehend von der *Cosmopolitan Avantgarde*, breiten sich erst in diesen Milieus aus, bevor sie Einzug in den breiten Mainstream finden (können). Den *Performern* bzw. *Modern Performing* kommt eine besondere Bedeutung zu. Neben diesen Zielgruppen der Zukunft sind die *Intellectuals (established markets)* bzw. *Modern Established (emerging markets)* gesellschaftliche Gruppen, die für das Vorantreiben von Freiheitsbestrebungen von besonderer Bedeutung sind.

Eine vermeintlich neue Herausforderung für die Freiheit ist die Notwendigkeit einer heute schon an morgen denkenden und dementsprechend nachhaltig handelnden Politik. In einer Sonderauswertung wird das Verhältnis von Freiheit und Nachhaltigkeit anhand der gegebenen Antworten analysiert. Wird das jeweilige Ausmaß der Wichtigkeit der Freiheitsdimensionen in den Ländern und die Anzahl der geschätzten Nachhaltigkeits-handlungen betrachtet, zeigt sich auf der Aggregatebene der Länder ein klarer Zusammenhang: Je stärker die Freiheitswünsche in den drei Dimensionen sind, desto ausgeprägter ist das Nachhaltigkeitshandeln. Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich bei der Zustimmung zu Pro-Nachhaltigkeitsaussagen. Je wichtiger die Dimensionen der Freiheit jeweils angesehen werden, desto höher ist die (geschätzte) Zustimmung zu den die Nachhaltigkeit unterstützenden Aussagen. Für die Bürgerinnen und Bürger steht damit Nachhaltigkeit nicht im Widerspruch zu Freiheit.

Fragestellung, Systematik und Methodik

Einführung in die Publikation

Thomas Volkmann, Sven Hilgers

Freiheit: Jede und jeder empfindet sie anders. Die einen bemerken sie erst, wenn sie fehlt. Die anderen genießen sie täglich in vollem Bewusstsein, dass sie nicht alltäglich ist. Die einen brauchen ein hohes Maß an Freiheit wie die Luft zum Atmen, die anderen haben sich in ihren kleinen Freiheitsräumen eingerichtet und suchen stattdessen eher die Sicherheit. Unsere Aufgabe, im Hinblick auf unsere politische Bildungsarbeit, ist es, gesellschaftliche Trends aufzuspüren und in der öffentlichen Diskussion zu thematisieren, die zeigen, wie es um die gesellschaftliche Akzeptanz der Freiheit steht, wo Defizite liegen könnten und wie diesen begegnet werden kann. Dazu muss man die Haltungen und Einstellungen der Menschen zur Freiheit kennen und vor allem erkennen, welches Maß an Freiheit in welchem Bereich des gesellschaftlichen Lebens die Menschen für sich fordern.

Wie misst man Freiheit?

Informationen und Meinungsäußerungen zu einzelnen Aspekten eines Lebens in Freiheit sind verfügbar. Theoretische Grundlagen der Freiheit werden in Büchern, in Reden, in Meinungsbeiträgen und Stellungnahmen in Medien und Wissenschaft eingehend diskutiert. Auch Meinungsumfragen sind erhältlich: Mal geht es speziell um den Grad wirtschaftlicher Freiheit, mal um den Zustand der Meinungsfreiheit, gelegentlich auch um Religionsfreiheit. Was uns aber auffiel: Es gibt bislang keine international angelegte vergleichende Freiheitsstudie, die die Menschen direkt zu ihrem subjektiven Freiheitsempfinden befragt. Für uns liegt ein ganz wesentlicher Aspekt der gesellschaftlichen und politischen Positionierung der Menschen in ihrem Freiheitsgefühl, also ganz allgemein in der Beantwortung der Frage, welche Freiheiten sie für sich reklamieren, welche Freiheiten sie im täglichen Leben spüren, welche Freiheiten sie vermissen.

Im Sinne eines ganzheitlichen Freiheitsverständnisses wollten wir bei den Menschen abfragen, ob sie sich generell frei fühlen, ob sie mit dem selbst wahrgenommenen Set an persönlichen Freiheiten zufrieden sind, oder ob sie Defizite sehen und ob sie in diesem Fall Korrekturen anmahnen.

Die Fragen

Der Fragebogen zur Befragung wurde entsprechend gestaltet. Der erste Fragenkomplex betrifft das allgemeine Freiheitsgefühl: Wie zufrieden sind die Menschen mit ihren Lebensumständen? Wie frei fühlen sie sich? Wie bewerten sie Ihre Möglichkeiten, wählen und kontrollieren zu können, wie ihr Leben verläuft und ob sie Einfluss darauf haben? Vertrauen sie darauf, dass ihre Mitmenschen ihre jeweilige Freiheits-sphäre verantwortungsvoll nutzen, oder misstrauen sie ihren

Mitmenschen? Verlassen die Menschen sich zur Verwirklichung ihrer Freiheit auf sich selbst, oder erhoffen sie sich Hilfe und Unterstützung von Staat und Gesellschaft?

Nachdem wir das allgemeine Freiheitsgefühl behandelt hatten, befragten wir die Menschen nach ihren Einschätzungen zu speziellen Sphären der Freiheit: im Bereich Bildung, im Bereich Privatsphäre und Bewegungsfreiheit, im Bereich Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit, im Bereich Meinungsfreiheit, im Bereich Rechtsstaat und Bürger- bzw. Menschenrechte. Hier haben wir jeweils gefragt, wie wichtig einige spezielle Ausformungen dieser Themen dafür sind, dass die Menschen sich in ihrem Land frei fühlen - und inwiefern die einzelnen Punkte in den jeweiligen Ländern, wo die Menschen leben, tatsächlich auch verwirklicht sind. Gerade dieses Gegeneinanderhalten von „Soll“ und „Ist“ kann uns wichtige Erkenntnisse über Wunsch und Wirklichkeit liefern, wenn es um Freiheitsrechte geht.

Bei der Abfrage subjektiver Einschätzungen zu Freiheitsrechten, vor allem im weltweiten Zusammenhang, ist es wichtig, die jeweiligen Antworten mit einer allgemeinen Haltung der Befragten zu Staat und Gesellschaft rückzukoppeln. Dementsprechend haben wir schließlich gefragt, welche Bedingungen herrschen sollen, damit die Menschen eine Gesellschaft als frei definieren. Zusätzlich haben wir noch gefragt, wie das Verhältnis zwischen Ordnung und Sicherheit auf der einen und den Rechten des Einzelnen auf der anderen Seite generell gesehen wird. Die jeweiligen Antwortmuster haben sich als wesentliche Definitionspunkte zur Einordnung des Antwortverhaltens herausgestellt.

Nicht erst seit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24.03.2021 zum Klimaschutzgesetz steht die Freiheit in Bezug zum Themenfeld Nachhaltigkeit ganz besonders infrage. Wir haben hierzu spezielle Fragen entworfen, um zu prüfen, wie die besondere Stresssituation, speziell bezogen auf die Diskussion um Freiheitseinschränkungen aus Umweltschutzgründen von den Menschen bewertet wird. Auch hier haben wir erfragt, inwieweit die Menschen bereit sind, aus Gründen von Umwelt- und Klimaschutz persönliche Freiheiten einschränken zu lassen und ob sich angesichts der unbestreitbaren Bedrohungen durch den Klimawandel Änderungen in ihrem persönlichen Freiheitsverhalten ergeben haben oder ergeben werden. Speziell im weltweiten Zusammenhang ergeben sich hier interessante Einblicke in die Unterschiedlichkeit der Herangehensweisen, wie auch die unterschiedlichen Level an Freiheitsverständnis und Einschränkungstoleranz.

Wie wurde gefragt?

Die von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit initiierte und konzipierte Befragung wurde von der SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH, Heidelberg, durchgeführt. Wissenschaftliche Beratung erhielten wir durch Prof. Dr. Bernhard Weißels, Kommissarischer Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Befragt wurden im Zeitraum zwischen dem 3. November 2020 und dem 28. Januar 2021 in jedem Land jeweils 1.500 Personen im Alter von 18 bis 69 Jahren, repräsentativ ausgesteuert nach Alter, Geschlecht und Bildung. Die Befragung wurde online im Verfahren der Computer-Assisted-Web-Interviews (CAWI) durchgeführt.

Die Auswahl der Länder erfolgte auf Grundlage regionaler Ausgewogenheit, der politischen Relevanz der Staaten und deren Bevölkerungsgröße. Neben Deutschland wurden China, Indien, die Türkei, Polen, die USA, Russland, Taiwan, Südafrika, Brasilien, die Ukraine, Spanien, Indonesien, Mexiko und Südkorea zur Befragung ausgewählt.

Welche Erkenntnisse haben wir erwartet?

Neben den allgemeinen Erkenntnissen der Haltungen der Befragten zu einzelnen Freiheitsrechten gewinnt die Befragung im Hinblick auf die Ergebnisse besonderen Reiz, wenn es gelingt, die Ergebnisse zueinander, in den jeweiligen Ländern wie auch im internationalen Vergleich, in Beziehung zu setzen. Neben die Aussagekraft zum Zustand der Freiheit in den einzelnen Ländern, zu den Einschätzungen der Menschen über ihre persönliche Lebenssituation und zu den Bewertungen der Menschen über die allgemeine Lage der Freiheit in ihren Ländern kann so noch ein für die Arbeit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sehr wichtiges Kriterium treten: In der Vergleichbarkeit der Daten liegt der Schlüssel für eine Analyse der weltweiten Arbeit für die Freiheit. Dementsprechend wird in dieser Studie versucht, über die Bildung von Teilindizes über einzelne Freiheitsbereiche ein Gesamtbild zu generieren, das die Situation in den einzelnen Ländern miteinander vergleichbar macht.

Teilindizes wurden anhand der Befragungsergebnisse in den Freiheitsbereichen „Bildung“, „Privatsphäre und Bewegungsfreiheit“, „Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit“, „Meinungsfreiheit“ und „Rechtsstaat, Bürger-/Menschenrechte“ gebildet. Für jeden Teilindex wird über die durchschnittlichen Zustimmungswerte die Bedeutung dieses Freiheitsaspekts gemessen (Soll) und mit der „Ist“-Einschätzung im jeweiligen Land verglichen. Hierbei ergibt sich die Zustimmung der Sollwerte aus den TOP 2 einer vierstufigen Skala der Beantwortungsstruktur von „extrem wichtig“ über „sehr wichtig“ und „etwas wichtig“ bis „nicht allzu wichtig“. Die Zustimmung der Ist-Werte ergibt sich aus den TOP 2 einer vierstufigen Skala von „trifft voll und ganz zu“ über „trifft eher zu“ und „trifft eher nicht zu“ bis „trifft überhaupt nicht zu“. Aus diesem Teilindex wird ein Gesamtindex für jedes Land gebildet. Hierbei zählen alle Teilindizes gleich viel und gehen ungewichtet in den Gesamtindex ein.

Grenzen der Erkenntnis

In jedem Land aus der Liste wurden rund 1.500 Personen im Alter zwischen 18 und 69 Jahren befragt; die Gruppen der Befragten wurden pro Land nach Alter, Geschlecht und Bildungsgrad ausgesteuert, um den tatsächlichen Querschnitt der jeweiligen Bevölkerungen möglichst treffend und präzise darzustellen. Die Befragung ist somit nach hergebrachten Standards der Meinungsforschung repräsentativ.

Derartige Befragungen stehen natürlich immer in Zusammenhang mit dem Zeitpunkt ihrer Durchführung und den zu dieser Zeit herrschenden Umständen. Wir haben uns entschieden, die Befragung trotz der in den betreffenden Wochen die Lage, die Befindlichkeiten und die Meinungslagen stark beeinflussenden Corona-Pandemie durchzuführen. Da wir aber keine Befragung mit dem Spezialthema „Freiheit in Zeiten von Corona“ machen wollten, haben wir die Befragten darauf hingewiesen, bei der Beantwortung der Fragen (außer beim Sonderthema) nicht an die Corona-Pandemie zu denken, sondern daran, wie es normalerweise in ihrem Land ist. Dennoch kann bei einzelnen Aspekten ein Corona-Effekt nicht ausgeschlossen werden.

Mehrwert durch die Sinus-Meta-Milieus®

Norbert Schäuble, Frauke Stockmann

Seit Ende der 1980er Jahre betreibt das Sinus-Institut internationale Lebenswelt- und Milieuforschung. Zunächst wurden eigenständige Milieumodelle für Frankreich, Italien und Großbritannien entwickelt, in den 90er Jahren kamen dann die post-kommunistischen Transformationsstaaten in Ost- und Mitteleuropa hinzu. In der international vergleichenden Forschung kann es nicht darum gehen, in einem Land gewonnene Erkenntnisse unbesehen auf andere Länder zu übertragen. Die Realität ist zu komplex, und daher ist es entscheidend, den lokalen Kontext zu verstehen. Aufgrund des kulturellen und geschichtlichen Hintergrundes wurden für jedes Land spezifische Sinus-Milieus definiert.

Im interkulturellen Vergleich stellt sich dann aber doch heraus, dass es „Gruppen Gleichgesinnter“ (Meta-Milieus) auch über Ländergrenzen hinweg gibt. Tatsächlich lassen sich länderübergreifend gemeinsame Muster identifizieren: in den Wertorientierungen, den Lebensstilen und bei den Konsumpräferenzen. Und nicht selten ist dabei festzustellen, dass Menschen aus verschiedenen Ländern, aber vergleichbaren Milieus, mehr miteinander verbindet als mit dem Rest ihrer Landsleute. Das Ordnungssystem mit der Schichtachse „Soziale Lage“ und der Werteachse „Grundorientierung“ ist ein

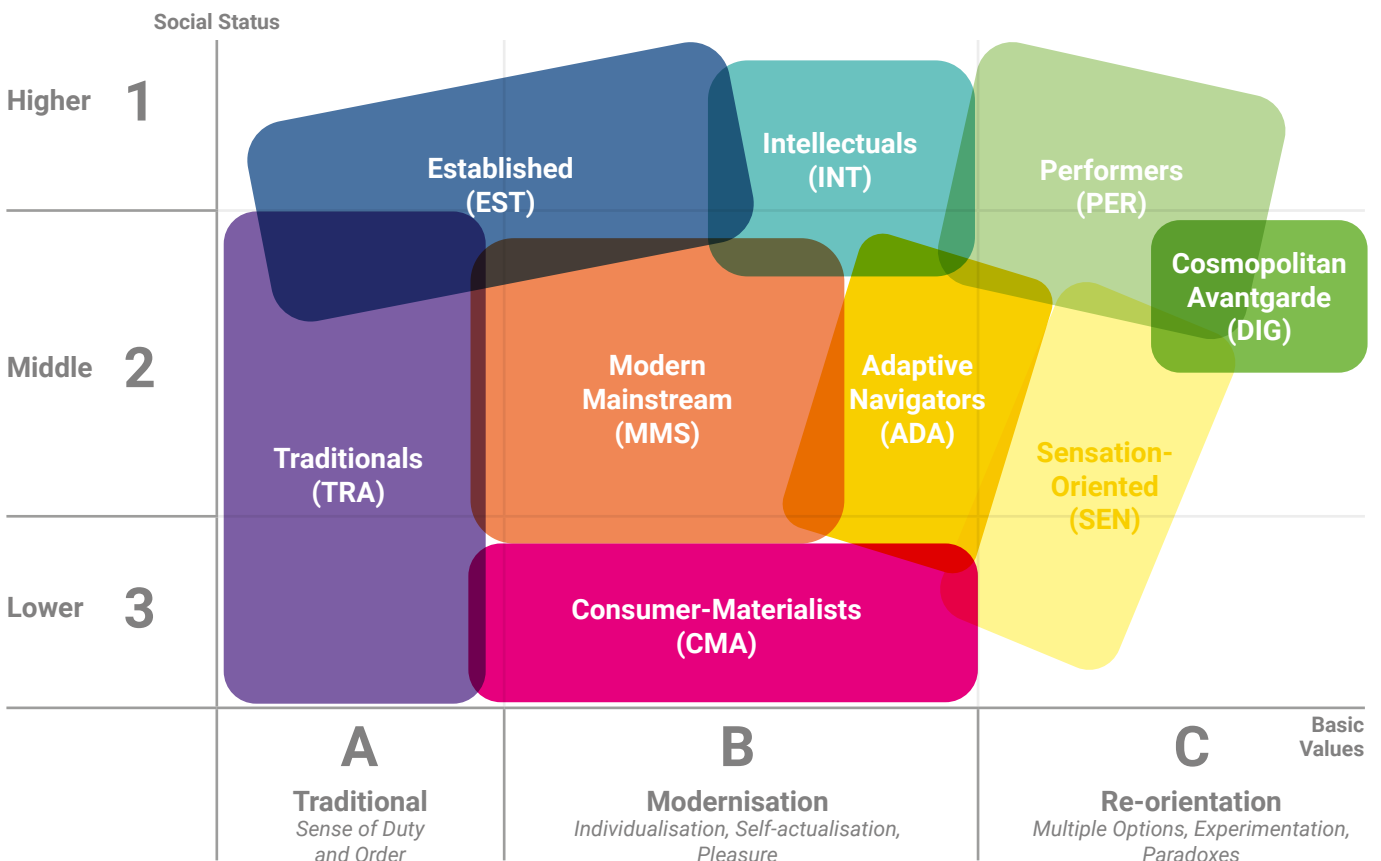
Grundraster, das einen länderübergreifenden Vergleich für die Einordnung der Milieus zulässt. So wurden die landesspezifischen Milieus zunächst sieben international vergleichbaren Meta-Milieus zugeordnet.

Neun international vergleichbare Sinus-Meta-Milieus

Die vom Wertewandel, von den demografischen Verschiebungen, von Globalisierung und Digitalisierung getriebenen Veränderungen der Lebenslagen und Lebensweisen resultieren in einer deutlich veränderten Milieulandschaft. Auf der einen Seite nähern sich durch die Globalisierung Lebensstile, Konsummuster und Werteorientierungen vieler Gesellschaften aneinander an. Gleichzeitig gilt, dass bestehende länderspezifische Werte das Produkt soziokultureller Unterschiede, historischer Entwicklungen, Traditionen und verschiedener Mentalitäten sind, die sich – allen Globalisierungstendenzen zum Trotz – als recht beharrlich erweisen können und in unsicheren Zeiten mehr denn je kultiviert werden. Innerhalb dieser beiden Strömungen werden Werte, aber auch der Wertewandel, Teil der Alltagswirklichkeit und somit von unterschiedlichen Menschen unterschiedlich interpretierbar, adaptierbar und (er-)lebbar.

So wurde auch das Modell der Sinus-Meta-Milieus 2013 komplett überarbeitet und unterscheidet jetzt auf Grund der unterschiedlichen soziohistorischen Entwicklung zwischen den entwickelten Märkten (*established markets*) und den *emerging markets* der Schwellenländer. Für beide ökonomischen

Established Markets



Sphären gibt es ein eigenständiges Modell mit jeweils neun Sinus-Meta-Milieus als international vergleichbare Zielgruppen unter der Berücksichtigung von relevanten lokalen Spezifika. Stand 2021 gibt es Sinus-Meta-Milieus in 48 Ländern.

Paradigmenwechsel von „bottom up“ zu „top down“

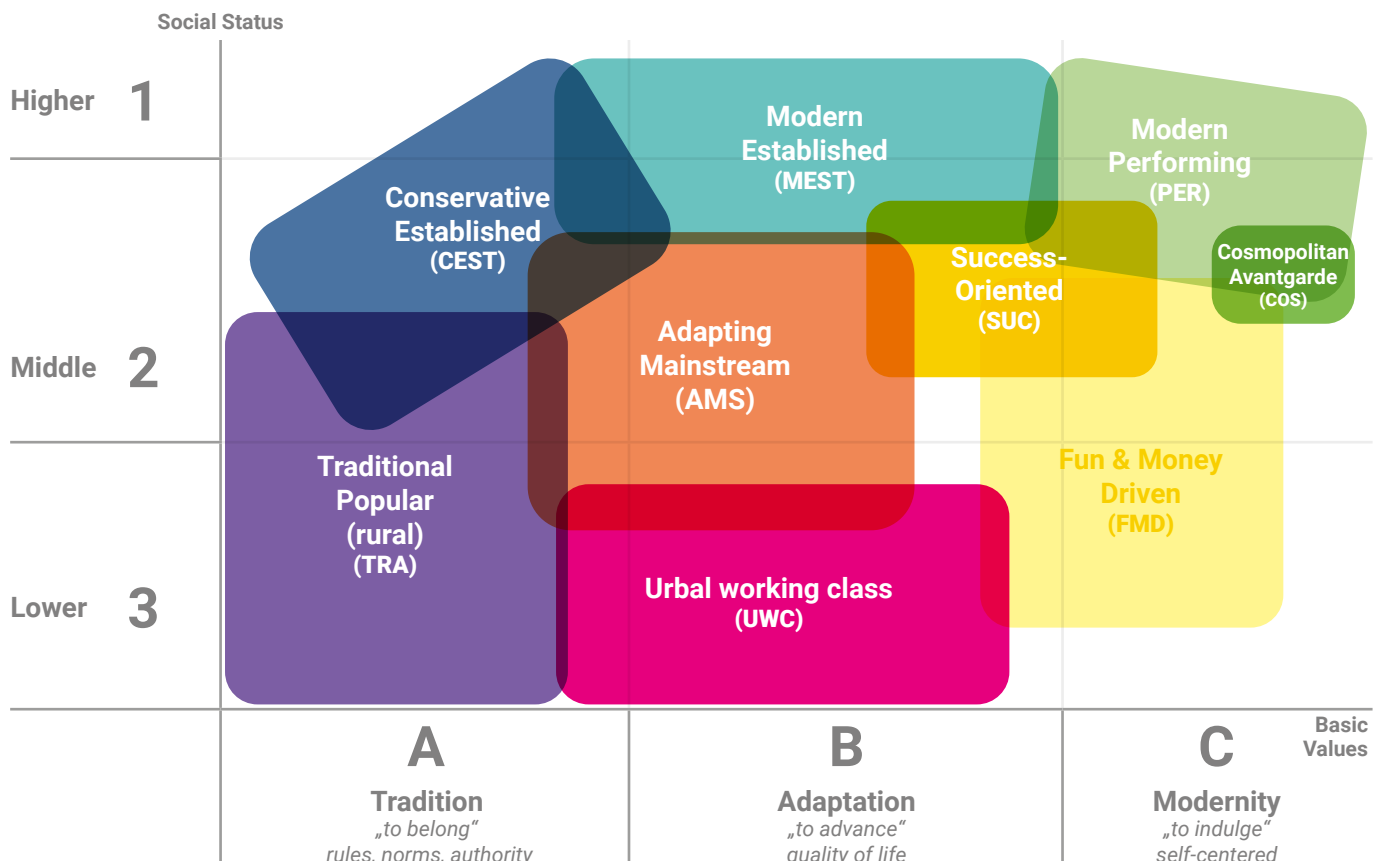
Mit den neuen Sinus-Meta-Milieus seit 2013 gibt es einen Paradigmenwechsel von „bottom up“ zu „top down“ bei der Entwicklung der landesspezifischen -Milieus. In allen Ländern (außerhalb von DACH, wo es auch noch die Milieumodelle mit 10 landesspezifischen Sinus-Milieus gibt) werden die vergleichbaren neun Sinus-Meta-Milieus nun so einheitlich wie möglich und so unterschiedlich wie nötig entwickelt. Der Fokus liegt auf der Betrachtung grundsätzlicher Orientierungen und Werte. Essentiell bleibt dabei die landesspezifische Entwicklung und Modellierung (die lokale Besonderheiten und auch landesspezifisches Antwortverhalten berücksichtigt), nun aber ausgerichtet am primären Ziel internationaler Vergleichbarkeit. So gibt es für die quantitative Klassifikation einen einheitlichen internationalen Indikator (38 Items) – der es erlaubt Einstellungen und soziokulturelle Trends zu vergleichen – die Sinus-Meta-Milieus werden aber Land für Land modelliert. Im Ergebnis sind die neun Sinus-Meta-Milieus international vergleichbar, können aber in der Tiefe der Beschreibungen landesspezifisch erfasst werden.

Dennoch müssen wir die unterschiedliche soziohistorische Entwicklung der *established* und *emerging markets* berücksichtigen,

genauso wie Traditionen und verschiedene Mentalitäten in einzelnen Ländern. In Gesellschaften mit häufig kolonialer oder auch sozialistischer Vergangenheit beginnen sich die Lebenswelten der Menschen zu verändern und damit auch ihre Werte- und Konsummuster. Sowohl in kommunistischen als auch in autokratisch geführten Ländern ist die Nähe zur herrschenden politischen Klasse mitentscheidend für den Zugang zum ökonomischen Kapital. Einkommens- und Vermögensverteilung sind eng an die sozialen Beziehungen zum Politapparat gekoppelt und öffnen den Zugang zu Privilegien und Sonderrechten. Erst der Zusammenbruch der Sowjetunion und der seit den 90er Jahren stark zunehmende Globalisierungsprozess führten letztlich auch in diesen Ländern zur Entstehung von konsumfähigen Mittelschichten. Diese Länder befinden sich seither in einem starken gesellschaftlichen Wertewandel, durch den sich einerseits neue moderne Lebensstile entwickeln, zugleich aber traditionelle Werte und Lebensweisen weiter fortbestehen.

Dieser unterschiedlichen soziohistorischen Entwicklung muss man durch ein eigenes Modell für *emerging markets* gerecht werden, da sich durchaus Unterschiede in den Mentalitätsmustern mit den *established markets* finden lassen. Insgesamt beobachten wir in den *emerging markets* eine stärkere Fokussierung auf materielle Werte und extrovertierten Statuskonsum, während in etablierten Volkswirtschaften postmateriellen Werten mehr Bedeutung beigemessen wird.

Emerging Markets



Die Oberschicht in emerging markets differenziert sich nach Lebensstilen

Eine besondere Betrachtung erfordern auch die Entwicklungen in Ländern mit autokratischen Regimen, bei denen in *emerging markets* vor allem die *Conservative Established* mit ihrem Herrschaftsanspruch und dem Streben nach dem Erhalt ihrer Privilegien Gesellschaften spalten, die Entwicklung einer kosmopolitischen pluralistischen Weltsicht behindern und die gesellschaftliche Partizipation entsprechender Milieus erschweren. Nichtsdestotrotz entstehen in jenen Ländern neue Eliten durch die Herausbildung moderner Lebensstile und nachrückend eine neue Mittelschicht. Während das Milieu der *Conservative Established* und das *Modern Performing* Milieu gemeinsam haben, die grundsätzlichen Mechanismen der Leistungsgesellschaft zu akzeptieren, in der ein luxuriöses Leben Ergebnis und Belohnung der eigenen Leistung ist, sehnen sich die *Conservative Established* jedoch zurück zu einer alten patriarchalen und hierarchisch klar geordneten Herrschaftsstruktur, die die Privilegien von Generation zu Generation überträgt. *Modern Performer* hingegen begreifen sich als Teil der globalen ökonomischen Elite, in der die eigene Leistung und nicht die Herkunft Grundlage der eigenen gehobenen Stellung ist.

Die Stärke der so entwickelten Sinus-Meta-Milieus ist, dass sich die Milieus vergleichen lassen. Auch wenn die *Performer* in den reichen Volkswirtschaften bereits zur etablierten Elite gehören, die mit neuen sozioökonomischen Bedingungen und Arbeitsweisen der *new economy* konfrontiert sind, teilen sie mit ihren Gleichgesinnten aus den Schwellenländern das Streben nach mehr Effizienz, Individualität und die Begeisterung für Innovation und Technik. Sie unterscheiden sich

jedoch durch einen weniger stark ausgeprägten materialistischen Konsum und einer Priorisierung des eigenen Wohlergehens gegenüber familienorientierten Dispositionen.

Ähnliche Ausgangslage – unterschiedliche Zukunft

Auch die nachrückende junge Mittelschicht in den *emerging markets* und deren Pendant in den *established markets* lassen sich vergleichen, ohne die besondere jeweilige Situation aus dem Blick zu verlieren. Die aufstrebende Mittelschicht der *emerging market*, die *Success-Oriented*, zählen tendenziell zu den Jüngeren der Gesellschaft, sind karriere- und zielbewusst und partizipieren gern an den Verheißungen der Konsumgesellschaft, was sie mit den *Adaptive Navigators* der *established markets* gemein haben.

Success-Oriented sind in relativ guten materiellen Lebensbedingungen der mittleren Mittelschicht aufgewachsen und blicken optimistisch in die Zukunft. Obwohl diese Gruppe einem immer härter werdenden Bildungswettbewerb ausgesetzt ist und die Arbeitsmärkte längst nicht mehr alle Studienabgänger aufnehmen können, sind die Aussichten auf eine besser entlohnte Arbeit im Vergleich zur Elterngeneration gut. In der Hoffnung der Eltern auf gesellschaftlichen Aufstieg lastet jedoch auch ein großer psychischer Druck auf den Schultern der *Success-Oriented*. Werden sie den Erwartungshaltungen gerecht, so haben sie im Vergleich zu anderen sozialen Gruppen des Landes gute Chancen ihren Lebensstandard zu verbessern. Gefangen in den engen familiären Verpflichtungen und traditionellen Familienbanden streben *Success-Oriented* nach mehr Freiheit und Unabhängigkeit. Während die leistungsorientierte aufstrebende Mitte der *emerging markets*

Established Markets

Established EST	Leistungs- und Erfolgsdenken, Standesbewusstsein und Selbstverständnis als gesellschaftliche Elite, Statusdenken und gesellschaftliche Abgrenzung nach unten durch exklusiven Lebensstil; traditionelles Moral- und Rollenverständnis
Intellectuals INT	Liberale Grundhaltung, Weltoffenheit, Toleranz, kosmopolitische pluralistische Weltsicht; Auf der Suche nach Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung; postmateriell geprägter Individualismus; kulturelle und intellektuelle Interessen; Authentizität; akademisch; work-life-balance
Performers PER	Wettbewerbs- und Karriereorientierung, verbunden mit Streben nach persönlicher Selbstverwirklichung und intensivem Leben; flexibel und mobil; Macher-Typ; Leistungswille und Flexibilität; Technik- und IT-Affinität
Cosmopolitan Avantgarde COS	Individualismus und Nonkonformismus; ohne ideologische Festlegungen; Weltoffenheit, Kreativität, Streben nach individueller Selbstverwirklichung; Herausforderungen annehmen, aber nicht um jeden Preis, geringe Akzeptanz von Autorität und Hierarchie; Transnationale Trendsetter, online und offline global vernetzt; Digital souverän
Adaptive Navigators ADA	Loyal und zuverlässig; leistungs- und anpassungsbereit; erfolgs-orientiert, dynamisch, gut organisiert – aber auch anti-exzentrisch, konventionell und kompromissbereit; Bedürfnis nach Verankerung und Zugehörigkeit, Sicherheit und Stabilität; Lebenspragmatismus und Nützlichkeitsdenken;
Modern Mainstream MMS	Wunsch nach Harmonie, Balance und Sicherheit – beruflich wie privat Streben nach sozialen Eingebundensein in eine lokale Nahwelt Familien, Freunden, Nachbarn, Vereinen; moderaten Wohlstand erreichen und sichern; Verunsicherungsgefühl durch gesellschaftliche Veränderungen
Traditionals TRA	Festhalten an traditionellen Werten wie Pflichterfüllung, Anstand, Sparsamkeit, Ordnung und Disziplin; Status-quo-Orientierung: in geordneten Verhältnissen leben, „Wir kleinen Leute“ – bodenständig;
Consumer-Materialists CMA	konsum-materialistische Wünsche, Bemühen um Teilhabe („mithalten“) trotz häufiger wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Benachteiligung; teils in prekärer Lebenssituation; Verbitterung und Resignation durch gesellschaftliche Marginalisierung; Zukunftsängste und reaktive Grundhaltung Sehnsucht nach Solidarität, Sicherheit, Direktheit und Unverblümtheit
Sensation-Oriented SEN	Leben im Hier und Jetzt, möglichst unbekümmert und spontan; Ausbrechen aus den Zwängen des Alltags in der Freizeit; Trend- und Erlebnisorientierung; starke Reize, Fun & Action; Suche nach Unterhaltung; eher unkonventioneller Lebensstil

also mit einer Verbesserung Ihrer Lebenssituation rechnet, sieht die junge gesellschaftliche Mitte der *established markets* einer eher stagnierenden Zukunft entgegen. Insbesondere in Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit, besteht in diesem Milieu Unsicherheit und die Sorge, den Lebensstandard der Elterngeneration halten zu können.

Zielgruppen der Zukunft

Gerade durch dieses Spannungsfeld zwischen dem Wissen um die Notwendigkeit von Flexibilität und Mobilität in einer globalisierten Arbeitswelt und dem Bedürfnis nach Harmonie und Sicherheit gehören *Adaptive-Navigators* und *Success-Oriented* zu den Zielgruppen der Zukunft.

Neben dieser gesellschaftlichen anpassungsbereiten Mittelschicht konnten wir in unseren internationalen Forschungen der vergangenen Jahre auch die Herausbildung eines weiteren neuen und jungen Milieuhabitus beobachten – die *Cosmopolitan Avantgarde*, als eine Gruppe junger Kreativer, die einen global-liberalen Wertekonsens und Kulturhorizont teilt. Weltweit gehört dieses Milieu zu den Befürwortern und Initiatoren eines sozialen Wandlungsprozesses, der mehr Freiheit, gesellschaftliche Toleranz und multikulturelle Diversität umfasst. Möglich gemacht haben dies vor allem die Digitalisierung und Globalisierung, die nicht nur die internationale ökonomische Vernetzung, sondern vor allem auch den Ideenaustausch über nationale Grenzen befördert und neu strukturiert haben. Die *Cosmopolitan Avantgarde* profitiert von diesen Möglichkeiten. Die Angehörigen dieses Milieus sind selbstbewusst, wissen um Ihre Qualifikationen und glauben an Ihre Überzeugungen und Ziele, ohne dabei dogmatisch zu sein.

Diese postmateriellen und postmodernen Einstellungen lassen sich nicht nur in Ländern westlicher Konsumgesellschaften finden, sondern haben über die kulturellen Grenzen hinweg einen international relativ homogenen Lifestyle begründet, der durch lokale Beiträge angereichert und weiterentwickelt wird. Die *Cosmopolitan Avantgarde* gehört mit diesem transnationalen Habitus zu den politischen und kulturellen Trendsettern und ist damit ebenfalls eine wichtige Zielgruppe der Zukunft.

Bei der neuen flexiblen Mitte findet sich ein ausgeprägter Lebenspragmatismus, eine Leistungsbereitschaft, die sich an den an sie gestellten Anforderungen orientiert, aber auch der Wunsch nach Spaß und Unterhaltung. Bei den *Adaptive Navigators* der *established markets* ist das Bedürfnis nach Verankerung, Zugehörigkeit und Sicherheit stärker ausgeprägt als bei den *Success-Oriented* der *emerging markets*. Die *Cosmopolitan Avantgarde* ist stärker auf der Suche nach neuen Erfahrungen und Experimenten und auf der Suche nach dem eigenen Weg, der individuellen Optimierung, mental und geographisch mobil, eher in Projekten als langfristigen Zielen denkend.

In den *emerging markets* kann neben den *Success-Oriented* und der *Cosmopolitan Avantgarde* auch das *Modern Performing* Milieu zu den Zielgruppen der Zukunft gezählt werden. Als politisch und wirtschaftlich progressive Reformatoren gelten sie für viele als erfolgreiche Vorbilder in den aufstrebenden Volkswirtschaften und als Elite der Zukunft. In den *established markets* sind die Performer bereits wesentlicher Teil der gegenwärtigen Elite.

Emerging Markets

Conservative Established CEST	Autokratischer und patriarchaler Habitus; Herrschaftsanspruch; Streben nach Erhalt von Privilegien, Prestige und Status der etablierten Oberschicht, Interessenspriorität für Familie und Clan; hohe Erwartungen an sich selbst und andere; Eigenverantwortung und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft; Pflicht und Ordnung als Kernwerte
Modern Established MEST	Intellektuell, hohe Bedeutung von Bildung und Profession, strategische Lebensplanung; Statusorientierung; intrinsisches Genießen, achten auf Work-Life-Balance, liberale und tolerant Weltsicht, ausgeprägtes gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein
Modern Performing PER	(Neue) ökonomische Elite, Unternehmergeist global-ökonomisches Denken, Leistungs- und Effizienzorientierung, Selbstbestimmung; Überlegenheitsgefühl & soziale Abgrenzung nach unten, Zielorientierung
Cosmopolitan Avantgarde COS	Jung und wohlhabend, digitale Trendsetter, mobile socializers, global-westlich orientierter Lebensstil und Einstellung; Weltoffenheit, Kreativität, Streben nach individueller Selbstverwirklichung; Anspruch dem Mainstream voraus zu sein
Success-Oriented SUC	Streben nach gesellschaftlichen Aufstieg; hohe Leistungs- und Anpassungsbereitschaft, flexibel und pragmatisch; Bedürfnis nach mehr Sicherheit, Streben nach ausgeglichenem Verhältnis zwischen Arbeit, Freund und Familie; Wertschätzung von Familie, Tradition und Ordnung
Adapting Mainstream AMS	Konservativ materialistische Konsumwünsche, Statusorientierung, Wunsch nach Harmonie, Balance und Sicherheit; Navigieren zwischen traditionellen (religiösen) Wertevorstellungen und modernen Lebensformen; moderaten Wohlstand sichern
Traditional Popular (rural) TRA	Fokus auf Gemeinschaft und Familie, die Halt und Sinn geben; Religion und Glaube (Spiritualität) ritualisierter Tagesablauf; Gehorsam und Bescheidenheit, Regeln und Werte als wichtige Leitprinzipien; Angst vor Verlust von Traditionen
Urban Working Class UWC	Sozial schwach und entwurzelt, Ressentiment gegenüber gesellschaftlicher Ungerechtigkeit; Angst und Überforderung durch die Modernisierung, Sorge um den täglichen Grundbedarf; materialistische Konsumorientierung, kurzfristige Bedürfnisbefriedigung; Wunsch nach gesellschaftlicher Anerkennung und Teilhabe
Fun & Money Driven FMD	Spontaneität, Erlebnisorientierung Unbekümmertheit; starke Reize, Fun & Action; Anpassung/Imitieren westlicher Lebensstile; Suche nach Unabhängigkeit und Unkonventionellem; Mithalten mit den neuesten Trends und Marken; Teils im Konflikt mit traditionellen Lebensweltvorstellungen

1. Subjektives Freiheitsgefühl – eine Einordnung

**Karl-Heinz Paqué,
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger**

Wenn es um Freiheit geht, lassen sich zwei Sichtweisen unterscheiden: eine objektive und eine subjektive. Die objektive Sicht der Freiheit greift auf Kriterien zurück, die sich nach allgemein anerkannten Standards von Freiheit und Demokratie sowie Rechtsstaat und Marktwirtschaft messen. Ein solcher Index ist von großer Bedeutung. Soweit er nach gut nachvollziehbaren Kriterien aufgebaut ist, gibt er tatsächlich Auskunft, wo ein Land in der Umsetzung von Freiheitsrechten steht – im Vergleich zu anderen Ländern. Der bekannteste Index dieser Art stammt von Freedom House. Er ist natürlich, wie jedes internationale Ranking, alles andere als perfekt, weil eben die „Messbarkeit“ von Freiheit und Demokratie sowie Rechtsstaat und Marktwirtschaft oder auch jeder anderen Kategorie der Freiheit an ihre natürlichen Grenzen stößt. Die „objektive“ Realität des menschlichen Lebens ist eben nicht perfekt quantifizierbar – und schon gar nicht, wenn es um die Freiheit geht.

Zur objektiven Maßzahl gibt es eine ganz wichtige Ergänzung: das subjektive Freiheitsgefühl der Menschen. Nehmen sie überhaupt die Freiheit als wichtig wahr? In welchen Bereichen sehen sie in ihrem Land die Freiheit verwirklicht oder beschränkt? In welcher Hinsicht sind sie zufrieden, wo sehen sie Luft nach oben? Wie stark ist ihr Wunsch, über Bildung die Freiheitsräume zu erweitern? Wie beurteilen sie ihre eigenen Gesellschaften mit Blick auf die Chancengleichheit, überhaupt die Freiheitsrechte mit Leben zu füllen?

Fragen über Fragen, die von ungeheurer gesellschaftlicher und politischer Bedeutung sind, sich aber definitiv nicht anhand eines objektiven Freiheitsmaßes beantworten lassen. Um einer Antwort näher zu kommen, braucht es eben etwas anderes: ein subjektives Maß der Freiheit. Man muss die Menschen danach befragen, wie sie selbst ihre Gesellschaft beurteilen – nach einer Reihe von Kriterien, die für das Freiheitsverständnis von Bedeutung sind. Genau dies ist in der vorliegenden Studie geschehen. Erstmals wurden Menschen in 15 Ländern aus allen Regionen der Welt in einer repräsentativen Umfrage nach ihrem subjektiven Freiheitsempfinden befragt. Die 15 Länder sind: Brasilien, China, Deutschland, Indien, Indonesien, Mexiko, Polen, Russland, Südafrika, Spanien, Südkorea, Taiwan, Türkei, Ukraine, und die Vereinigten Staaten von Amerika (USA). Unter ihnen sind Demokratien genauso wie autoritäre Regime. Ausdrücklich ging es bei dieser Umfrage nicht um die Darstellung objektiver Freiheits-Kriterien. Von Interesse war allein die persönliche Wahrnehmung, wie frei sich Menschen in ihrem privaten und beruflichen Umfeld sowie im öffentlich-politischen Raum ihres Heimatlandes fühlen. In allen Ländern wurden dieselben Fragen gestellt und nach derselben Methodik ausgewertet.

Es ist außerordentlich wichtig, sich klar darüber zu sein, was die Ergebnisse liefern und was nicht:

- Sie liefern erstmalig ein überaus reichhaltiges, international vergleichbares Bild der subjektiven Gemütslage in allen Ländern der Erhebung – mit Blick auf die zentralen Kategorien der Freiheit. Sie erlauben deshalb erstmalig festzustellen, wie die Menschen die Freiheit und ihre eigene Gesellschaft beurteilen, wo sie Gutes und Schlechtes, wo sie Erreichtes und Defizite erkennen.
- Sie liefern **nicht** die objektiv vorhandene Realität. Von der kann das geäußerte Urteil und Empfinden der Menschen mehr oder weniger stark abweichen, und zwar aus einer Fülle von Gründen: Illusionen, Patriotismus und Selbsttäuschung genauso wie das Verschließen der Augen vor Unrecht, gezielter staatlicher Manipulation oder auch im Extremfall die Angst vor Repressalien bei der Beantwortung der Fragen – trotz garantierter Anonymität.

Es gibt eine Fülle von Einzelergebnissen der Studie, an denen sich das Auseinanderklaffen von „objektiven“ und „subjektiven“ Fakten deutlich machen lässt. Ein geradezu klassisches Beispiel lässt sich an dem identifizieren, was man das „Aspirationsniveau“ einer Gesellschaft nennen könnte. Gemeint ist damit der Anspruch an Freiheit, den die Menschen in dem jeweiligen Zustand ihrer Gesellschaft an diese stellen. Es ist absolut plausibel zu vermuten, dass dieser Anspruch mit dem Grad des realisierten Freiheitsniveaus steigt. Sempelt formuliert könnte eine alte Lebensweisheit gelten: „Der Appetit kommt beim Essen.“ Diejenigen, die über längere Zeit eine gewisse Freiheit genießen, wissen diese immer mehr zu schätzen, beginnen aber auch, sie als selbstverständlich zu erachten, nach mehr zu verlangen und sich „unzufrieden“ zu äußern.

In einzelnen Gesellschaften kann man das historisch sehr gut beobachten. Deutschland selbst ist dafür ein hervorragendes Beispiel. Nach der totalitären Nazizeit folgten die fünfziger Jahre – mit Freiheit, Rechtsstaat und sozialer Marktwirtschaft, ein unendlicher Fortschritt der Adenauerjahre gegenüber der Epoche davor. Aber in den sechziger Jahren begannen allenthalben die Rufe nach einem nächsten Schritt der inneren Liberalisierung zu erschallen, so zum Beispiel mit der allfälligen (und berechtigten) Klage über den „Bildungsnotstand“, die durch liberale Beobachter wie Ralf Dahrendorf angestimmt und empirisch untermauert wurde. Das Aspirationsniveau der Gesellschaft hatte sich verschoben: nicht weg von der Freiheit, die weiterhin und noch mehr als früher willkommen und damit zunehmend selbstverständlich war, aber hin zu einer materiellen Ausfüllung der Freiheit mit Bildung durch „Lebenschancen“, wie es Ralf Dahrendorf in einer späteren Veröffentlichung aus dem Jahr

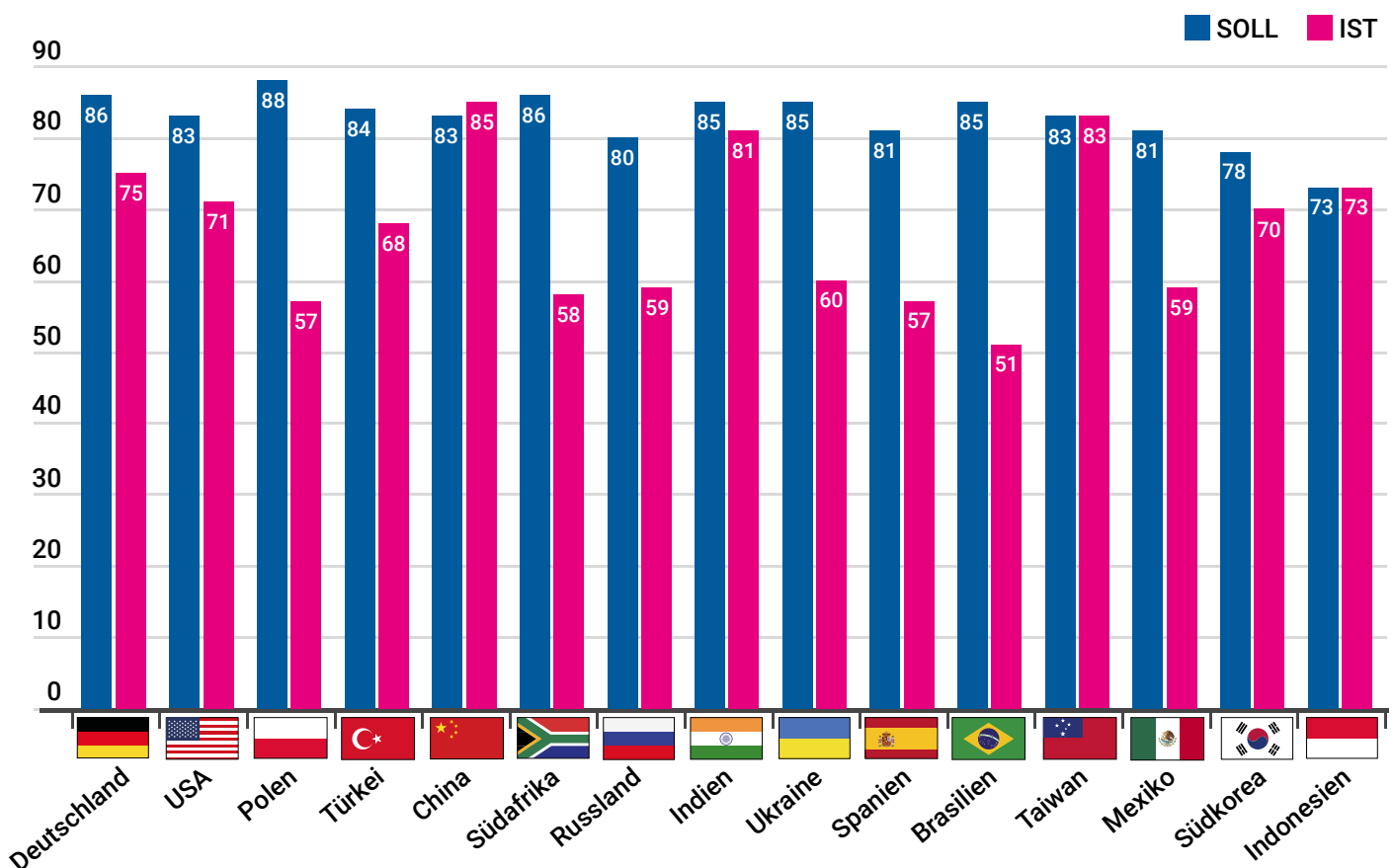
1979 nannte. Hätte es damals eine über die Zeit vergleichende Untersuchung der Zufriedenheit mit Freiheit in Deutschland gegeben, so hätte sie möglicherweise ausgewiesen, dass die Menschen in steigendem Maße mit der Freiheit unzufrieden wurden – als Ergebnis eines zunehmenden Appetits auf mehr.

Ähnliche Entwicklungen ließen sich für Nationen erwarten, die später demokratisiert wurden. Wie etwa Spanien seit den siebziger Jahren (nach der Franco-Diktatur) oder Polen seit den neunziger Jahren (nach Ende des Sowjetkommunismus). Man könnte diesen Prozess als „demokratische Reifung“ bezeichnen. Er ist natürlich keineswegs unerwünscht, auch wenn er dazu führen kann, dass eine freiheitliche Gesellschaft – nach den subjektiven Maßzahlen – nicht glücklicher wird, sondern in ein kritisches Klima hineinwächst, das wenig zu tun hat mit subjektiver Zufriedenheit. Freiheit ist eben kein Garant für Glück, eher schon für den Fortschritt der Menschheit. Kompliziert wird es dann natürlich, wenn – wie heutzutage in Polen – objektive Rückschritte in Richtung eines autokratischen Regimes zu beobachten sind, auf Kosten von Freiheit und Rechtsstaat. Da mag eine Zunahme der Unzufriedenheit dann doch wieder zusammenhängen mit der objektiven Realität.

Kurzum: Es gilt, vorsichtig zu sein, wenn es an die Interpretation der Ergebnisse der vorliegenden Studie im Einzelnen geht. Dies gilt insbesondere für jene Länder, in denen ganz offensichtlich nach objektiven Kriterien die Freiheit massiv eingeschränkt ist. Russland und die Türkei sind solche Beispiele, wobei es in beiden Ländern durchaus noch eine kritische Öffentlichkeit gibt, die unerschrocken und mit erheblichem Risiko ihre Meinungs- und Medienfreiheit nutzt. Sie ist bedroht und beschränkt, aber gleichwohl in bewundernswerter Weise aktiv. Der extremste Fall ist sicherlich China – ein Land, das die Freiheitsrechte auf das Härteste unterdrückt. Hier ist sogar zu befürchten, dass die Ergebnisse durch die subjektive Angst der Befragten geprägt werden, sich nicht auf die Anonymität einer Umfrage verlassen zu können und deshalb Repressalien fürchten zu müssen.

Gleichwohl: Obwohl die Deutung der Daten und damit der internationale Vergleich eingeschränkt sind, ragen jene Gemeinsamkeiten heraus, die doch universal zu beobachten sind: der große Wert, den die Menschen überall auf der Welt der Freiheit beimessen, ebenfalls der Wert, den sie privatem Eigentum und den Bildungschancen zuordnen. Gerade bei der Bildung zeigt sich auch, wie sehr die Menschen ein offenes Bildungssystem schätzen, das ein Maximum an Lebenschancen gewährleistet, und zwar für alle, nicht nur für eine kleine Elite der Gesellschaft.

Freiheitswahrnehmung weltweit



2. Die Lage der Freiheit in Deutschland

Thomas Volkmann

I. Wie steht es um das allgemeine Freiheitsgefühl?

Möchte man in Erfahrung bringen, ob und in welchem Maße die Menschen sich frei fühlen, empfiehlt es sich, sie zunächst einmal zu fragen, ob sie mit ihren persönlichen Lebensumständen allgemein zufrieden sind, denn dies hat zumeist wesentlich auch mit der Frage zu tun, ob sie sich ganz allgemein frei fühlen. Und dieses Freiheitsgefühl wiederum hat maßgeblich damit zu tun, ob die Menschen überzeugt sind, ihr Leben „im Griff“ zu haben, wie sie die Einflussmöglichkeiten anderer und des Staates beurteilen und ob sie der Meinung sind, dass ihre Mitmenschen – ebenso wie sie selbst – ihre Freiheit verantwortungsvoll nutzen.

1. Zufriedenheit, Freiheitsgefühl und Entscheidungsfreiheit/Kontrolle

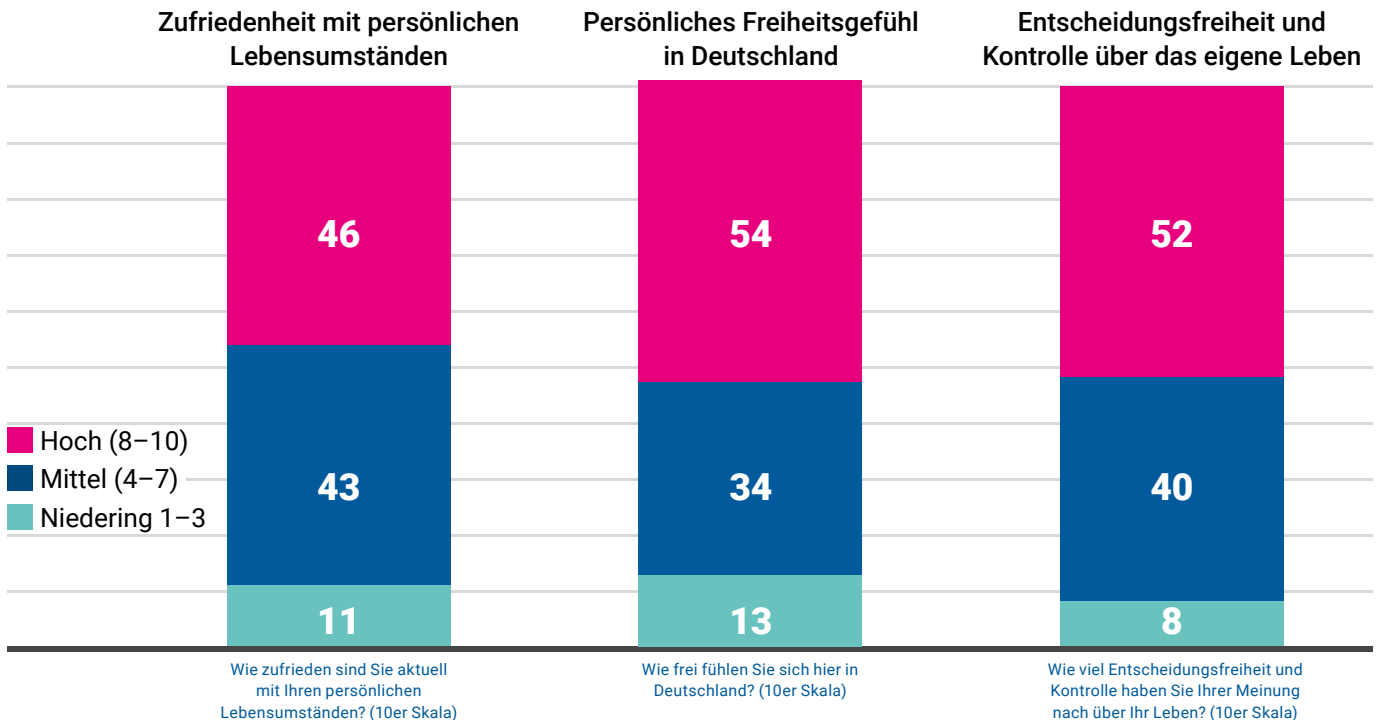
a) Wir haben die Zufriedenheit der Menschen auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht zufrieden) bis 10 (voll und ganz zufrieden) erfragt, wobei in der Auswertung die Werte 8–10 eine hohe Zufriedenheit, 4–7 eine mittlere Zufriedenheit und 1–3 eine niedrige Zufriedenheit ergeben. Der Mittelwert liegt hier bei 6,8. Fast die Hälfte der Befragten (46 %) ist mit ihren per-

sönlichen Lebensumständen aktuell sogar hoch zufrieden, weitere 43 % sind mit ihnen „mittel“ zufrieden. Nur 11 % zeigen eine niedrige Zufriedenheit. Die befragten Männer sind in leicht höherem Maße hoch zufrieden. In den Altersgruppen sind die Befragten im Alter zwischen 30 und 49 unterdurchschnittlich häufig hoch zufrieden und deutlich häufiger unzufrieden. Bei den Bildungsgruppen sind die Befragten mit formal niedriger Bildung deutlich seltener hoch zufrieden. Eine Analyse der Antworten nach Sinus-Meta-Milieus zeigt eine besonders hohe Zufriedenheit bei den Etablierten, den Intellektuellen, den Performern und der kosmopolitischen Avantgarde (**Abbildung 1**).

Die Zufriedenheit mit dem Leben hängt erkennbar mit dem persönlichen Freiheitsgefühl zusammen. Bei der Frage, wie frei sie sich in Deutschland fühlten, sehen sich 54 % der Befragten auf der Skala bei Werten zwischen 8 und 10, weitere 34 % sehen sich als „mittel“ frei, nur 13 % geben eine niedrige Wertung (1–3) ab. Der Mittelwert liegt bei exakt 7,0. Auch hier liegen die Werte bei den Männern leicht besser als bei den Frauen. Auffällig ist eine Abweichung bei der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen, die sich nur zu 40 % in den obersten drei Werten sehen, während die Über-60-Jährigen sich zu 71 % sehr frei fühlen. Und auch hier steigt das Gefühl persönlicher Freiheit mit dem Bildungsgrad. Hier fällt

Abbildung 1: Zufriedenheit, Freiheitsgefühl und Entscheidungsfreiheit/Kontrolle

Überblick Gesamtgesellschaft



auf, dass diejenigen, die sich in hohem Maße frei fühlen, mit ihren Lebensumständen in deutlich höherem Maße zufrieden sind: Für die „Top-5“ der Skala zum Freiheitsgefühl liegt der Mittelwert bei 7,3 Punkten; drei Viertel der Befragten dieser Gruppe sind sehr zufrieden mit ihrem Leben. Bei denjenigen in der Top-3 beim allgemeinen Freiheitsgefühl sind sogar 81 % sehr zufrieden mit ihrem Leben. In der Gruppe derer mit dem höchsten persönlichen Freiheitsgefühl finden sich vor allem die Milieus der Etablierten, der Intellektuellen und der kosmopolitischen Avantgarde.

Diese Selbsteinschätzung hat sicherlich auch damit zu tun, dass man überzeugt davon ist, sein Leben in eigener Entscheidung und Kontrolle gestalten zu können. 52 % der Befragten bejahen dies mit Werten zwischen 8 und 10, weitere 40 % mit Werten zwischen 4 und 7. Nur 8 % sehen das für sich völlig anders und glauben, ihr Leben nicht selbst im Griff zu haben. Auch hier schätzen Männer deutlich häufiger (55 %) als Frauen (49 %) ihre Entscheidungsfreiheit größer ein. Auffällig ist diesbezüglich eine Unsicherheit der jüngeren Befragten, die ihre eigenen Kontrollmöglichkeiten deutlich geringer einschätzen. Und auch hier ist eine signifikante Korrelation zwischen den drei Freiheitswerten zu beobachten: Wer sich in hohem Maße als frei ansieht und in hohem Maße mit seinem Leben zufrieden ist, der bejaht auch in hohem Maße, sein Leben im Griff zu haben. In der Gruppe derer, die sich die höchste Entscheidungsfreiheit beimessen, finden sich vor allem die Milieus der Etablierten, der Intellektuellen, der Performer und der kosmopolitischen Avantgarde.

2. Freiheit und Leistungsfähigkeit

a) Leistungsfähigkeit

Von großer Bedeutung ist das Ergebnis der Untersuchung, auf welcher Lebenshaltung die geschilderten Selbsteinschätzungen zum Stand der persönlichen Freiheit, zur Lebenszufriedenheit und zur Kontrolle über das eigene Leben beruhen. Hier gibt es durchaus unterschiedliche Ansätze: So mögen die einen ihre Freiheit dann als gesichert ansehen, wenn sie sich, im Vertrauen auf die eigene Leistungsfähigkeit möglichst ungehindert an die Gestaltung der eigenen Zukunft machen können. Andere wiederum mögen ihre Freiheit dann als gesichert ansehen, wenn sie bei der Lösung ihrer Probleme Hilfe und Unterstützung vom Staat bekommen. Beide mögen sich dann, wenn diese Vorbedingung gegeben ist, in gleichem Maße „frei“ fühlen – die einen frei von Einschränkungen und Hemmnissen, die anderen frei von nicht zu bewältigenden Herausforderungen und persönlichen Schwierigkeiten.

Die ermittelten Ergebnisse zeigen eine selbstbewusste Gesellschaft: 59 % bauen auf die eigene Leistungsfähigkeit, 41 % auf Hilfe und Unterstützung. Dies gilt für beide Geschlechter – auch wenn bei den Frauen die Werte etwas näher beieinanderliegen. Am wenigsten selbstbewusst sind die Personen in der jüngsten Altersgruppe. Zwischen den unterschiedlichen formalen Bildungsgraden liegen die Werte nahe beieinander (Abbildung 2).

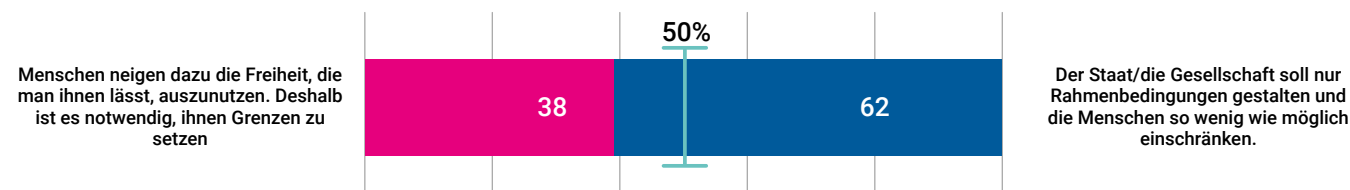
Auch hier sind interessante Korrelationen zu beobachten: Diejenigen, die sich beim allgemeinen Freiheitsgefühl bei

Abbildung 2: Freiheit und Leistungsfähigkeit

Überblick Gesamtgesellschaft

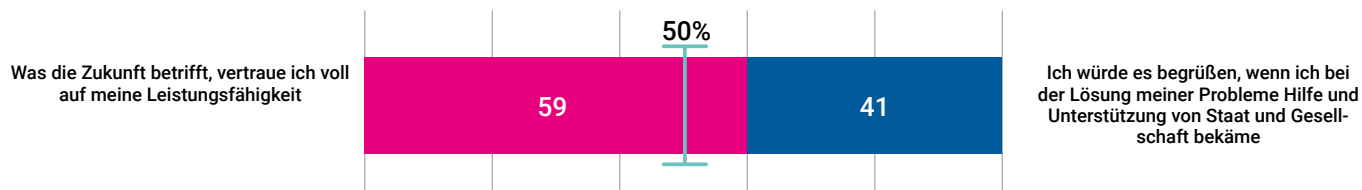
Aussagen zum Thema Freiheit:

Welche der folgenden Aussagen trifft eher Ihre Meinung zum Thema Freiheit?



Aussagen zum Thema Leistungsfähigkeit:

Welche der folgenden Aussagen trifft am ehesten auf Sie zu?



16 2. DIE LAGE DER FREIHEIT IN DEUTSCHLAND

den höchsten Werten der Skala einsortieren, bauen in deutlich höherem Maß (63:37) auf die eigene Leistungsfähigkeit. Noch deutlicher wird die Quote bei denen, die sich in höchstem Maße im Besitz von Entscheidungsfreiheit und Kontrolle über ihr Leben sehen. Hier vertrauen 65 % auf die eigene Leistungsfähigkeit. Am deutlichsten (69 %) wird die Leistungsfähigkeit bei denen geschätzt, die eine sehr hohe Lebenszufriedenheit betonen. Hier gibt es auch die größten Unterschiede zwischen den Einstufungsgruppen: Bei denjenigen, die nur in sehr geringem Umfang mit dem eigenen Leben zufrieden sind, ist das Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit auch am geringsten (32 %).

Bei den Milieus vertrauen vor allem die Intellektuellen, die Performer und die kosmopolitische Avantgarde auf die eigene Leistungsfähigkeit, während die Traditionellen, die Sensation-Oriented und die Consumer-Materialists stark überdurchschnittlich auf Hilfe und Unterstützung durch Staat und Gesellschaft bauen.

b) Freiheitsgebrauch

Damit ist aber noch nicht die Frage geklärt, ob das geringe Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit auf mangelndem Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten beruht oder auf der Einschätzung, dass man von „anderen“ am eigenen Fortkommen gehindert wird. Dieser Problematik versuchen wir, mit den folgenden Fragen auf die Spur zu kommen.

Das Selbstvertrauen, auf die eigene Leistungsfähigkeit bauen zu können, hängt auch vom Vertrauen in den korrekten Frei-

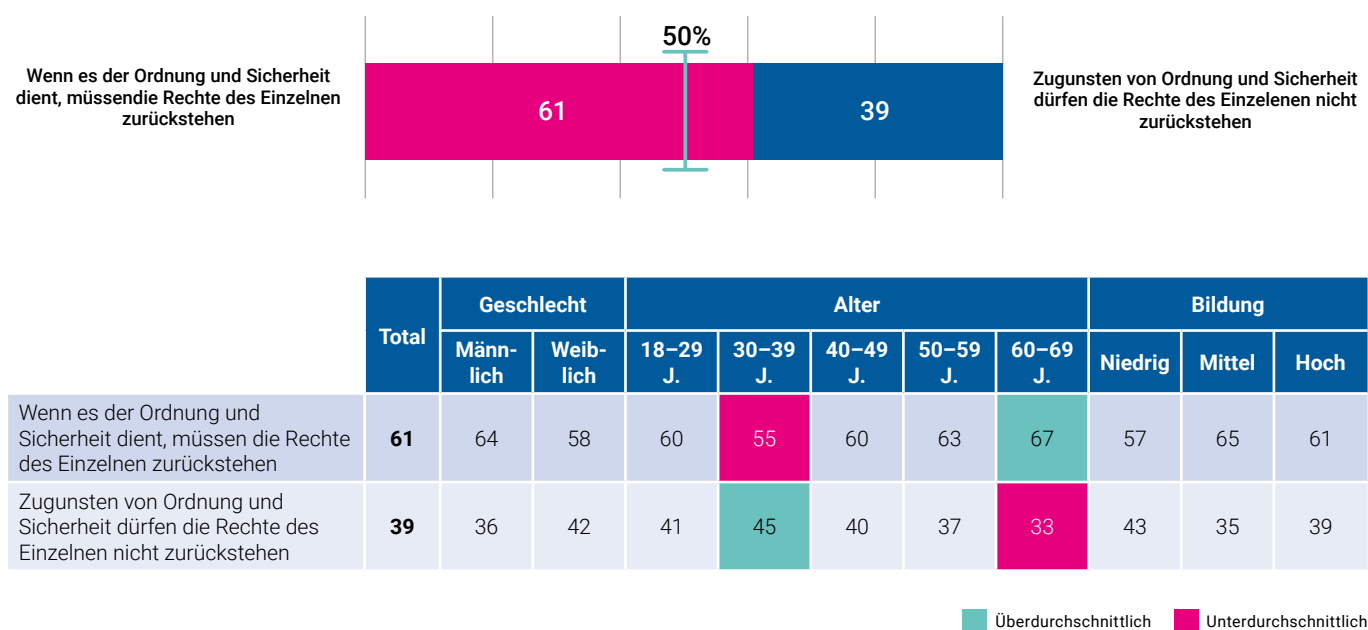
heitsgebrauch der Mitmenschen ab. Hier prallen gegensätzliche Auffassungen aufeinander, die sich in einem unterschiedlichen Freiheitsverständnis verdichten. Wir haben das in zwei Aussagen geformt, zu denen die Befragten sich positionieren sollten. So kann man Freiheit auf der einen Seite so definieren, dass Staat und Gesellschaft nur die Rahmenbedingungen setzen und die Freiräume der Menschen so wenig wie möglich einschränken sollen – oder aber man kann man der Ansicht sein, dass die Menschen ihre Freiheit nur ausnutzen würden und ihnen daher Grenzen gesetzt und sie kontrolliert werden müssten.

Die Ergebnisse zeigen einen deutlichen Drang nach Freiheit: Eine Mehrheit von 62 % befürwortet, die Menschen so wenig wie möglich einzuschränken; 38 % misstrauen ihren Mitmenschen da eher und möchten klare Grenzen der Freiheit gesetzt haben. Diese Priorisierung zieht sich nahezu gleichförmig durch die soziodemographischen Gruppen von Geschlecht, über Alter, bis Bildung.

Die Aussage, man solle die Menschen so wenig wie möglich einschränken, wird in deutlich höherem Maße von denjenigen unterstützt, die für sich selbst ein geringeres Maß an allgemeinem Freiheitsgefühl und eine geringere Beimessung von Kontrolle über ihr Leben, also ein Defizit sehen. Auch wenn hier keine Daten über die Motive der Befragten zum Votum vorliegen, kann man eine Vermutung anstellen: Da der Wunsch besteht, dass von Staat und Gesellschaft nur Rahmenbedingungen gesetzt werden sollen und ansonsten Freiheit herrschen soll, könnte der selbstempfundene Mangel an

Abbildung 3: Ordnung und Sicherheit vs. Rechte des Einzelnen

Überblick Gesamtgesellschaft und Soziodemographie



Bei manchen Themen kann es sich so anfühlen, als stünden Ordnung und Sicherheit den Rechten des Einzelnen im Konflikt (z.B. bei der Überwachung von öffentlichen Plätzen, Gesichtserkennungssoftware etc.). Welche Aussage trifft Ihre Meinung dazu am besten?

Freiheit und Kontrolle gerade darauf beruhen, dass diesem Wunsch bislang nicht entsprochen wird und es zu viele Grenzen der Freiheit gibt.

Bei den Milieus gibt es den deutlichsten Überhang zugunsten möglichst geringer Einschränkung von Freiheit bei der kosmopolitischen Avantgarde und den Performern; Etablierte, Modern Mainstreamer und Consumer-Materialists sind überproportional für das Ziehen enger Grenzen.

3. Ordnung und Sicherheit vs. Rechte des Einzelnen

Eine gewisse Spannung gibt es traditionell im Verhältnis von Freiheitsrechten auf der einen Seite und der Forderung nach Sicherheit und Ordnung auf der anderen Seite. Zu diesem Spannungsverhältnis haben wir konkret gefragt: Müssen die Rechte Einzelner zurückstehen, wenn es der Ordnung und Sicherheit dient? Oder dürfen die Rechte Einzelner auch zugunsten von Sicherheit und Ordnung nicht zurückstehen?

Nach Meinung der Mehrheit (61 %) stehen Ordnung und Sicherheit über den Rechten Einzelner; 39 % sind für ein unbedingtes Primat der Freiheitsrechte. Die Priorisierung zugunsten von Sicherheit und Ordnung zieht sich durch alle soziodemographischen Gruppen, dabei etwas weniger deutlich bei den 30- bis 39-Jährigen und überdurchschnittlich deutlich bei den Über-60-Jährigen. Deutlich überdurchschnittlich ist diese Wertung selbst bei denjenigen, die ihr eigenes Freiheitsgefühl als sehr hoch bezeichnen, und bei denen, die sich ein sehr hohes Maß an Entscheidungsfreiheit und Kontrolle über ihr Leben beimessen. Und auch hier gibt

es die Auffälligkeit, dass bei denjenigen, die ein niedriges persönliches Freiheitsgefühl und eine niedrige Entscheidungsfreiheit darstellen, eine deutlich stärkere Betonung der Rechte des Einzelnen zu verzeichnen ist. Auch hier kann man über eine entsprechende Korrelation mutmaßen (**Abbildung 3**).

Bei den Milieus sind die Etablierten und die Intellektuellen überproportional für einen Vorrang von Ordnung und Sicherheit; am deutlichsten für die Rechte des Einzelnen sprechen sich die Sensation-Oriented und die Consumer-Materialists aus – bei Letzteren durchaus erstaunlich angesichts des vorherigen Votums für Einschränkungen von Freiheit.

4. Aspekte einer freien Gesellschaft

Mehrere Teilergebnisse sind also zu konstatieren: Die Menschen sind – wenn man hierzu eine Mehrheitsmeinung heranzieht – mit ihrem Leben zufrieden. Sie betonen und schätzen ihre persönliche Freiheit und messen sich in durchaus großem Umfang Entscheidungsfreiheit und Kontrolle über ihr Leben bei. Sie vertrauen in großem Maße auf die eigene Leistungsfähigkeit, und dabei auch auf einen verantwortungsvollen Freiheitsgebrauch ihrer Mitmenschen. In der Abwägung geben sie allerdings, wenn notwendig, Sicherheit und Ordnung den Vorrang vor individuellen Freiheitsrechten.

Zur Ermöglichung einer vertieften Analyse haben wir gefragt, welche Aspekte aus einer vorgegebenen Liste die Befragten als besonders wichtig für eine freie Gesellschaft ansehen. Dabei sollten die Aspekte nach ihrer Wichtigkeit sortiert werden (**Abbildung 4**).

Abbildung 4: Aspekte einer freien Gesellschaft

Überblick Gesamtgesellschaft

	Der Staat mischt sich möglichst wenig ein	Der Staat schafft sozialen Ausgleich	Freie und geheime Wahlen	Einzelne sind von Willkür des Staates geschützt	Die Gerichte sind unabhängig
Rang 1	14	24	24	15	23
Rang 2	12	19	21	17	31
Rang 1 und 2	27	43	44	31	55
Rang 1–3	44	61	63	55	77
Rang 5	34	20	17	21	8

Was macht für Sie eine freie Gesellschaft aus? Bitte sortieren Sie die nachfolgenden Aspekte entsprechend ihrer Wichtigkeit.

Basis: Deutschland n=1.500; Angaben in %

Quelle: SINUS

Am häufigsten als Nummer 1 genannt wurden „Freie und geheime Wahlen“ und „Der Staat schafft sozialen Ausgleich“, knapp vor „Die Gerichte sind unabhängig“. Zieht man die Stimmen für die Positionen 1 und 2, oder auch 1 bis 3 zusammen, so zeigt sich eine klare Dominanz des Aspekts Unabhängigkeit der Gerichte. Die Aspekte „Einzelne sind vor der Willkür des Staates geschützt“ und „Der Staat mischt sich möglichst wenig ein“ kommen dagegen in dieser Liste auf die hinteren Ränge. Das Thema „Sozialer Ausgleich“ bewegt insbesondere die Jüngeren und die Frauen, während die Frage der Unabhängigkeit der Gerichte und das Thema „Freie und geheime Wahlen“ bei den Jüngeren eher nachrangig sind. Die Willkürfreiheit wird dagegen bei den Jüngeren stärker bewertet als bei den Ältesten. Eine möglichst geringe Einmischung des Staates wird bei den Personen mit formal niedriger Bildung für wichtiger erachtet als bei den formal Hochgebildeten.

Unter den Milieugruppen werden freie und geheime Wahlen bei den Etablierten, den Intellektuellen, den Performern und der kosmopolitischen Avantgarde geschätzt, während die Traditionellen, die Modern Mainstreamer, die Adaptiven und die Sensation-Oriented vor allem das Thema Sozialer Ausgleich betonen. Die Unabhängigkeit der Gerichte wird vor allem von den Intellektuellen und den Traditionellen als wichtig angesehen. Eine möglichst geringe Einmischung des Staates wünschen sich vor allem die Sensation-Oriented und die Consumer-Materialists, und in deutlich unterproportionalem Umfang die Intellektuellen. Die kosmopolitische Avantgarde befürwortet deutlich häufiger den Schutz des Einzelnen vor der Willkür des Staates, während die Intellektuellen auch hier deutlich unterdurchschnittlich votieren.

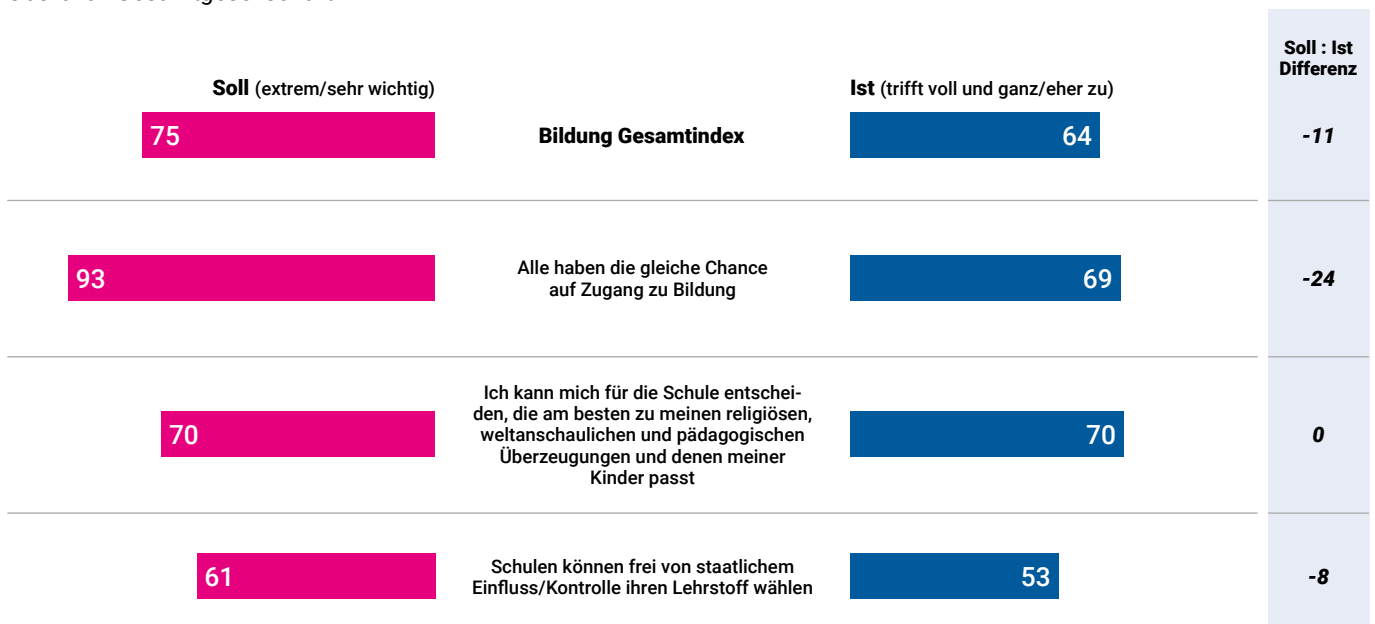
II. Bewertung verschiedener Aspekte von Freiheit und deren Wichtigkeit („Soll“) bzw. Gewährleistung im Land („Ist“)

Die allgemeine Bedeutung von Freiheit für die Lebenszufriedenheit der Menschen, für ihr Selbstverständnis und ihr Selbstbewusstsein, für ihre Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft und insgesamt für die Stabilität der gesellschaftlichen Zusammenhänge ist in den bisherigen Fragen im Grundsatz untersucht worden. Nun soll es um die Konkretisierung gehen: Welche Freiheiten müssen gegeben sein, damit sich die Menschen in ihren Ländern frei fühlen? Wie wichtig sind einzelne Freiheitsaspekte in den großen Zusammenhängen, und wie schätzen die Menschen den Grad der Verwirklichung ihrer Vorstellungen von Freiheit ein?

Wie bereits in der Einführung dargestellt, haben wir dazu fünf Bereiche identifiziert und den Befragten einzelne Aspekte dieser Freiheitsfelder zur Abwägung vorgelegt, immer nach einer Skala der persönlichen Einschätzung: Sind diese Punkte „extrem wichtig“, „sehr wichtig“, „etwas wichtig“ oder „nicht allzu wichtig“? Gearbeitet werden soll mit der Unterscheidung zwischen „Soll“ und „Ist“ – und der zentralen Einschätzungsfrage, ob die Punkte, die für wichtig gehalten werden, tatsächlich auch im täglichen Leben als verwirklicht erlebt werden. Aus der Differenz zwischen „Soll“ (Summe aus den ersten beiden Antwortkategorien zur Wichtigkeit) und „Ist“ (Summe aus „trifft voll und ganz zu“ und „trifft eher zu“) ergibt sich für die einzelnen Punkte, dann für die einzelnen Bereiche, und dann auch insgesamt ein Gesamtindex.

Abbildung 5: Freiheiten – Bildung

Überblick Gesamtgesellschaft



Im Folgenden geht es um verschiedene Aspekte rund um das Thema Bildung. Bitte geben Sie an, wie wichtig für Sie folgende Punkte sind, damit Sie sich in Deutschland frei fühlen und inwiefern diese Aspekte in Deutschland zutreffen.

Basis: Deutschland n=1.500; Angaben in %

1. Bildung

Für besonders wichtig wird erachtet, dass Alle die gleichen Chancen auf Zugang zu Bildung haben; 93 % der Befragten sehen das so – und 61 % finden den Punkt sogar „extrem wichtig“. Frauen finden diesen Punkt leicht häufiger wichtig als Männer (und dabei deutlich häufiger „extrem wichtig“), Hochgebildete leicht häufiger als Personen mit niedrigem Bildungsstand. Sogar noch leicht höhere Werte finden sich bei den Personen, die für sich eine sehr hohe Lebenszufriedenheit, ein sehr hohes Freiheitsgefühl und eine sehr hohe Lebenskontrolle sehen. Gerade in diesem, so wichtig erachteten Aspekt gibt es allerdings auch die größte gefühlte Differenz zwischen Soll und Ist: Dass dieser Punkt im tatsächlichen Leben auch verwirklicht ist, sagen (in der Summe der beiden ersten Kategorien) nur 69 %, es ergibt sich also eine Differenz von -24 Punkten. Auch hier zieht sich die Kritik durch alle soziodemographischen Gruppen. Und vor allem die Befragten mit selbst attestiertem sehr niedrigem Freiheitsgefühl, sehr niedriger Lebenskontrolle und sehr niedriger Lebenszufriedenheit sehen hier Defizite (**Abbildung 5**).

Wesentlich harmonischer ist der Soll/Ist-Vergleich bei den beiden anderen Aspekten in diesem Politikfeld: 70 % der Befragten, annähernd gleichmäßig in den soziodemographischen Gruppen verteilt, finden es wichtig, dass man sich nach eigenen Überzeugungen für eine Schule entscheiden kann. Ebenfalls 70 % finden diesen Aspekt „voll und ganz“ oder

„eher“ verwirklicht. Den Aspekt, dass Schulen frei von staatlicher Kontrolle ihren Lehrstoff wählen können sollen, finden insgesamt 61 % sehr wichtig, darunter auffallend viele der formal niedrig Gebildeten. 53 % der Befragten sehen diesen Punkt insgesamt als verwirklicht an; auch hier gibt es keine signifikanten Unterschiede in der Bewertung zwischen den soziodemographischen Gruppen.

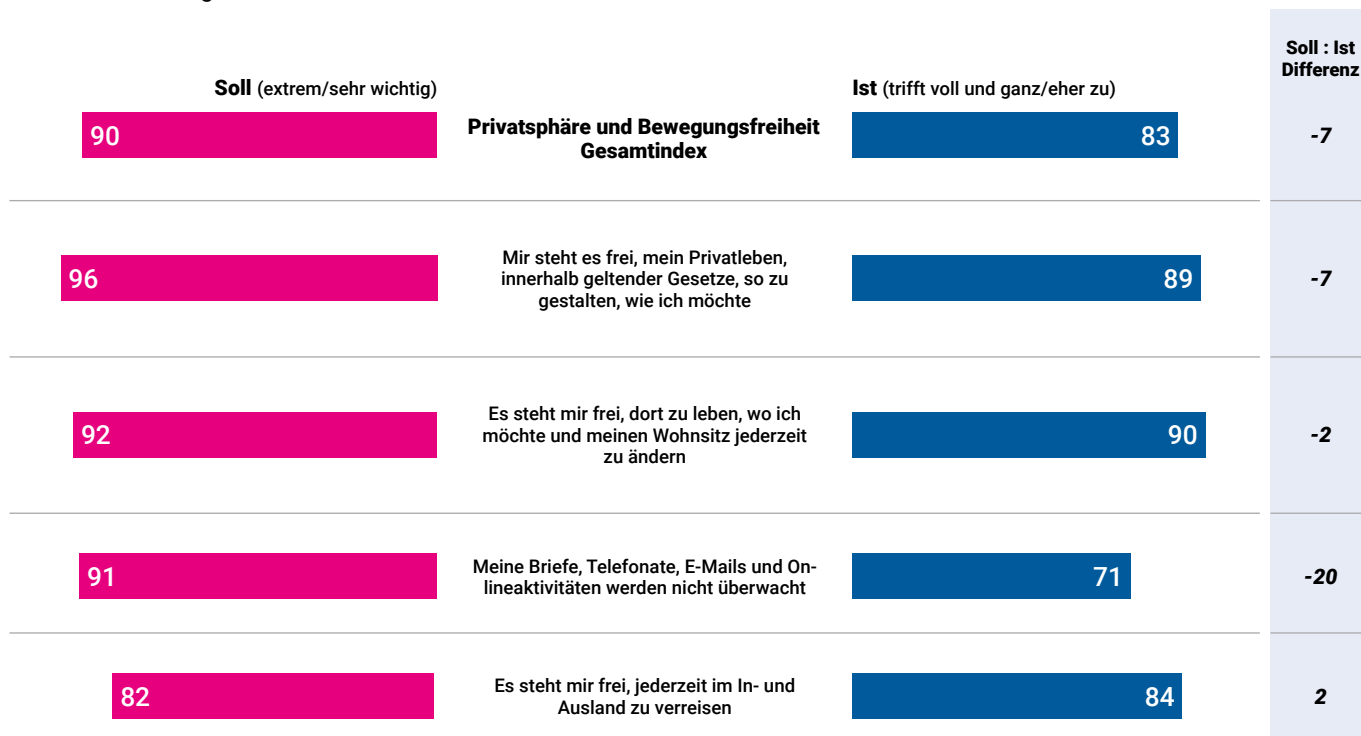
Der Teilindex Bildung weist in der Bilanz der drei Teilaspekte zwischen einem Gesamt-„Soll“ von 75 und dem „Ist“ eine Differenz von -11 auf. Diese Wertung zieht sich gleichförmig durch die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, mit Ausnahme der Über-60-Jährigen, die im „Soll“ niedriger und im „Ist“ leicht höher als der Durchschnitt liegen. Die Meta-Milieus liegen, mit Ausnahme der Consumer-Materialists, im Umfeld des Gesamt-„Soll“, zeigen aber zum Teil sehr große Differenzen im „Ist“. Auffällig ist dabei, dass nicht die Performer oder die Intellektuellen die größten Unterschiede zwischen Wunsch und Wirklichkeit sehen, sondern die Consumer-Materialists und die Modern Mainstreamer.

2. Privatsphäre und Bewegungsfreiheit

Im Bereich Privatsphäre ist es für die Befragten von überrasgender Wichtigkeit, dass sie die Freiheit haben, ihr Privatleben innerhalb geltender Gesetze so zu gestalten, wie sie es möchten. Insgesamt 96 % finden diesen Aspekt wichtig, dabei gleich 64,5 % extrem wichtig. Hier gibt es keinerlei nennens-

Abbildung 6: Freiheiten – Privatsphäre und Bewegungsfreiheit

Überblick Gesamtgesellschaft



Im Folgenden geht es um verschiedene Aspekte rund um das Thema Privatsphäre und Bewegungsfreiheit. Bitte geben Sie an, wie wichtig für Sie folgende Punkte sind, damit Sie sich in Deutschland frei h in Deutschland frei fühlen und inwiefern diese Aspekte in Deutschland zutreffen.

Basis: Deutschland n=1.500; Angaben in %

werte Unterschiede nach soziodemographischen Gruppen. Beim Realitäts-Check werden leichte negative Differenzen gesehen: Dass die Freiheit der Lebensgestaltung in Deutschland im Großen und Ganzen verwirklicht ist, sagen insgesamt 89 %; „voll und ganz“ verwirklicht sehen sie 49 %. Unterdurchschnittlich zufrieden sind die jüngsten Altersgruppen, überdurchschnittlich zufrieden die Über-60-Jährigen. Deutlich höher liegt die Quote derer, die diesen Aspekt als verwirklicht sehen, bei denjenigen, die bei sich ein sehr hohes Freiheitsgefühl, ein hohes Maß an Entscheidungsfreiheit und eine sehr hohe Lebenszufriedenheit sehen – ein deutliches Indiz für die Bedeutung einer freien Lebensgestaltung (**Abbildung 6**).

92% der Befragten finden es wichtig, dort leben zu können, wo sie möchten; 58 % finden es sogar „extrem wichtig“. Dabei gibt es keine großen Unterschiede zwischen den soziodemographischen Gruppen; lediglich die Jüngeren finden diesen Aspekt etwas weniger wichtig als die Älteren. In dieser Kategorie entspricht das „Soll“ nahezu dem „Ist“: 90 % der Befragten finden, dass dieser Punkt in Deutschland voll und ganz oder eher verwirklicht ist.

Für ähnlich bedeutsam wird gehalten, dass es keine Überwachung von Briefen, Telefonaten, E-Mails und Online-Aktivitäten gibt; 91 % finden dies wichtig, um sich frei fühlen zu können. Im Realitäts-Check wird hier Kritik sichtbar: Nur 71 % sehen diesen Aspekt in Deutschland verwirklicht; vor allem von den jüngeren Befragten wird ein Defizit moniert. Bei denjenigen, die sich sehr frei fühlen und bei sich ein hohes Maß an Entscheidungsfreiheit und Lebenskontrolle sehen, liegt die Quote derer höher, die diesen Punkt als verwirklicht sehen.

Die Freiheit, jederzeit im In- und Ausland zu verreisen, wird von insgesamt 82 % für wichtig erachtet; nur die Personengruppe mit formal niedriger Bildung liegt hier deutlich unter dem Durchschnitt. Auch die Personengruppen, die für sich ein hohes Freiheitsgefühl sowie große Entscheidungsfreiheit und Lebenskontrolle betonen, liegen in ihrer Wertung nicht wesentlich höher – dieser Aspekt scheint kein übermäßiges Bestimmungsmerkmal eines speziellen Freiheitsgebrauchs zu sein. Für diese Wertung spricht auch, dass sogar eine höhere Quote die Reisefreiheit als verwirklicht ansieht, als sie überhaupt für wichtig hält: 84 % der Befragten sehen das so, wobei sich besonders die erwähnten Personengruppen mit hohem Freiheitsgefühl dieser Ansicht anschließen.

Vor allem zu letzterem Punkt ist der Hinweis wichtig, dass die Befragten in jedem Land im Fragebogen gebeten wurden, daran zu denken, wie es normalerweise in ihrem jeweiligen Land ist und nicht, wie es zum Zeitpunkt der Befragung aufgrund der Corona-Pandemie war. Ob und, wenn ja, wie die Umstände der Pandemie das Antwortverhalten beeinflusst haben, lässt sich möglicherweise erst bei Folgebefragungen präzise feststellen.

Der Teilindex für den Bereich „Privatsphäre und Bewegungsfreiheit“ liegt bei einem Gesamt-Soll von 90 bei einer relativ moderaten Differenz von -7. Speziell die Jüngeren sehen hier eine leicht höhere Diskrepanz zwischen „Soll“ und „Ist“. In den Milieugruppen schätzen insbesondere die Performer die As-

pekte im „Soll“ hoch ein und monieren gleichzeitig eine relativ hohe Diskrepanz von -8; während die Etablierten und die Liberal-Intellektuellen sowie die kosmopolitische Avantgarde den „Ist“-Zustand am häufigsten als positiv bewerten.

3. Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit

Der Zugang zu medizinischer Versorgung wird in diesem Themenfeld als überragend bedeutsamer Aspekt gewertet und von 97 %, mit geringen Unterschieden zwischen den soziodemographischen Gruppen, als extrem wichtig (75 %) oder sehr wichtig beurteilt. Kritik an der tatsächlichen Verwirklichung dieses Aspekts ist nicht erkennbar: 94 % sagen, dass dieser Aspekt in Deutschland gegeben ist – und auch hier durchzieht diese Auffassung fast gleichförmig alle soziodemographischen Gruppen (**Abbildung 7**).

Als ähnlich bedeutsam wird der Aspekt beurteilt, dass man keine Angst um den Arbeitsplatz haben muss, wenn man krank wird; für 94 % der Befragten ist das extrem wichtig (64 %) oder sehr wichtig. Besonders häufig „extrem wichtig“ ist dieser Punkt für Frauen und für die jüngste Altersgruppe. Hier ist eine deutliche Differenz zwischen Vorstellung und Wirklichkeit zu erkennen: Nur 79 % der Befragten sehen diesen Aspekt in Deutschland „voll und ganz“ oder „eher“ verwirklicht. Besonders bei den Frauen, bei den 30- bis 39-Jährigen und bei den Personen mit formal niedriger Bildung wird diese Kritik geäußert.

Eine sehr hohe Beimessung an Wichtigkeit erhält auch der Aspekt der freien Berufs- und Arbeitsplatzwahl: 94 % sehen dies, quer durch alle soziodemographischen Gruppen, als wichtig an. Eine tatsächliche Verwirklichung dieses Aspekts sehen allerdings nur 82 % der Befragten, wobei besonders die 30- bis 39-Jährigen deutlich unterdurchschnittlich liegen.

Für 84 % ist der Aspekt wichtig, dass der Staat einen sozialen Ausgleich zwischen Arm und Reich schafft – schon weiter oben wurde dieses Thema bei den Aspekten einer freien Gesellschaft weit vorn gesehen. Und wie dort, so findet der Punkt auch hier vor allem bei den Frauen, den Jüngsten und den Personen mit formal niedriger Bildung Betonung. Bei diesem Aspekt gibt es eine sehr große Diskrepanz zwischen Erwartung und Realität: Nur 45 % der Befragten sehen ihn als in Deutschland verwirklicht an. Diese Einschätzung findet sich besonders gering bei den Frauen, den Jüngeren und den Personen, die für sich ein sehr niedriges Freiheitsgefühl, eine sehr geringe Entscheidungsfreiheit und eine sehr geringe Lebenskontrolle darstellen. Hier scheint ein zentraler Punkt für Debatten zur Freiheit zu liegen.

Offensichtlich sehr zufrieden sind die Befragten in Deutschland mit drei weiteren, abgefragten Aspekten in diesem Themenfeld. 83 % betonen die Wichtigkeit freien Handels mit allen Ländern der Welt – und 86 % sehen dies für Deutschland als verwirklicht an. 75 % finden es sehr wichtig, dass es eine große Auswahl internationaler Produkte in Deutschland zu kaufen gibt – 93 % sehen dies als verwirklicht an. 74 % halten es für extrem oder sehr wichtig, ungehindert ein Unternehmen oder eine Firma gründen oder sich selbständig machen zu können – 79 % sehen dies für Deutschland als verwirklicht an.

Abbildung 7: Freiheiten – Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit

Überblick Gesamtgesellschaft

Soll (extrem/sehr wichtig)		Ist (trifft voll und ganz/eher zu)	Soll : Ist Differenz
86	Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit Gesamtindex	80	-6
97	Ich habe Zugang zu medizinischer Versorgung	94	-3
94	Wenn ich krank bin, muss ich keine Angst haben, meinen Arbeitsplatz zu verlieren	79	-15
94	Entsprechend meiner Ausbildung und meinen Fähigkeiten habe ich freie Wahl meines Berufs und meines Arbeitsplatzes	82	-12
84	Der Staat schafft sozialen Ausgleich zwischen Arm und Reich	45	-39
83	Freier Handel mit allen Ländern der Welt muss möglich sein	86	3
75	Ich kann eine große Auswahl internationaler Produkte in meinem Land kaufen	93	18
74	Ich kann ungehindert ein Unternehmen oder eine Firma gründen und mich selbstständig machen	79	5

Im Folgenden geht es um verschiedene Aspekte rund um das Thema Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit. Bitte geben Sie an, wie wichtig für Sie folgende Punkte sind, damit Sie sich in Deutschland frei fühlen und inwiefern diese Aspekte in Deutschland zutreffen.

Basis: Deutschland n=1.500; Angaben in %

Der Teilindex „Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit“ scheint bei einem Gesamt-Soll von 86 mit einer Differenz von -6 und oftmals hohen „Ist“-Werten eher harmonisch, auffällig ist allerdings die hohe Diskrepanz beim Aspekt „sozialer Ausgleich“. Auch in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen gibt es relativ geringe Ausschläge in die eine oder andere Richtung. Die Gruppe der 18- bis 39-Jährigen sieht die Lage kritischer als die älteren Gruppen; die formal niedriger Gebildeten sind skeptischer als die Personen mit höherer Bildung. Bei den Milieugruppen sehen die Etablierten und die Liberal-Intellektuellen in der Gesamtrechnung für diesen Bereich keine Differenz zwischen „Soll“ und „Ist“; bei den Performern und der kosmopolitischen Avantgarde zeigt sich, bedingt durch den hohen Soll-Wert, eine Differenz von -5. Deutlich skeptischer sind die Consumer Materialists und vor allem die Modern Mainstreamer.

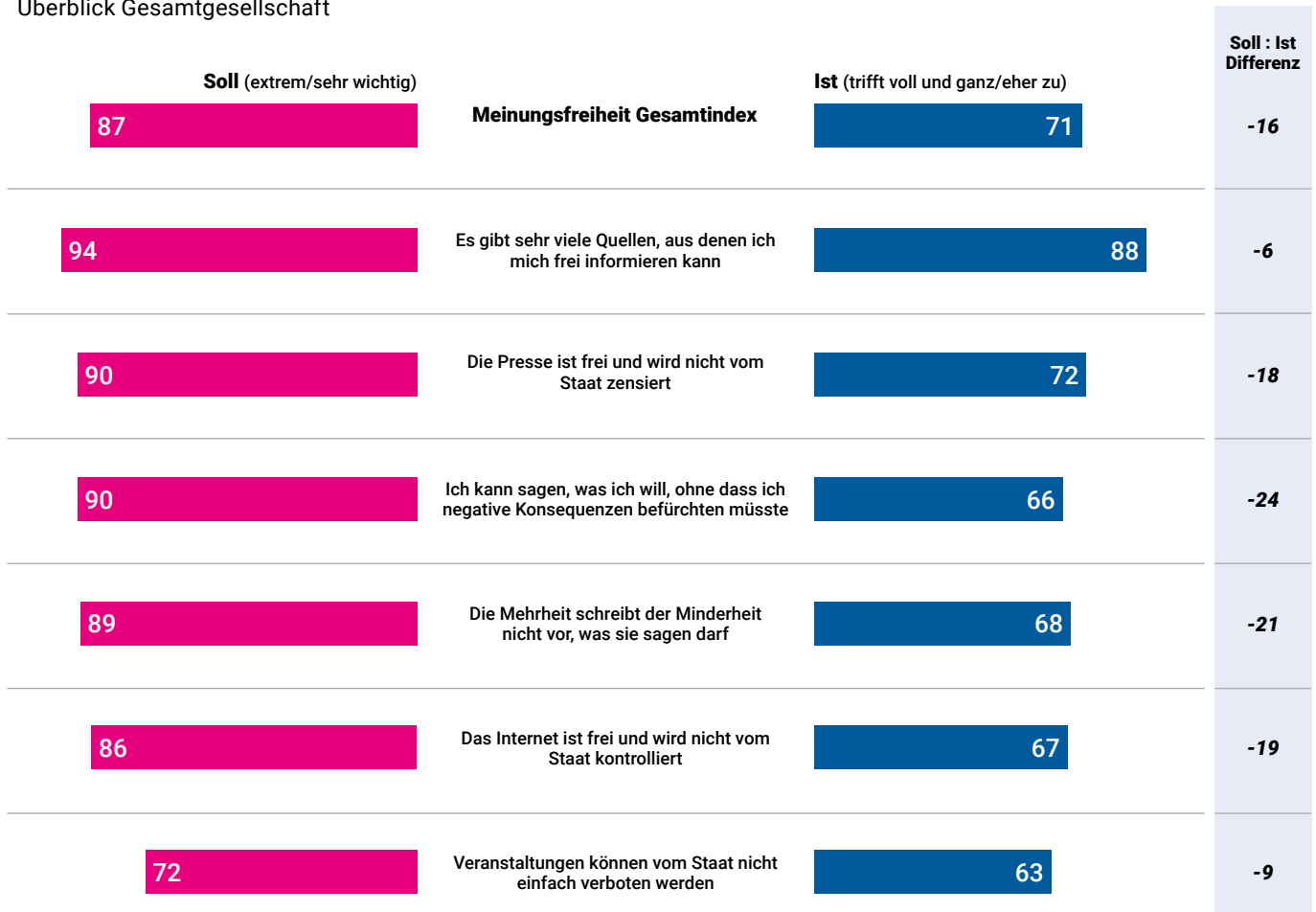
4. Meinungsfreiheit

Im Themenfeld Meinungsfreiheit sind bemerkenswert große Differenzen zwischen „Soll“ und „Ist“ zu beobachten.

Die größte Bedeutung wird hier dem Aspekt der Informationsfreiheit beigemessen: Dass es extrem (53 %) oder sehr wichtig ist, sich aus vielen Quellen frei informieren zu können, sagen 94 % der Befragten, annähernd gleichwertig in allen soziodemographischen Gruppen. Dass dieser Aspekt in Deutschland verwirklicht ist, sagen 88%, wobei die 30- bis 39-Jährigen dies seltener und die Über-60-Jährigen dies häufiger äußern (**Abbildung 8**).

Dem Aspekt der Pressefreiheit wird insgesamt von 90 % eine große Wichtigkeit beigemessen – bei denjenigen, die ihn „extrem wichtig“ finden, übertrifft er mit 59 % sogar den Aspekt

Abbildung 8: Freiheiten – Meinungsfreiheit
 Überblick Gesamtgesellschaft



Im Folgenden geht es um verschiedene Aspekte rund um das Thema Meinungsfreiheit. Bitte geben Sie an, wie wichtig für Sie folgende Punkte sind, damit Sie sich in Deutschland frei fühlen und inwiefern diese Aspekte in Deutschland zutreffen.

Basis: Deutschland n=1.500; Angaben in %

der Informationsfreiheit. Hier gibt es eine bemerkenswert hohe Differenz zwischen „Soll“ und „Ist“: 72 % sagen, dass in Deutschland die Presse frei ist und nicht zensiert wird. Die 30- bis 39-Jährigen finden die Pressefreiheit in leicht unterdurchschnittlichem Umfang wichtig – und gehören auf der anderen Seite zu denjenigen, die diesen Aspekt wesentlich häufiger als nicht verwirklicht ansehen.

90 % der Befragten, quer durch die soziodemographischen Gruppen in annähernd gleichem Umfang, bewerten den Aspekt als wichtig, alles sagen zu können, was man will, ohne negative Konsequenzen befürchten zu müssen. In diesem Thema liegt erkennbar ein gesamtgesellschaftlicher Diskussionspunkt, denn hier ist die Differenz zwischen „Soll“ und „Ist“ besonders groß: Dass dieser Aspekt in Deutschland verwirklicht ist, sagen 66 % – was im Umkehrschluss bedeutet, dass ein Drittel der Befragten meint, die eigene Meinung nicht „ungestraft“ in der Öffentlichkeit vertreten zu können. Auch hier liegen die jüngsten Personengruppen und die formal niedrig Gebildeten noch unter dem Durchschnitt, und erkennbar hat diese Bewertung auch mit einem als sehr niedrig empfundenen Freiheitsgefühl und einer sehr niedrigen Lebenskontrolle zu tun.

Ebenfalls das Feld der Meinungsfreiheit betrifft der von 89 %, ebenfalls quer durch alle soziodemographischen Gruppen für insgesamt wichtig erachtete Aspekt, dass die Mehrheit der Minderheit nicht vorschreiben darf, was sie sagen darf. 68 % sehen dies in unserer Gesellschaft als verwirklicht an; allerdings gibt es hierzu unterdurchschnittliche Wertungen bei den Jüngeren und bei den Personen mit formal niedrigerer Bildung. Und auch hier scheinen ein als sehr niedrig empfundenes Freiheitsgefühl und eine niedrige Entscheidungsfreiheit meinungsbildend zu wirken, denn hier gibt es deutlich mehr Stimmen, die diesen Punkt als nicht verwirklicht ansehen. Zusammengenommen mit der Auffassung einer durchaus erheblichen Anzahl von Menschen, man dürfe seine Meinung nicht sagen, liegt hier Diskussionspotenzial.

Die Forderung, dass das Internet frei sein und vom Staat nicht kontrolliert werden soll, wird von 86 % als wichtig angesehen, von 48 % als extrem wichtig. Auch hier gibt es, durchaus erstaunlich, wenige Unterschiede zwischen den Alters- und Bildungsgruppen. Dass dieser Aspekt bei uns tatsächlich verwirklicht ist, sagen allerdings nur 67 %, wobei wiederum die 30- bis 39-Jährigen und die Personen mit formal niedriger Bil-

derung noch skeptischer sind. Auch dieser Aspekt bietet Anlass zur gesellschaftlichen Diskussion.

72 % der Befragten finden den Freiheitsaspekt extrem wichtig (32 %) oder sehr wichtig, dass Veranstaltungen vom Staat nicht einfach verboten werden können. Bei den Männern findet diese Forderung mehr Unterstützung als bei den Frauen, bei den mittleren Altersgruppen mehr als bei den übrigen. Dass dieser Freiheitsaspekt tatsächlich verwirklicht sei, sagen 63 % der Befragten; dabei sind die Voten bei den Jüngsten und bei den Personen mit formal niedriger Bildung signifikant unterdurchschnittlich. Allerdings könnte auch hier – trotz des Hinweises im Fragebogen – die Situation während der Corona-Pandemie eine gewisse Rolle beim Antwortverhalten spielen.

Der Teilindex „Meinungsfreiheit“ zeigt bei einer „Soll“-Zahl von 87 eine sehr deutliche Diskrepanz von -16 zwischen „Soll“ und „Ist“. Besonders die 30- bis 39-Jährigen sehen hier ein Ungleichgewicht, während die Ältesten dies in deutlich geringerem Ausmaß tun. Bei den Bildungsgruppen sind die formal niedrig Gebildeten deutlich kritischer als die Hochgebildeten.

Bei den Milieugruppen messen Performer und kosmopolitische Avantgarde dem Bereich „Meinungsfreiheit“ die größte Bedeutung zu; alle Milieugruppen – am geringsten noch die Etablierten und die Liberal-Intellektuellen – sehen eine sehr große Diskrepanz zwischen „Soll“ und „Ist“.

5. Rechtsstaat, Bürger-/Menschenrechte

Durchweg sehr hohe Werte im „Soll“ finden die Aspekte zum Feld Rechtsstaat, Bürger- bzw. Menschenrechte. Dies korrespondiert erkennbar mit den Wertungen der wesentlichen Aspekte einer freien Gesellschaft (s.o. I.4.)

Dass auch der Staat an Recht und Gesetz gebunden ist, betonen 96 % als sehr wichtig, dabei 71 % als extrem wichtig, damit sie sich frei fühlen können. Die ältesten Gruppen sind dabei mit Werten von 98 bzw. 99 % am entschiedensten – ansonsten gibt es wenige signifikante Unterschiede zwischen den soziodemographischen Gruppen. Dass dieser Aspekt in unserer Gesellschaft verwirklicht ist, bejahen 78 %, wobei die Jüngsten unter- und die Ältesten überdurchschnittlich davon überzeugt sind (**Abbildung 9**).

Abbildung 9: Freiheiten – Rechtsstaat, Bürger- bzw. Menschenrechte

Überblick Gesamtgesellschaft

Soll (extrem/sehr wichtig)		Ist (trifft voll und ganz/eher zu)	Soll : Ist Differenz
93	Rechtsstaat, Bürger- bzw. Menschenrechte Gesamtindex	80	-13
96	Auch der Staat ist an Recht und Gesetz gebunden	78	-18
96	Dinge, die mir gehören, darf mir niemand wegnehmen	83	-13
96	Unser Rechtssystem garantiert gleiche Rechte für alle	69	-27
95	Bei der Durchsetzung meiner Rechte kann ich auf die Polizei und die Gerichte vertrauen	72	-23
93	Unsere Gerichte sind auch dafür da, die Regierung zu kontrollieren	74	-19
92	Bei der Strafverfolgung werden Menschenrechte geschützt (z.B. Folterverbot)	87	-5
92	Ich habe das Recht, an freien und geheimen Wahlen teilzunehmen	92	0
90	Minderheiten werden durch unser Rechtssystem ausreichend geschützt	75	-15
87	Es steht mir frei, mich politisch zu betätigen	89	2

Im Folgenden geht es um verschiedene Aspekte rund um das Thema Rechtsstaat, Bürger- bzw. Menschenrechte. Bitte geben Sie an, wie wichtig für Sie folgende Punkte sind, damit Sie sich in Deutschland frei fühlen und inwiefern diese Aspekte in Deutschland zutreffen.

Basis: Deutschland n=1.500; Angaben in %

Eine ähnliche Wertung gibt es bezüglich des Rechtssystems. Für insgesamt 96 % ist es extrem (66 %) oder sehr wichtig, dass gleiche Rechte für alle garantiert sind; auch hier liegen die Älteren in der Zustimmung leicht höher als die übrigen Altersgruppen. Auffällig ist hier die Diskrepanz zwischen „Soll“ und „Ist“: Dass dieser Grundsatz bei uns verwirklicht ist, sagen (nur) 69 %; Skepsis gibt es auch hier bei den Jüngsten, deutlich überdurchschnittliche Werte bei den Ältesten.

Auch die übrigen diesbezüglichen Punkte lassen Skepsis an der Verwirklichung rechtsstaatlicher Grundsätze erkennen: Dass man bei der Durchsetzung seiner Rechte auf Polizei und Gerichte vertrauen können muss, sagen 95 %, quer durch alle Bevölkerungsgruppen. Dass man dies auch tatsächlich kann, dass dieser Aspekt also verwirklicht ist, sagen 72 %, wobei die Jüngsten besonders skeptisch und die Ältesten überdurchschnittlich überzeugt sind. Dass die Gerichte auch dafür da sein sollen, die Regierung zu kontrollieren, bejahen 93 % – dass dies tatsächlich der Fall ist, sagen 74 %.

In diesen genannten Einzelaspekten lässt sich – trotz der relativ hohen Wertungen zum „Ist“-Zustand – durchaus eine gewisse Rechtsstaatskepsis erkennen, über deren Gründe und möglichen Begründungen diskutiert werden muss.

92 % sehen es als wichtig für ihre Freiheit an, dass bei der Strafverfolgung Menschenrechte geschützt werden, zum Beispiel durch ein Folterverbot. Diese Auffassung zieht sich, ohne große Unterschiede, durch die soziodemographischen Gruppen. An diesem Punkt zeigt sich für die Verhältnisse in Deutschland eine relativ gute Kongruenz zwischen „Soll“ und „Ist“: 87 %, quasi unisono durch die Bevölkerungsgruppen, sehen diesen Aspekt tatsächlich verwirklicht.

Das Eigentumsrecht wird als ein überragendes Bürgerrecht begriffen: Dass Dinge, die einem gehören, von niemandem weggenommen werden dürfen, sehen 96 % als insgesamt wichtig, und dabei 76 % als extrem wichtig an. Hier sind sich auch die Gruppen einig, die für sich unterschiedliche Ausprägungen von Freiheitsgefühl, Entscheidungsfreiheit und Lebenszufriedenheit sehen. Dass dieser Aspekt in Deutschland tatsächlich verwirklicht ist, sagen insgesamt 83 %. Am wenigsten überzeugt sind hier die 30- bis 39-Jährigen, während die Ältesten deutlich überdurchschnittlich oft dieser Ansicht sind.

Die Meinungen zum Minderheitenschutz zeigen dagegen eine gewisse Einschätzungsdifferenz: 90 % sehen es als insgesamt wichtig an, dass Minderheiten durch unser Rechtssystem ausreichend geschützt werden, und auch zwischen den unterschiedlichen soziodemographischen Gruppen gibt es hierzu keine signifikanten Meinungsunterschiede. Dass dieser Aspekt in unserer Gesellschaft verwirklicht ist, sagen 75 %, wobei speziell die Jüngeren und die formal niedrig Gebildeten skeptisch sind. Auch dieser Punkt bietet Spielraum für Interpretationen.

Die demokratischen Mitwirkungsrechte werden dagegen einmütig beurteilt: das Recht, an freien und geheimen Wahlen teilzunehmen, wird von 92 % für extrem bzw. sehr wichtig erklärt. Ebenfalls 92 % sehen dieses Freiheitsrecht als verwirk-

licht an – wobei die Personen, die für sich ein sehr niedriges Freiheitsgefühl und eine sehr niedrige Entscheidungsfreiheit sehen, dies in wesentlich geringerem Maße sagen. Die Freiheit, sich politisch zu betätigen, wird von insgesamt 87 % als extrem oder sehr wichtig angesehen, wobei diese Auffassung mit zunehmendem Alter steigt und bei den Männern deutlich mehr verbreitet ist als bei den Frauen. 89 % sehen diese Freiheit als verwirklicht an, wobei sich besonders die Ältesten in diesem Sinne äußern.

Der Teilindex für den Bereich „Rechtsstaat, Bürger-/ Menschenrechte ist bei einem Gesamt-Soll von 93 mit -13 zwischen „Soll“ und „Ist“ deutlich negativ. Leicht überdurchschnittlich negativ eingestellt sind die 30- bis 39-Jährigen und die 50- bis 59-Jährigen sowie die Personen mit formal niedriger Bildung, während die Ältesten eher zufrieden sind. Unter den Sinus-Milieus sehen die Etablierten, aber auch die Liberal-Intellektuellen den höchsten „Ist“-Stand, während die Performer, vor allem aber auch die Traditionalisten und die konsumorientierten Materialisten eine stark negative Bilanz zwischen „Soll“ und „Ist“ ziehen.

III. Versuch einer Gesamt-Bewertung:

Indem in jedem der genannten fünf einzelnen Bereiche von Freiheit prozentuale Wertungen der einzelnen Freiheitsaspekte zusammengeführt werden, zeigt sich zum einen eine Rangfolge der von den Befragten als ihre Freiheit bedingenden Werte und Aspekte. Zum anderen lässt sich aus dem Vergleich der „Soll“-Werte, also der Wertung als wichtig für die Freiheit, und der „Ist“-Werte, also der Wertung als tatsächlich verwirklicht, ein Index ermitteln.

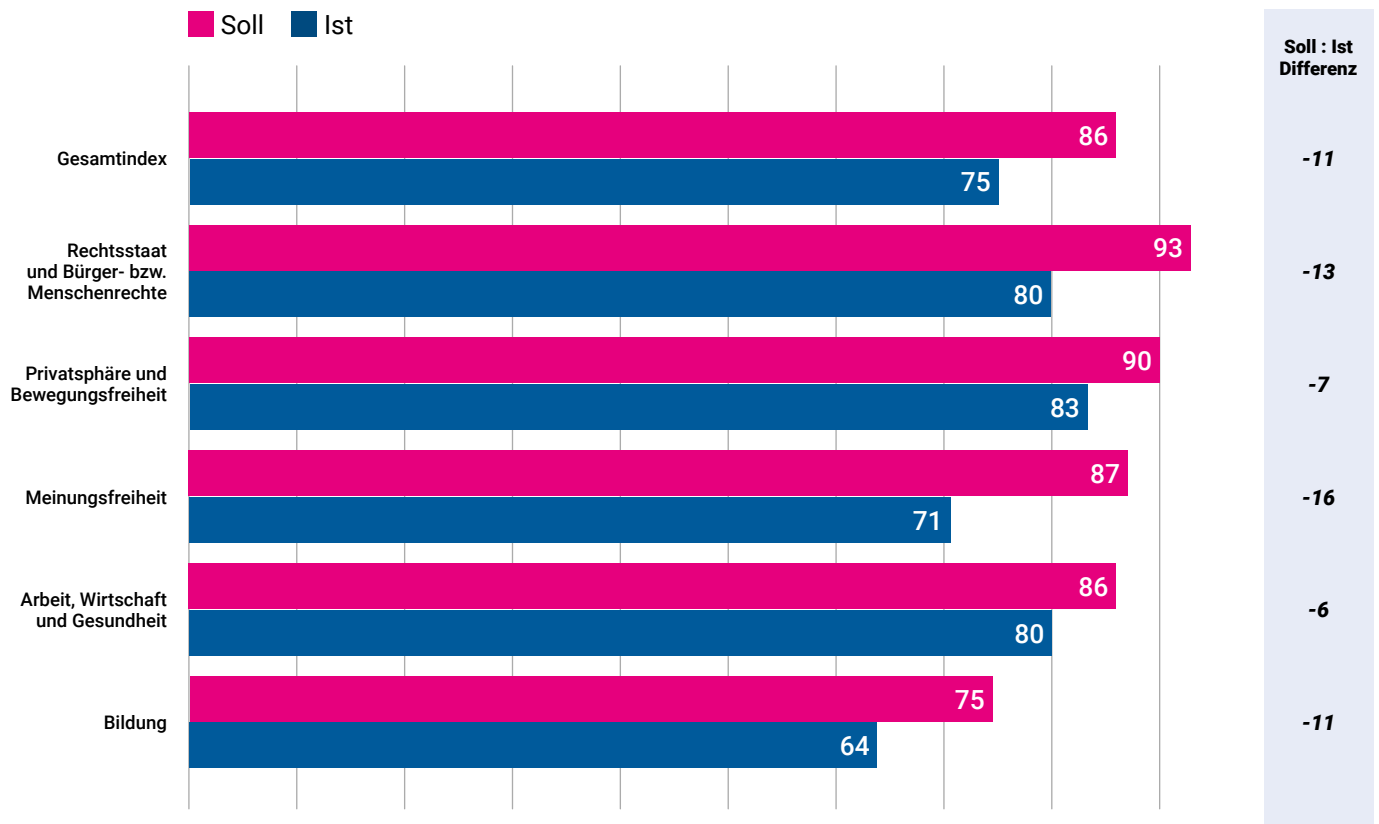
Hier ist zunächst bemerkenswert, dass alle behandelten Bereiche, in der Zusammenfassung ihrer einzelnen Aspekte, hohe Beimessungen zu ihrer Wichtigkeit erhalten – bei vier Feldern liegt diese über 85 %, bei Bildung bei 75 %. Nimmt man allein die Prozentzahlen zum Ist-Zustand, so zeigt sich im Feld Privatsphäre und Bewegungsfreiheit die höchste Zufriedenheit. Aber auch in den Bereichen Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit, sowie Rechtsstaat und Bürger- bzw. Menschenrechte äußern sich 80 % zufrieden mit den Zuständen. Deutlich darunter liegen die Zustimmungsraten für die Felder Meinungsfreiheit und – vor allem – Bildung (**Abbildung 10**).

Auffällig ist weiterhin, dass es in allen Bereichen zwischen dem „Soll“ und dem „Ist“ eine negative Differenz gibt – der Ist-Zustand wird gegenüber dem Soll-Zustand in allen Fällen als defizitär empfunden.

Dies gilt besonders für den Bereich der Meinungsfreiheit, wo scheinbar große Defizite gesehen werden; der Prozentsatz derer, die sagen, dass die „Presse“ tatsächlich frei ist (72 %), ist deutlich geringer als der Prozentsatz derer, die Pressefreiheit für ihre eigene Freiheit als wichtig erachten (90 %). Die Befragten gehen hier offenbar von der richtigen Erwartung aus, dass die Medien unabhängig sein und frei funktionieren sollen und wollen diese Erwartung auch vollumfänglich umgesetzt sehen. Die Umsetzung dieser Vorstellung sehen viele allerdings

Abbildung 10: Soll-Ist-Vergleich Freiheitsindices

Überblick Gesamtgesellschaft



Basis: Deutschland n=1.500; Angaben in %

nicht als gesichert an - vielleicht aufgrund der Tatsache, dass in der modernen Social Media-Medienwelt das langjährige Interpretations-Primat der (dann auch als „Mainstream-Medien“ diffamierten) Rundfunkanstalten, Zeitungen und Leitmedien nicht mehr wie bisher gilt. Auch im Bereich von Rechtsstaat und Bürger- bzw. Menschenrechten werden deutliche Defizite im Ist-Zustand gesehen; insbesondere im Aspekt der Verwirklichung gleicher Rechte für alle und bei der Frage, ob man bei der Durchsetzung seiner Rechte auf Polizei und Gerichte vertrauen kann, klaffen „Soll“ und „Ist“ deutlich auseinander. Dass in beiden Aspekten rund 70 % ihre Erwartung verwirklicht sehen, ist nur die eine Seite der Medaille – die Differenz zum sehr hohen Erwartungsniveau von 95 bzw. 96 % ist ein Zeichen kritischer Distanz vieler Menschen zum Rechtsstaat.

Diskutiert werden muss auch über den Bereich Bildung: zum einen darüber, warum die dort dargestellten Freiheitsaspekte in deutlich geringerem Maß als die Freiheit bedingend angesehen werden; zum anderen darüber, wie das Defizit zwischen „Soll“ und „Ist“ behoben werden kann, das maßgeblich auf der negativen Wertung bezüglich allgemeiner Bildungschancen beruht. Offensichtlich wird Bildung als Bürgerrecht gesehen – eine gerechte Verteilung von Bildungschancen sehen aber deutlich weniger Menschen als ihre tägliche Realität.

Relativ nahe beieinander liegen „Soll“ und „Ist“ im Bereich Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit. Hier ist allerdings besonders der Aspekt „Sozialer Ausgleich“ zu beachten, der die größte Soll-Ist-Differenz der gesamten Befragung, Deutschland betreffend, aufweist.

Auch der Bereich Privatsphäre und Bewegungsfreiheit zeigt insgesamt eine relativ moderate Differenz zwischen „Soll“ und „Ist“ – wo aber bei den einzelnen Aspekten eine sehr negative Einschätzung zum Post- und Telekommunikationsgeheimnis, mit einer Soll/Ist-Differenz von -20 Punkten auffällt.

Insgesamt ergibt sich über alle abgefragten Freiheitsbereiche ein mit -11 Punkten negativer Gesamtindex, wonach ein von den Befragten gesehenes „Soll“ von 86 Punkten an Freiheitsrechten einem „Ist“ von 75 Punkten gegenübersteht. In den Sinus-Meta-Milieus gibt es beim „Soll“ eine deutliche Abweichung bei den Performern, wo eine höhere Zahl (90 Punkte) die Freiheitsrechte als extrem oder sehr wichtig ansieht

Die Befragung zeigt, dass die Menschen in Deutschland ein sehr hohes Niveau an Freiheitserwartung haben und im Großen und Ganzen auch sich ihres Freiheitsgefühls sehr bewusst sind. Gleichzeitig sehen sie, auf hohem Niveau beginnend, dass sich ihre Freiheitsräume durchaus noch erweitern ließen. So abstrakt das auch klingen mag, so ist die Botschaft doch klar: Es geht um mehr Freiheit für immer mehr Menschen.

3. Freiheit – Wunsch und Realität in liberalen und semi-liberalen Demokratien

Bernhard Weißels

Freiheit und ihre Voraussetzungen – Einführung

Freiheit hat viele Facetten. Dass Freiheit zu den wichtigsten Errungenschaften demokratischer Gesellschaften gehört, ist unzweifelhaft. Was bedeutet Freiheit den Menschen in modernen Gesellschaften der Welt und wie sehen sie Freiheit in ihren Ländern realisiert? Das sind die beiden Kernfragen, die hier beantwortet werden sollen. Dazu müssen die Einschätzungen und die Beurteilungen der Menschen erfragt werden. Das geht nicht ohne eine zumindest kurze Klärung, was Freiheit meint und umfasst.

Eine grundlegende Unterscheidung in der politischen Philosophie ist die in negative und positive Freiheiten, in den 1960er Jahren geprägt von dem Philosophen und Ideengeschichtler Isaiah Berlin. Negative Freiheit umfasst schlichtweg die Abwesenheit von Begrenzungen und Eingrenzungen, in der Demokratie z.B. die Abwesenheit von Willkür und Übergriffen des Staates oder der politisch Herrschenden. Rechtsstaatlichkeit als die Bindung staatlichen Handelns an demokratisch verabschiedete Gesetze ist ein Paradebeispiel für negative Freiheiten, also die Freiheit von etwas. Es gibt aber auch die positiven Freiheiten, also das Recht auf etwas. Hierzu zählen zum Beispiel Freizügigkeiten, wo ich leben möchte, was ich arbeiten möchte, wohin ich reisen möchte, aber auch die Artikulationsrechte, also die Informations- und Meinungsfreiheit. *Rechtsstaatlichkeit*, *Meinungsfreiheit* und *private Rechte* auf die eigene Lebensgestaltung sind die drei Dimensionen, die im engeren Sinne definieren, welche Freiheiten wir genießen.

Aber Freiheit ist nicht voraussetzungslos. Sie muss auch ausgeübt werden können. Existentielle Problemlagen und extreme Ungleichheiten können Freiheit begrenzend wirken. Deshalb gehört zu den grundlegenden Freiheiten, die durch Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Privatsphäre gesichert werden, auch die „infrastrukturelle“ Absicherung, dass diese Freiheiten auch ausgeübt werden können. Das schließt ein, wie schon der Nationalökonom Adam Smith in seinem bekannten Werk „Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen“ 1776 darlegte, die Bereitstellung öffentlicher Güter wie etwa Bildung, Verkehrsinfrastruktur, und heute würden wir hinzufügen: Gesundheitsversorgung sowie weitere Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Markt und freie wirtschaftliche Betätigung mit einem hinreichenden Auskommen. Über die Dimensionen hinaus, die unmittelbar Freiheiten betreffen, ist daher auch die Sicherstellung öffentlicher Güter wie z.B. Bildung, Arbeit und Gesundheit zu betrachten.

Wenn wir zum einen bestimmen wollen, welche Freiheiten und welche Rahmenbedingungen den Menschen wichtig sind und zum anderen, wie die Menschen die Realisierung in ihren Ländern beurteilen, dann liegt darin die Annahme,

dass Wunsch und Realität nicht unbedingt zusammenfallen müssen. Wenn Nationen mit unterschiedlichen Freiheitseigenschaften betrachtet werden, z.B. Demokratien und Nicht-Demokratien, stellt sich die Frage, was die objektiven Unterschiede für die individuellen subjektiven Orientierungen und Beurteilungen der Bürgerinnen und Bürger bedeuten. Würde sich in beiden das gleiche Freiheitsbedürfnis zeigen, aber eine unterschiedliche Beurteilung der Realisierung oder würden sich schon die Ansprüche an die Freiheit unterscheiden?

Einstellungen zur Freiheit und ihren Voraussetzungen – globaler Überblick

Um auch dieser Frage nachgehen zu können, wurden nicht nur Menschen in etablierten Demokratien befragt, sondern eine große Variation an Ländern ausgesucht. Gemessen an dem Index von Freedom House, ein Think Tank, der seit 1972 Messungen zu den politischen Freiheiten über den Stand der Bürger- und der politischen Rechte weltweit durchführt, reicht die Variation der Länder, in denen die Umfragen durchgeführt wurden, von vollständig freien Nationen bis zu politisch unfreien Nationen. Zu den freien Nationen, in der Literatur der Demokratieforschung auch als „liberal democracies“ bezeichnet, zählen Deutschland, Spanien und Taiwan mit einem Gesamtwert bei Freedom House von über 90, sowie die immer noch freien, aber etwas weniger gut beurteilten Länder wie die USA, Polen, Südkorea und Südafrika mit Werten von über 80 und Brasilien mit einem Wert von 76. Zu den nur teilweise freien Ländern, den so bezeichneten „semi-liberal democracies“, zählen Indien, Indonesien, Mexiko und die Ukraine mit Werten in den 60ern. Zu den nicht freien Staaten („autocracies“) gehören die Türkei, Russland und China mit sehr viel niedrigeren Werten um 30 und geringer. In diesem Abschnitt befassen wir uns mit dem Vergleich zwischen liberalen und semi-liberalen Demokratien. Die nicht-freien Länder werden im nächsten Abschnitt eingehend analysiert.

Die Bürgerinnen und Bürger wurden zu verschiedenen Aspekten der Themen Rechtsstaat und Bürger- bzw. Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Privatsphäre sowie zu den Aspekten Bildung sowie Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit dahingehend befragt, wie wichtig ihnen die jeweiligen Aspekte sind und inwieweit sie auf die Realität in ihrem Land zutreffen. Jeweils gab es vier Antwortkategorien von „Extrem wichtig“ bis zu „Nicht allzu wichtig“, bzw. von „Trifft voll und ganz zu“ bis „Trifft überhaupt nicht zu“. Die Antworten zu der Frage nach der Wichtigkeit der Aspekte zeigt, dass ein hoher Anteil der Bürgerinnen und Bürger sehr viele der Aspekte für „Extrem wichtig“ oder wenigstens für „Sehr wichtig“ halten. Das ist nicht überraschend, denn es geht ja um positive Aspekte der Freiheit bzw. der Voraussetzungen der Freiheitsausübung. Aber es macht eben auch kaum einen Unterschied, wenn 80 oder 90 % der Befragten die Aspekte als mindestens sehr wichtig ansehen. Insbesondere für

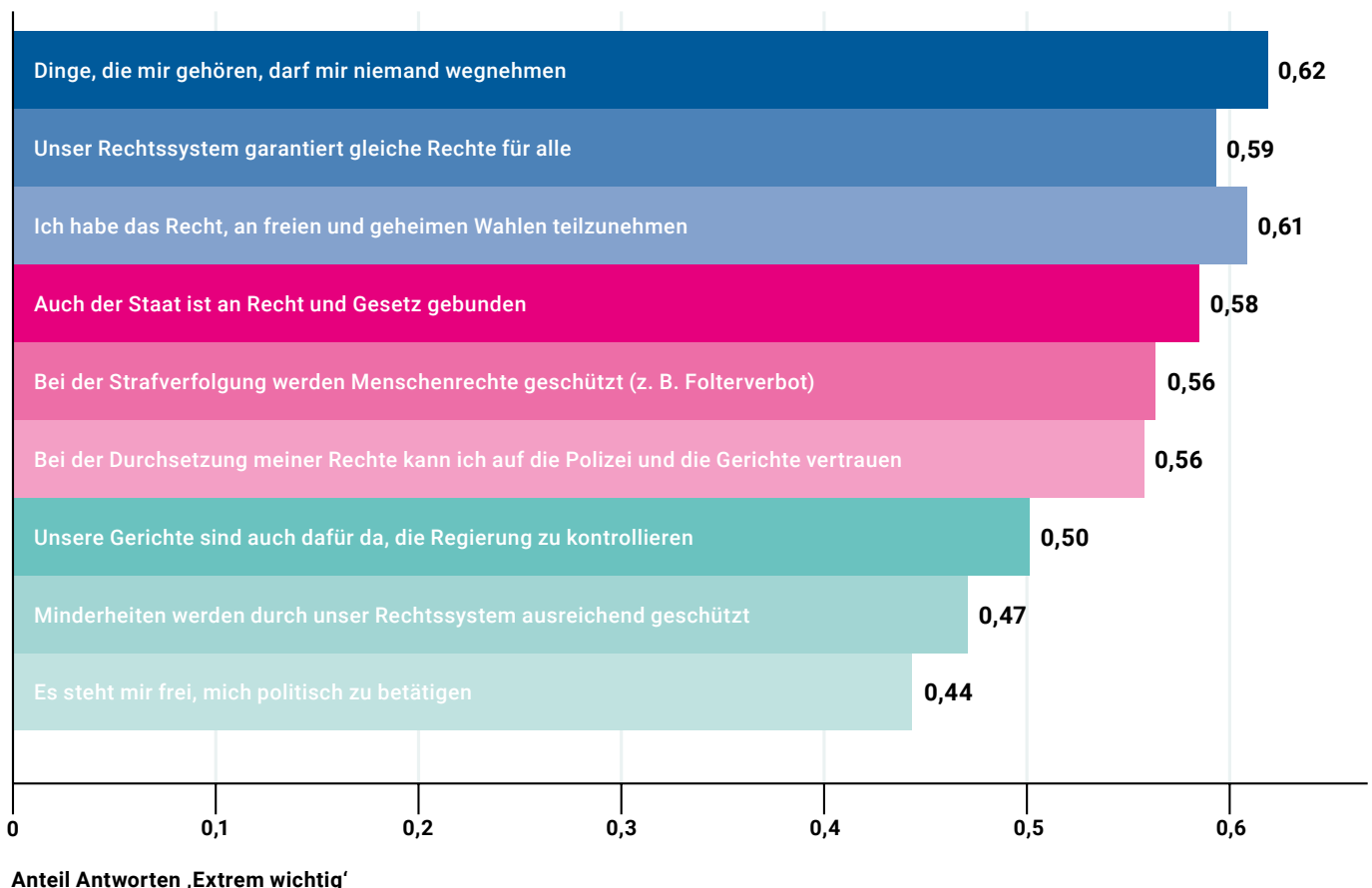
den Vergleich der freien und teilweise freien Länder ist es daher sinnvoll, nur diejenigen Anteile zu betrachten, die die Aspekte als unabdingbar („Extrem wichtig“) für die Freiheit ansehen. So ist der Anteil derjenigen, die beim Thema Rechtsstaat es als sehr wichtig oder extrem wichtig ansehen, dass das Eigentum geschützt ist, mit einem Gesamtdurchschnitt aller in den liberalen und semi-liberalen Staaten Befragten mit 92 % so hoch, dass nicht viel Spielraum für Länderunterschiede existiert. Der höchste Landesmittelwert liegt bei 97 %, der niedrigste bei 87 %. Nicht anders ist es mit dem Wunsch nach gleichen Rechten für alle, geheimen Wahlen oder der Rechtsbindung des Staates. Unterschiede zwischen Ländern sind erst ab 6 Prozentpunkten Differenz substantiell interpretierbar (statistisch signifikant). Von der Gesamtzahl der Ländervergleiche (insgesamt 66 bei 12 Ländern) ist nur etwa ein Drittel zu deuten. Was im Grundsatz darauf hinausläuft, dass Unterschiede zwischen liberalen und semi-liberalen Demokratien interpretierbar sind, nicht aber innerhalb der liberalen Demokratien. Werden zum Beispiel beim Element Schutz des Eigentums lediglich die Anteile der Befragten herangezogen, die das als „extrem wichtig“ beurteilen, liegt der Mittelwert bei allen Befragten in den liberalen und semi-liberalen Ländern bei 62 %, der höchste Wert liegt bei 79 %, der niedrigste bei 45 %. Deutlich mehr als die Hälfte der paarweisen 66 Ländervergleiche führt zu statistisch bedeutsamen Unterschieden. Auch in den anderen Themenbereichen zeigen sich ähnliche Ergebnisse. Beim Thema Privatsphäre sind zwei der vier Elemente für etwa

90 % der Befragten „sehr wichtig“ oder „extrem wichtig“, bei Thema Meinungsfreiheit immerhin noch ein Element, und vier weitere werden von deutlich über 80 % der Befragten als „sehr wichtig“ oder „extrem wichtig“ eingestuft¹. Aus diesem Grund beruhen die folgenden Analysen ausschließlich auf den Antworten „extrem wichtig“ und spiegelbildlich dazu bei der Beurteilung des Ist-Zustandes auf den Antworten „voll und ganz zutreffend“.

Wie gesagt, steht im Durchschnitt und über alle 12 liberalen und semi-liberalen Länder hinweg der Schutz des Eigentums an erster Stelle unter den Aspekten des Rechtsstaates. An letzter Stelle steht die freie politische Betätigung mit 44 %. Dazwischen liegen gleiche Rechte für alle, das Recht, an freien und geheimen Wahlen teilzunehmen, die Rechtsbindung des Staates, der Schutz der Menschenrechte auch bei Strafverfolgung, die polizeiliche und gerichtliche Unterstützung bei der Durchsetzung eigener Rechte, die Rechtskontrolle der Politik und der Minderheitenschutz (s. **Abbildung 1**).

¹ Derartige Probleme mit Fragen zu öffentlichen Gütern, die von mehr oder minder allen als positiv angesehen werden, gibt es in Befragungen häufiger. Eine Umfrage des European Social Survey zur Bedeutung und Beurteilung der Demokratie in fast allen europäischen Nationen hatte für die Beurteilung positiver Elemente von Demokratie eine 10-Punkte-Skala vorgegeben. Die Antworten vielen so schief verteilt zugunsten der Elemente aus, dass letztendlich nur diejenigen mit dem höchsten Wert mit denen ohne Antworten auf dem höchsten Wert verglichen wurden. Siehe Ferrin, Mónica, and Hanspeter Kriesi, eds. 2016. *How Europeans View and Evaluate Democracy*. New York, NY: Oxford University Press.

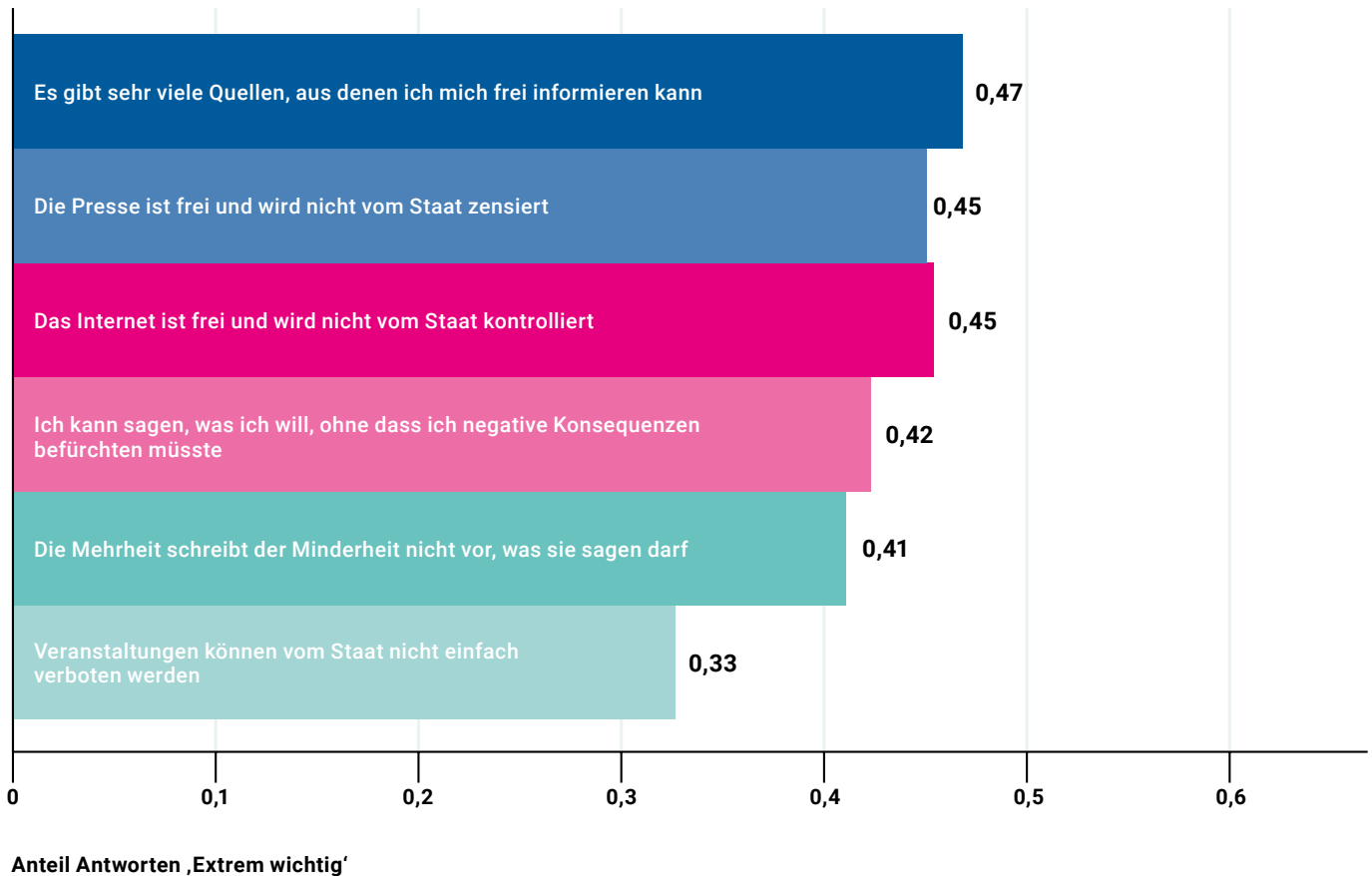
Abbildung 1: Wichtigkeit Elemente Rechtstaat, Bürger- und Menschenrechte



Das wichtigste Element der Meinungs- und Informationsfreiheit ist im Durchschnitt für die Bürgerinnen und Bürger in den 12 Nationen der Umstand, dass es eine Vielzahl von Quellen gibt, aus denen sich informiert werden kann.

47 % erachten das als extrem wichtig. Von den anderen fünf Elementen wird mit 33 %, dass Veranstaltungen nicht einfach vom Staat verboten werden können, von dem kleinsten Anteil als extrem wichtig angesehen (**Abbildung 2**).

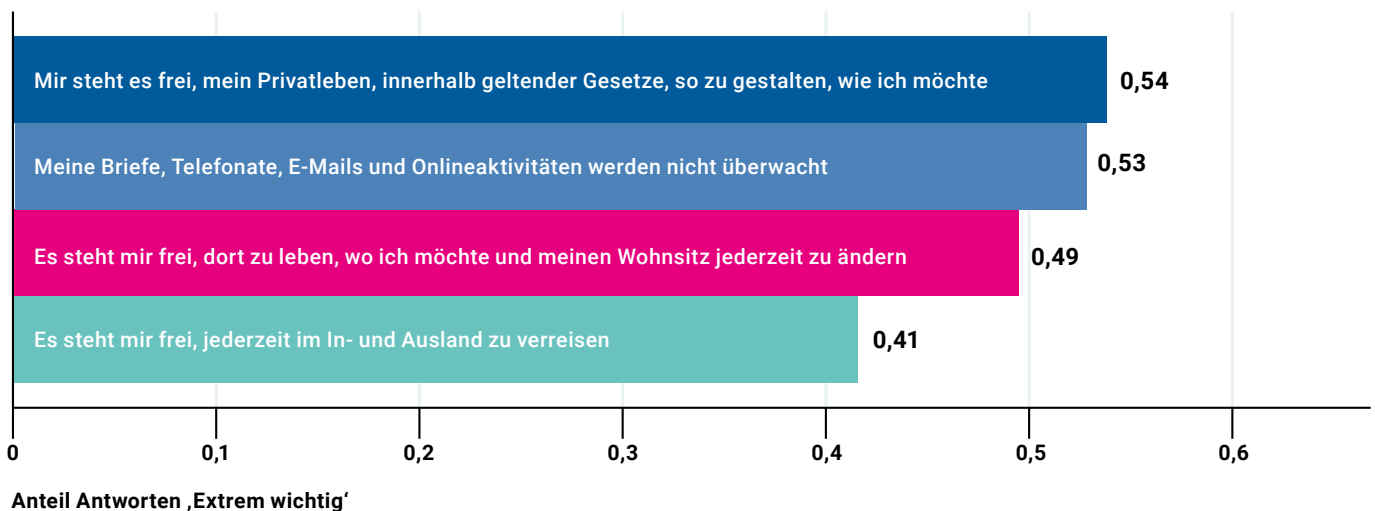
Abbildung 2: Wichtigkeit Elemente Rechtsstaat, Bürger- und Menschenrechte



Bleibt noch die Privatsphäre und das individuelle Recht eigener Lebensgestaltung. Zu den als extrem wichtig angesehenen Freiheiten zählen die freie Gestaltung des Privatlebens

(52 %), dass Kommunikation nicht überwacht wird (52 %), die Freiheit zu entscheiden, wo man leben möchte (49 %) und die Freiheit, zu verreisen (41 %) (**Abbildung 3**).

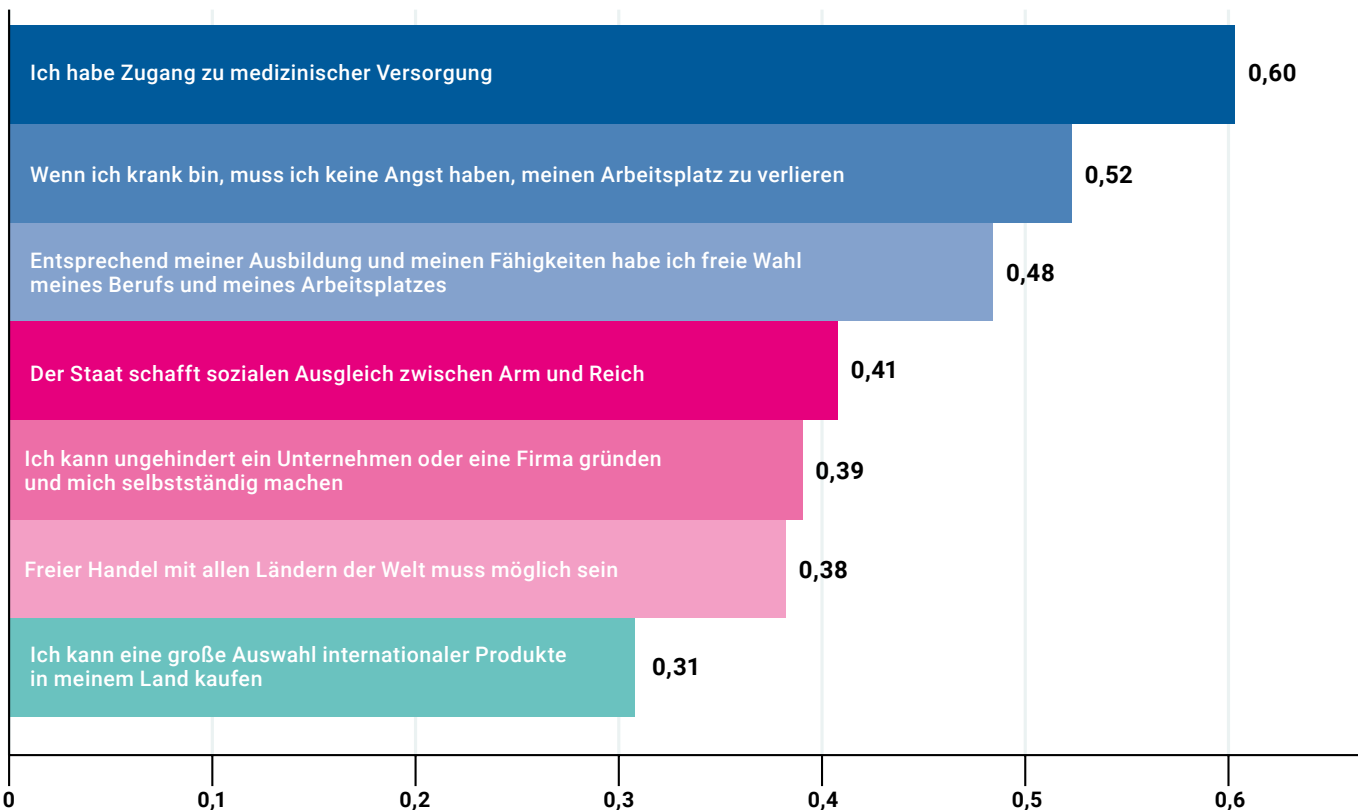
Abbildung 3: Wichtigkeit Elemente Privatsphäre



Die Bürgerinnen und Bürger sind sich aber bewusst, dass diese Freiheitsgüter nicht voraussetzungslos sind. Zugang zu medizinischer Versorgung und Absicherung des Arbeitsplatzes bei Krankheit sind für deutlich mehr als die Hälfte extrem wichtige Elemente, gefolgt von der freien Wahl des Arbeitsplatzes je nach Ausbildung und Fähigkeiten, dem staatlichen Ausgleich zwischen Arm und Reich, der frei wählbaren Selbständigkeit, des freien Handels und der Aus-

wahl unter internationalen Produkten. Weshalb können diese Elemente als Voraussetzung für Freiheit angesehen werden? Eigentlich liegt das auf der Hand: Krankheit nimmt einem ebenso Freiheit wie der Verlust des Arbeitsplatzes. Gesundheitliche oder finanzielle Beschränkungen wirken immer als Begrenzung für das, was gemacht werden kann. Unmittelbar für die Freiheit relevant sind Wahlfreiheiten der wirtschaftlichen Betätigung und des Handels (**Abbildung 4**).

Abbildung 4: Wichtigkeit Elemente Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit



Anteil Antworten 'Extrem wichtig'

Wie sieht es mit verschiedenen Aspekten der Bildung aus? Zentral ist wohl für die Freiheitsmöglichkeiten der Menschen, dass die Chancen auf Zugang zu Bildung für alle gleich sind. Das finden 52 % extrem wichtig. Die freie Wahl der Schule nach religiösen oder weltanschaulichen oder sonstigen Kriterien und die Nichteinmischung des Staates in den Lehrstoff sind Punkte, die weit weniger Bürgern extrem wichtig erscheinen (**Abbildung 5**).

Wie viel volle Unterstützung im Sinne extremer Wichtigkeit wird im Durchschnitt in den 12 Ländern den verschiedenen für die Freiheit relevanten Dimensionen beigemessen? Wie hoch ist also der Anteil derjenigen, die jeweils alle Elemente als extrem wichtig einstufen? In der Dimension Privatsphäre und ihren vier Elementen sind es im Gesamtdurchschnitt 26 %, in der Dimension Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte und den neun zugehörigen Elementen sind es 24 %, bei den sechs Elementen des Themas Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit 17 %, bei den

fünf Elementen Meinungsfreiheit 13 % und bei den drei Elementen Bildung 12 % (**Abbildung 6**).

Der Zusammenhang zwischen der Relevanz der zentralen Dimensionen von Freiheit, also Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Privatsphäre, und den Dimensionen, die mit zu den Voraussetzungen gezählt werden können, diese Freiheit erst auszuüben, ist sehr hoch, wie an dem Zusammenhang zwischen der Wichtigkeit der Voraussetzungsdimensionen und der Wichtigkeit der Freiheitsdimensionen im engeren Sinne zu erkennen ist. Überall dort, wo die drei Freiheitsdimensionen extrem wichtig bewertet werden, ist auch die Bewertung von Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit sowie Bildung hoch. Die Korrelationen – ein Maß, das den Wert 1 bei vollständigem Zusammenhang, 0 bei keinem Zusammenhang annimmt – liegen zwischen der Dimension Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit und den drei unmittelbaren Freiheitsdimensionen bei über 0,8 und für Bildung bei knapp 0,7.

Abbildung 5: Wichtigkeit Elemente Bildung

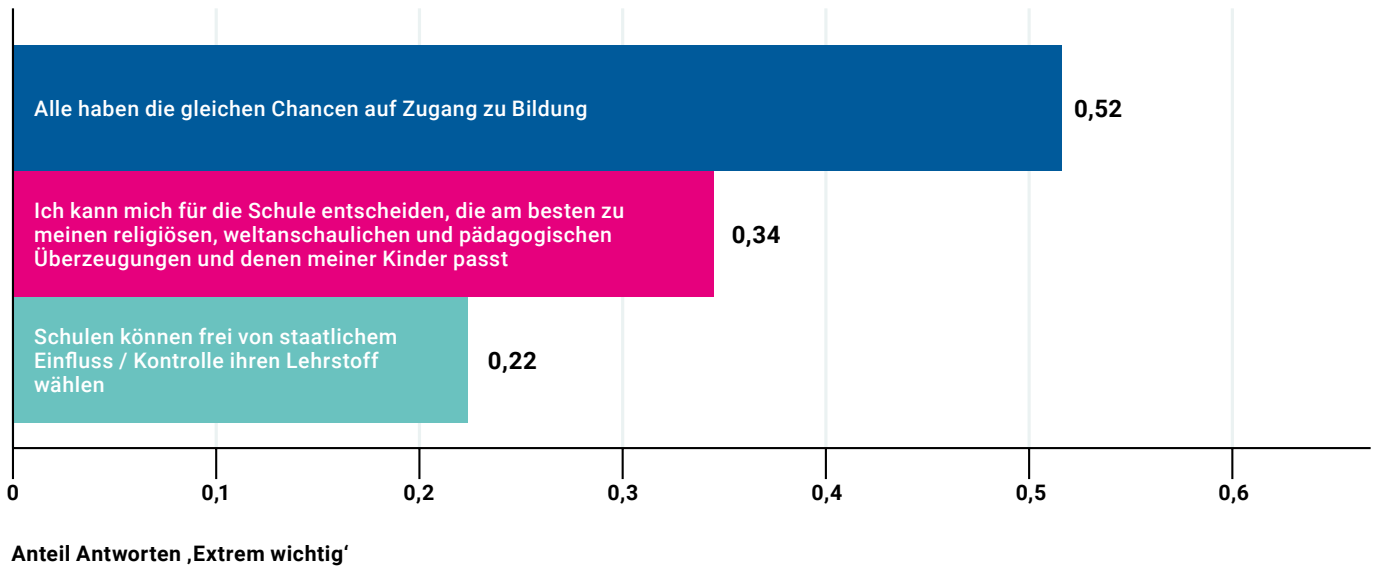
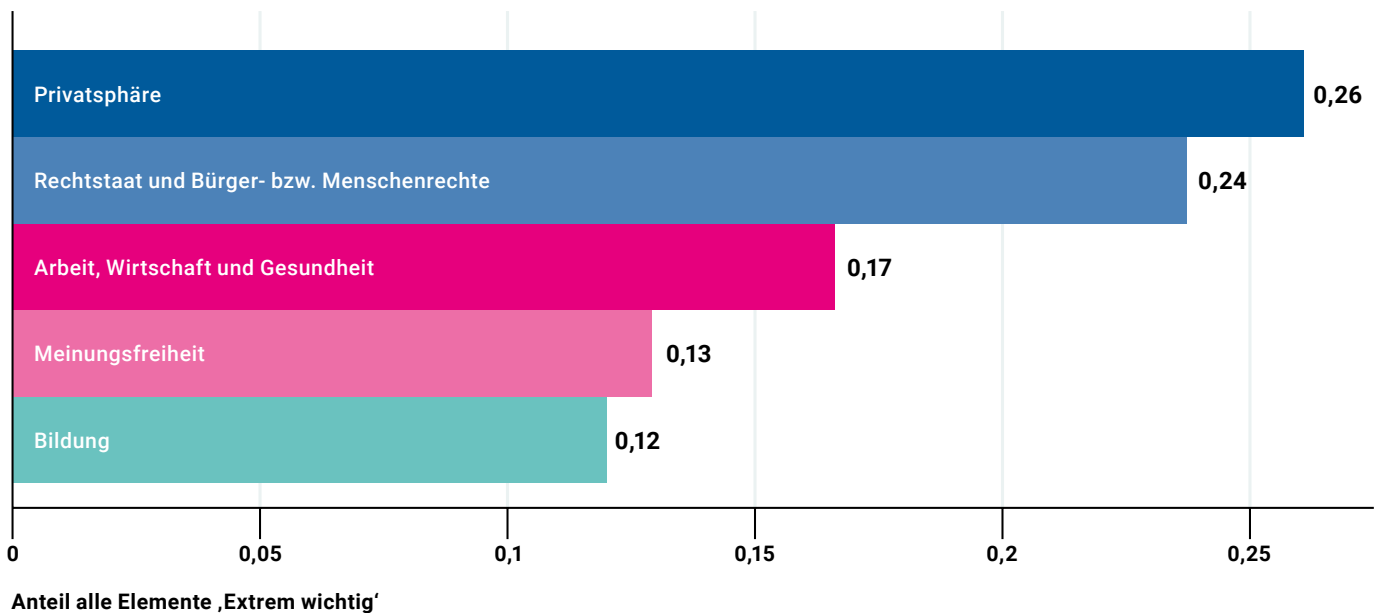


Abbildung 6: Verschiedene Dimensionen, Relevanz



Aus dieser globalen Perspektive lässt sich nicht ableiten, dass die Menschen der Freiheit und damit der Demokratie möglicherweise überdrüssig sind, wie die vielfältigen Debatten über die „Autokratisierung“ der Demokratien nahelegen. Aber ebenso deutlich ist, dass große Unterschiede zwischen den Ländern existieren und Freiheit sicherlich nicht überall vollständig unterstützt und in allen ihre Facetten als extrem wichtig angesehen wird. Außerdem fällt das Ausmaß, zu dem die Wünsche der Bürger erfüllt werden, höchst unterschiedlich aus.

Freiheitswünsche und Realität – Ländervergleiche

Dass Freiheit ein hohes Ziel ist, das aber nur selten in allen seinen Facetten und Aspekten realisiert sein kann, liegt wohl in der Natur der Sache und in dem Umstand, dass Freiheit

immer auch Grenzen hat, die z.B. in der Freiheit der anderen liegen, in der Verfügungsgewalt über Ressourcen, zu denen so unterschiedliche Aspekte gehören wie finanzielles Kapital, aber auch Humankapital, also Bildung und in der unterschiedlichen Verteilung von Freiheit begrenzenden Faktoren, wie z.B. Krankheit. Für freiheitlich-demokratische Gesellschaften ist es sicherlich zentral, dass ein Mindestmaß an Freiheit in den verschiedenen Dimensionen existiert. Ebenso wichtig ist aber für freiheitlich-demokratische Gesellschaften, dass der Wunsch nach Freiheit ausgeprägt bleibt, um nachhaltig verteidigt werden zu können. Das scheint in manchen Ländern aktuell nicht immer der Fall zu sein. Zu diesen Ländern, in denen zumindest die Freiheit von staatlicher Willkür in Gefahr zu sein scheint, ohne dass es zu hinreichend großen Abwehrbewegungen aus der Mitte dieser Gesellschaften herauskommt,

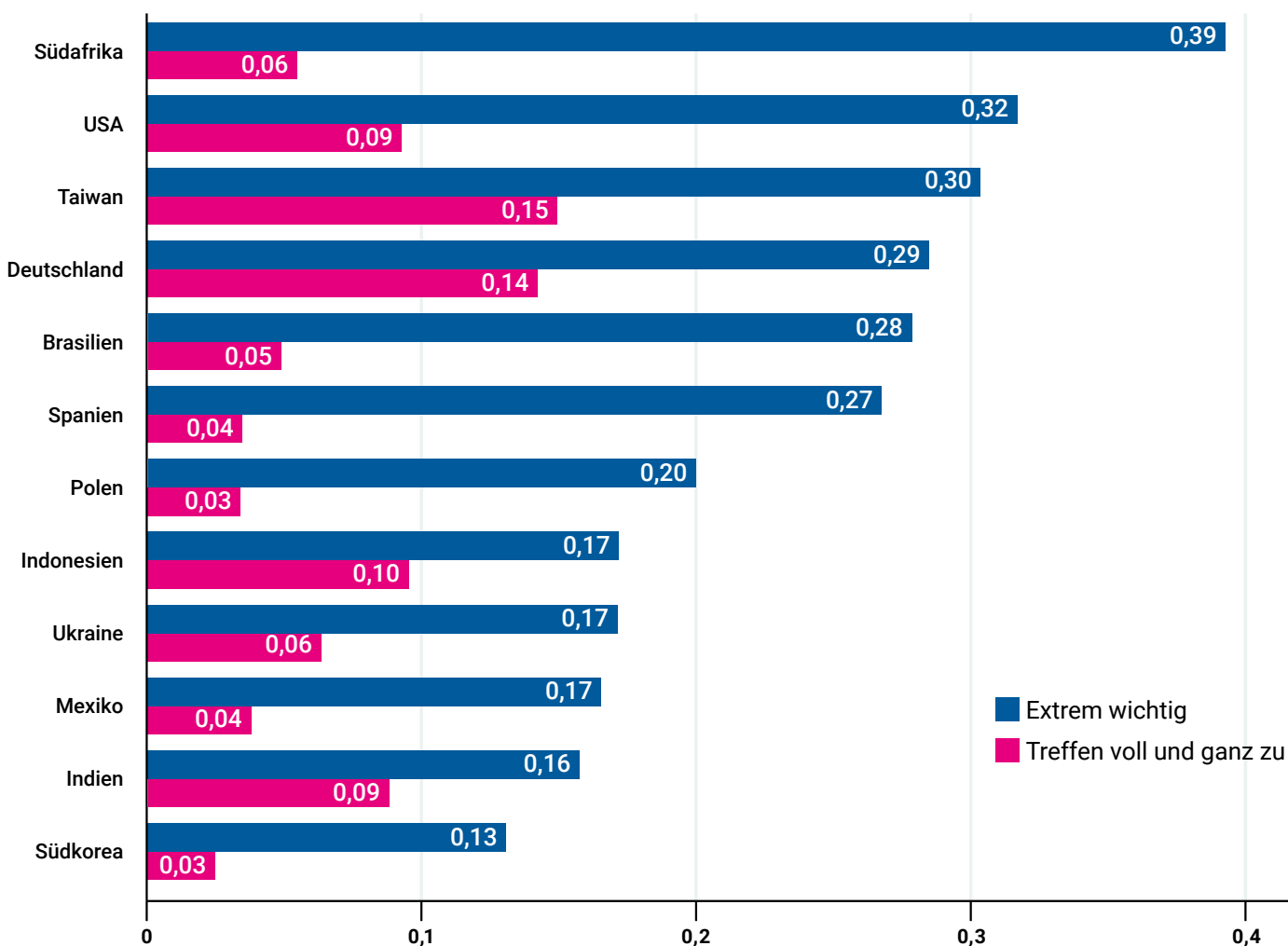
gehören solche Demokratien wie die in Polen oder Ungarn, auf deren Demokratisierungserfolge vor noch ein paar Jahren mit Bewunderung geblickt wurde.

Wenn wir in solchen Ländern, die zu den freiheitlichen Demokratien zählen, im Vergleich zu Ländern geringerer Demokratiequalität nur eine schwache Freiheitsliebe feststellen müssten, könnte das ein Warnsignal sein, dass es der Motivation, unsere demokratischen Ordnungen zu schützen und Freiheit zu verteidigen, an Elan mangelt. Andererseits sollte es auch nicht überraschen, wenn in wenig freiheitlichen Gesellschaften der Wunsch nach Freiheit besonders ausgeprägt ist. Wie auch immer die Wünsche in den freiheitssichernden Dimensionen sind, ob die Sicherstellung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, der Meinungsfreiheit und einer geschützten Privatsphäre, der Realitätsinn der Menschen sollte schon so ausgeprägt sein, dass in den semi-liberalen Demokratien auch die Beurteilung der Realisierung weniger gut ausfällt als in den liberalen Demokratien. Als Maßstab der Beurteilung berücksichtigt die vorliegende Analyse den Anteil derjenigen Befragten, der in den Dimensionen jedes der Elemente bezogen auf die Wünsche

als „Extrem wichtig“ und bezogen auf die Realisierung als „Voll und ganz zutreffend“ benannt hat. Es bleibt damit für die Messung der Realisierung, also die Beurteilung des Ist-Zustandes, bei dem gleichen Maßstab wie bei der Bestimmung der Stärke der Wünsche an die Freiheit.

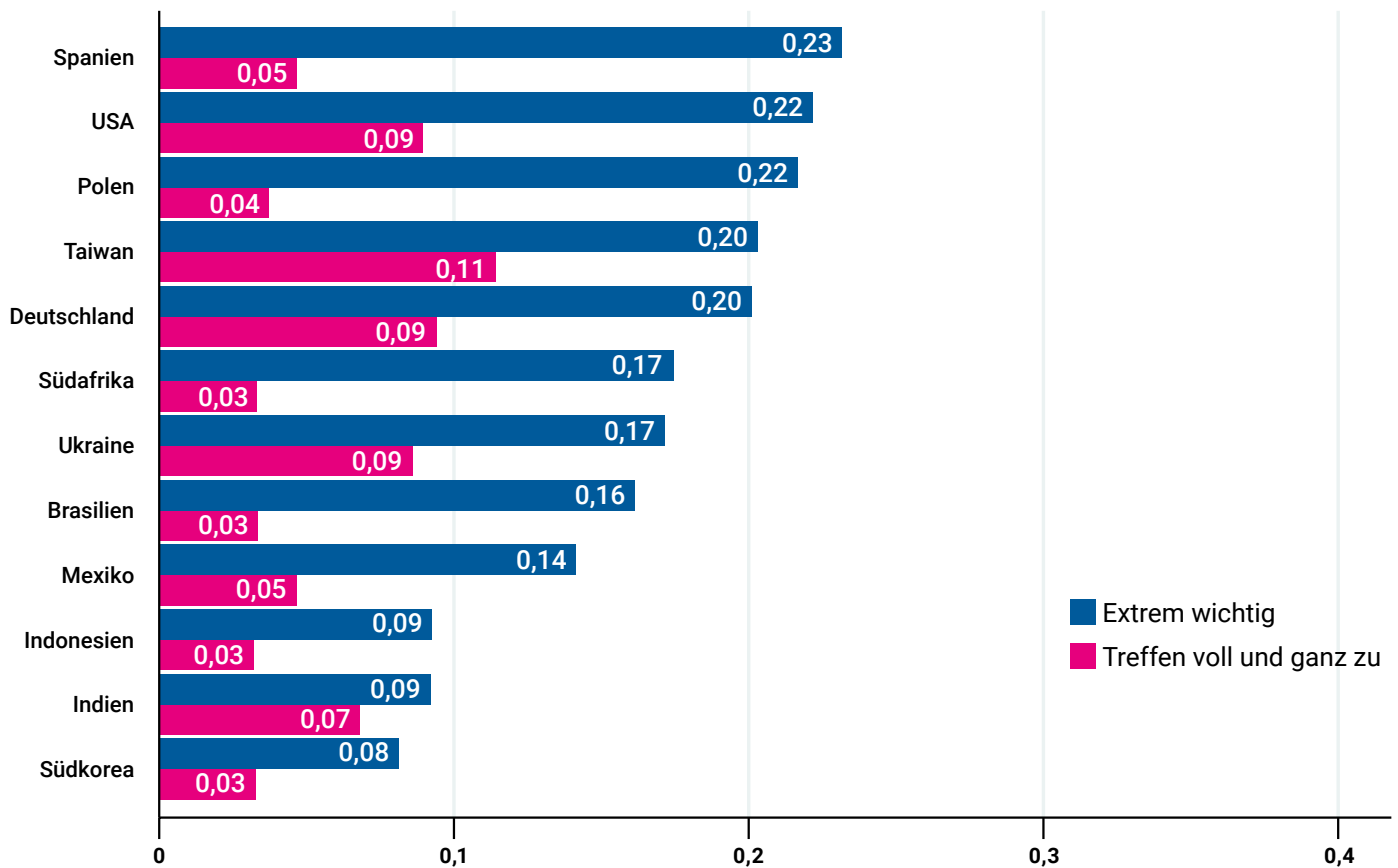
In allen Dimensionen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Ländern und nicht unerwartet zwischen Wünschen und Realität. In der Dimension Rechtsstaatlichkeit liegen Südafrika, die USA und Taiwan hinsichtlich der Beurteilung der Wichtigkeit für die Freiheit an der Spitze, Mexiko, Indien und Südkorea am unteren Ende. Wenn die Beurteilung der Realisierung im Vergleich zur Wichtigkeit betrachtet wird, zeigt sich, dass Südafrika die größten Wünsche, aber auch die schlechteste Realisierung dieser Wünsche hat, gefolgt von den USA. Deutschland steht ziemlich in der Mitte der betrachteten Nationen. Indien steht nach dieser Betrachtung am besten dar, was aber auch am niedrigen Anspruchsniveau, also der relativ geringen Relevanz der Rechtsstaatlichkeit für die Freiheit in Indien liegt (Abbildung 7).

Abbildung 7: Rechtsstaat



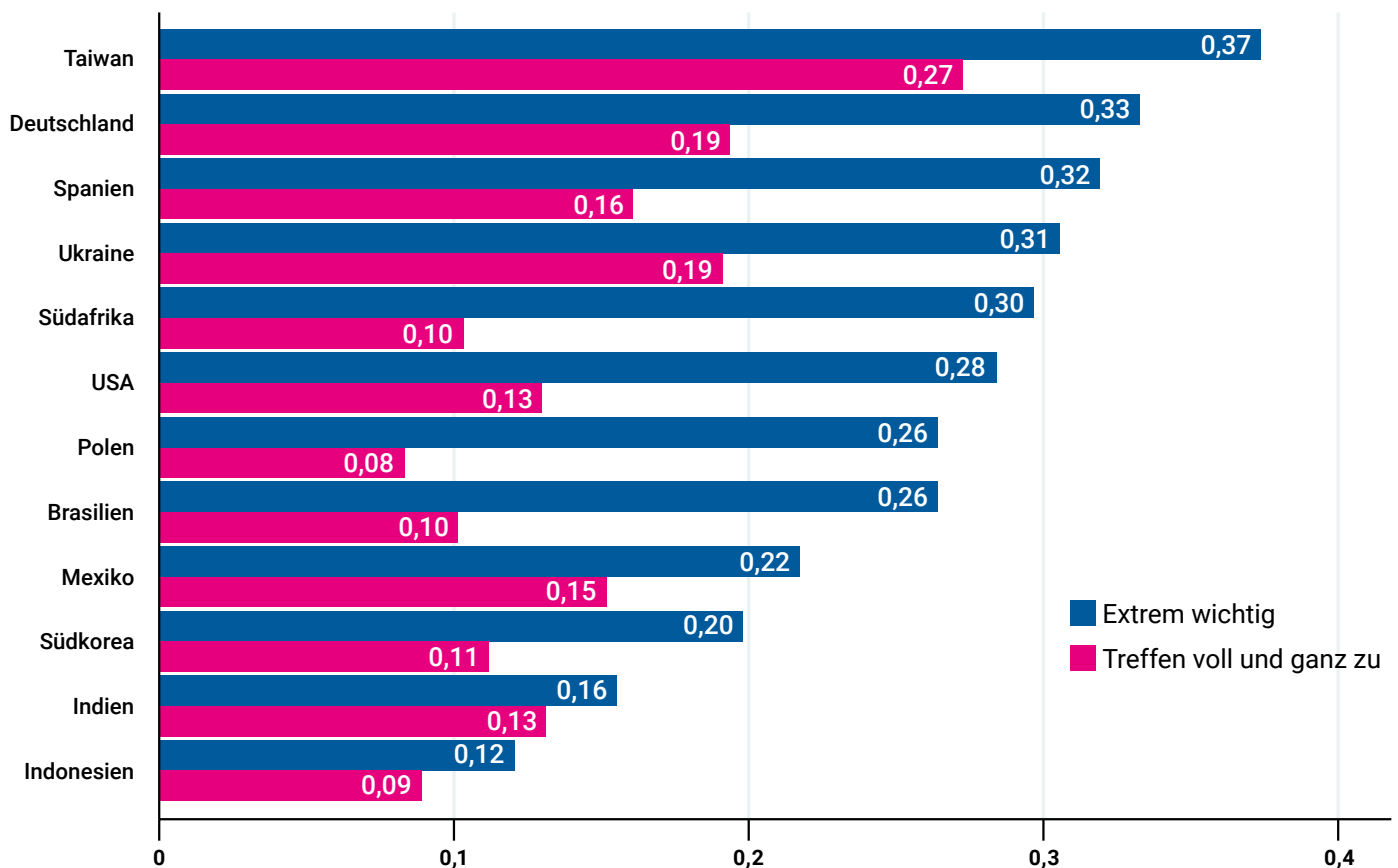
Anteil alle Elemente ‚Extrem wichtig‘ / ‚Treffen voll und ganz zu‘

Abbildung 8: Meinungsfreiheit



Anteil alle Elemente ‚Extrem wichtig‘ / ‚Treffen voll und ganz zu‘

Abbildung 9: Privatsphäre



Anteil alle Elemente ‚Extrem wichtig‘ / ‚Treffen voll und ganz zu‘

Was die Meinungsfreiheit angeht, räumen ihr mehr Bürgerinnen und Bürger in Spanien, den USA und Polen eine extreme Wichtigkeit ein, in Indonesien, Indien und Südkorea die wenigsten. Obwohl die Beurteilungen des Ist-Zustandes nicht die schlechtesten sind, ist die Realisierung gemessen an den hohen Ansprüchen in Spanien, den USA und Polen die geringste aller Länder. Deutschland liegt wiederum im mittleren Feld (**Abbildung 8**).

In der Dimension Privatsphäre sind die Anteile derjenigen, die alle Aspekte für extrem wichtig ansehen, in Taiwan, Deutschland und Spanien am höchsten, wiederum am niedrigsten in Südkorea, Indien und Indonesien. Aufgrund der relativ guten Einschätzung des Ist-Zustandes zählen Taiwan und Deutschland trotz der hohen Anteile bei der Wichtigkeit aber in der Betrachtung des Unterschieds zwischen Soll und Ist nicht zu den schlechtesten Ländern, Spanien liegt auf Platz zwei nach Südafrika, was dieses Defizit angeht (**Abbildung 9**).

Rechtsstaatlichkeit – Meinungsfreiheit – Privatsphäre: subjektiv und objektiv

Die Urteile der Bürger und Bürgerinnen, was in den Dimensionen Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Privatsphäre als extrem wichtige Elemente angesehen wird und wie sie deren Realisierung in der Realität beurteilen, fallen sehr unterschiedlich aus, wenn die konkreten Werte betrachtet werden. Weniger Unterschiede existieren in der Frage, welche der Dimensionen die wichtigste ist und wie sich die Wichtigkeiten der drei Dimensionen ordnen. In sieben der liberalen und semi-liberalen Demokratien steht für die Menschen die Privatsphäre in der Wichtigkeit an erster Stelle, wobei in fünf Ländern Rechtsstaatlichkeit an zweiter Stelle und damit Meinungs- und Informationsfreiheit an dritter Stelle steht. Weiterhin ist festzustellen, dass im Durchschnitt der nach Freedom House als frei anzusehenden Gesellschaften sowohl die mittlere Beurteilung der Wichtigkeit als auch die mittlere Beurteilung von deren Realisierung in allen drei Dimensionen höhere Anteile aufweist als in nur partiell freien oder nicht freien Gesellschaften (**s. Tabelle 1**).

Tabelle 1: Indices und Beurteilungen von Relevanz und Realität von Rechtsstaatlichkeit, Privatsphäre und Meinungsfreiheit in den freien und partiell freien Ländern

Gesellschaft nach Freedom House:	Frei	Partiell frei
- Freedom House Wert (2021)	88,00	62,50
VDem* Rechtsstaatlichkeitsindex	0,87	0,53
Wichtigkeit** Rechtsstaatlichkeit	27,20	16,70
Realisierung** Rechtsstaatlichkeit	7,30	7,20
VDem Index privater Freiheiten	0,88	0,72
Wichtigkeit Privatsphäre	29,20	20,00
Realisierung Privatsphäre	14,40	14,10
VDem Index politischer Rechte	0,89	0,71
Wichtigkeit Meinungsfreiheit	18,70	12,50
Relevanz Meinungsfreiheit	6,10	5,90

* VDem (Projekt „Varieties of Democracy“ <https://www.v-dem.net/en/analysis/VariableGraph/>). Werte für 2020; für Indonesien 2019.

** Wichtigkeit und Realisierung in %

Freedom House Wert: Politische Rechte und bürgerliche Freiheiten gewichtet (40%, 60%) addiert, wie in der jährlichen Edition „Methodologies“ beschrieben (<https://freedomhouse.org/reports/freedom-world/freedom-world-research-methodology>).

Zwischen den Anteilen, zu denen die drei Dimensionen als extrem wichtig angesehen werden und objektiven Messungen von Freiheiten und Rechten, wie sie mit dem Freedom House Index und den Messungen des VDem-Projekts Varieties of Democracy vorliegen, zeigen sich recht deutliche Zusammenhänge. Die Korrelationen zwischen den jeweiligen Anteilen in den Ländern und den Maßen liegen mit Werten

zwischen 0,40 und 0,74 recht hoch. Der Freedom House Index der politische Rechte und private Freiheiten misst, weist in allen drei Dimensionen Korrelationskoeffizienten zwischen 0,56 und 0,60 auf. Die Maße für politische Rechte, private Freiheiten und Rechtsstaatlichkeit des VDem-Projekts zeigen den höchsten Zusammenhang zwischen privaten Freiheiten und dem Wunsch nach Privatsphäre (0,74) (**Tabelle 2**).

Tabelle 2: Korrelationen zwischen Soll- und Ist-Anteilen in freien und partiell politisch freien Ländern und Messungen der Rechte und Freiheiten durch Vdem und Freedom House

	VDem Varieties of Democracy			Freedom House 2021
	Politische Rechte 2020	Private Freiheiten 2020	Rechtsstaat 2020	
Meinungsfreiheit Wunsch	0,54	0,65	0,40	0,60
Meinungsfreiheit Ist	0,18	0,27	0,20	0,35
Privatsphäre Wunsch	0,61	0,74	0,38	0,68
Privatsphäre Ist	0,28	0,43	0,16	0,37
Rechtsstaat Wunsch	0,52	0,37	0,40	0,56
Rechtsstaat Ist	0,12	0,03	0,23	0,31
Mittel Wunsch	0,56	0,59	0,39	0,61
Mittel Ist	0,19	0,24	0,20	0,34

Abbildung 10: Freiheits-Dimensionen – Relevanz

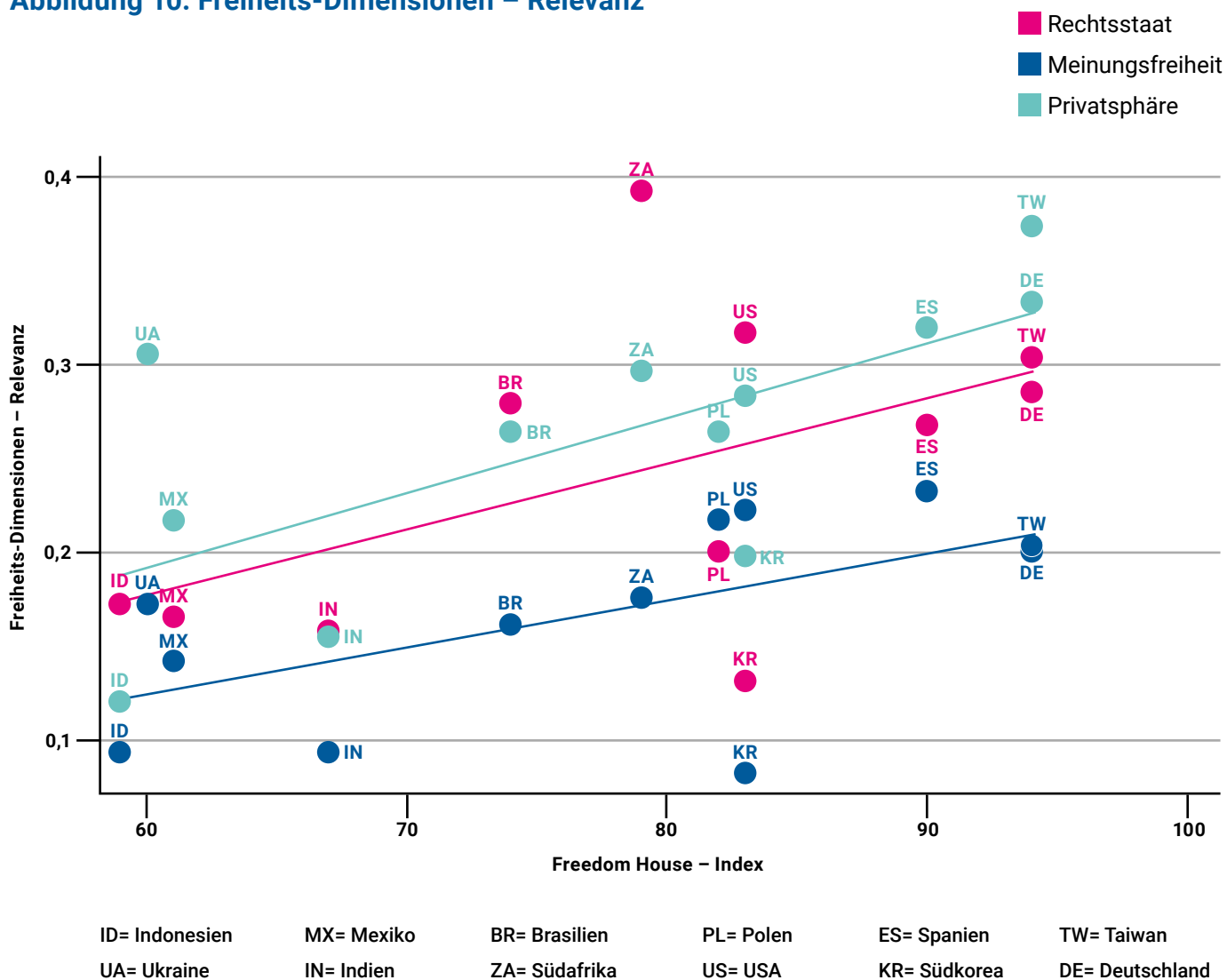


Tabelle 3: Bildung und Wichtigkeit von freiheitlichen Elementen

	Rechtsstaatlichkeit	Meinungsfreiheit	Privatsphäre
Bildung	Wichtigkeit %	Wichtigkeit %	Wichtigkeit %
- Hoch	25,7	18,4	30,3
- Andere	22,7	15,8	24,0
<i>Liberale Demokratien</i>			
- Hoch	28,5	20,4	33,6
- Andere	26,7	17,9	27,1
<i>Semi-liberale Demokratien</i>			
- Hoch	20,1	14,8	24,8
- Andere	14,4	11,2	17,2

Abbildung 10 verdeutlicht den Zusammenhang zwischen dem Freedom House Index und den drei Freiheitsdimensionen für die einzelnen Länder.

Dieser Zusammenhang zu objektiven Qualitätsmerkmalen zeigt sich indessen nicht bei der Beurteilung des jeweiligen Ist-Zustandes in den Dimensionen. Das ist etwas überraschend, da es zahlreiche empirische Studien gibt, die Ergebnisse vorgelegt haben, die darauf hinweisen, dass die Bürgerinnen und Bürger einen relativ guten Realitätssinn haben und in der Tendenz ihre Länder eher übereinstimmend mit Messungen durch Experten beurteilen. Kennzeichen dieser Studien ist allerdings, dass sie sich nur auf freie Gesellschaften im Sinne der Messungen von Freedom House beziehen und nicht auch auf halb- oder unfreie Länder. Über alle liberalen und semi-liberalen Länder hinweg liegen die Korrelationen zwischen z.B. dem Freedom House Index und der Realitätseinschätzung fast um die Hälfte niedriger als der Zusammenhang zu der Stärke der Wichtigkeit, also der Wünsche in den drei Dimensionen (**Tab. 2**). Das würde für einen Widerspruch zu existierenden Forschungsergebnissen sprechen und den Realitätssinn der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Beurteilung der Realisierung zentraler Dimensionen der Freiheit in Frage stellen. Allerdings zeigen sich, wenn nur die liberalen Länder betrachtet und die halb-freien Ländern Indien, Indonesien, Mexiko und die Ukraine von der Zusammenhangsanalyse ausgeschlossen werden, deutlich stärkere Zusammenhänge. Die Korrelation zwischen dem Freedom House Index und der Realitätseinschätzung der Meinungsfreiheit erhöht sich auf 0,74, der Privatsphäre auf 0,85 und dem Rechtsstaat auf 0,67. In allen Dimensionen verdoppelt sich damit der Korrelationskoeffizient. Die Ergebnisse verweisen also nicht auf einen geringeren Realitätssinn der Menschen in dieser Studie, sondern auf die Besonderheit, dass Befragungen auch in nicht-freien Ländern durchgeführt wurden und dort die Urteile stärker von der Realität abweichen – aus welchen Gründen auch immer.

Was tun?

Wenn wir wieder zu den Überlegungen zurückkommen, dass Freiheit nicht voraussetzungslos ist, kann zum einen sicherlich festgehalten werden, dass Wohlstand und Freiheit in einem gewissen Zusammenhang stehen, wie von dem Nationalökonom Adam Smith behauptet, allerdings kausal wohl davon ausgehend, dass Freiheit Wohlstand produziert. Ebenso gut kann angenommen werden, dass Freiheit von Not und Begrenzungen durch entsprechenden Wohlstand erst möglich wird. Aber es ist wohl ebenso festzuhalten, dass es ohne das Bedürfnis nach Freiheit keinen Einsatz für sie gibt. Wichtiger noch: wo sie erreicht ist, muss sie gesichert werden. Die Debatten über Autokratisierungstendenzen auch in Demokratien machen deutlich, dass die Freiheit der Verteidigung bedarf. Die beste Gewähr für den Wunsch nach und den Einsatz für Freiheit kann der Staat selbst liefern. Er muss die Bürger bilden – das trägt bei zum Wohlstand der Nationen, aber eben auch zur Freiheitsliebe, wie die Ergebnisse zeigen. Egal, ob liberale oder semi-liberale Systeme, Bildung macht einen Unterschied. Mehr noch: in der Tendenz zeigt sich, dass der Unterschied zwischen hoch gebildeten und anderen in den semi-liberalen Ordnungen sogar etwas größer ist als in liberalen Demokratien (**Tab. 3**). Bei deutlich niedrigerem Niveau der Freiheitswünsche in den semi-liberalen Demokratien sind die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen größer. Bildung trägt damit zur Freiheitsaspiration bei und dürfte damit auch dazu beitragen, für die Freiheit etwas zu tun.

Insgesamt verweisen die Resultate auch unter einer recht restriktiven Messung darauf, dass es einen großen Anteil an Bürgerinnen und Bürgern gibt, der alle zentralen Aspekte der Freiheitssicherung in den drei betrachteten Dimensionen für unabdingbar erachtet. Es sind also nicht nur minimalistische Freiheitsvorstellungen, die eine größere Unterstützung erfahren, sondern sehr anspruchsvolle Freiheitsvoraussetzungen. Das ist ein gutes Zeichen.

4. Freiheit in unfreien Systemen

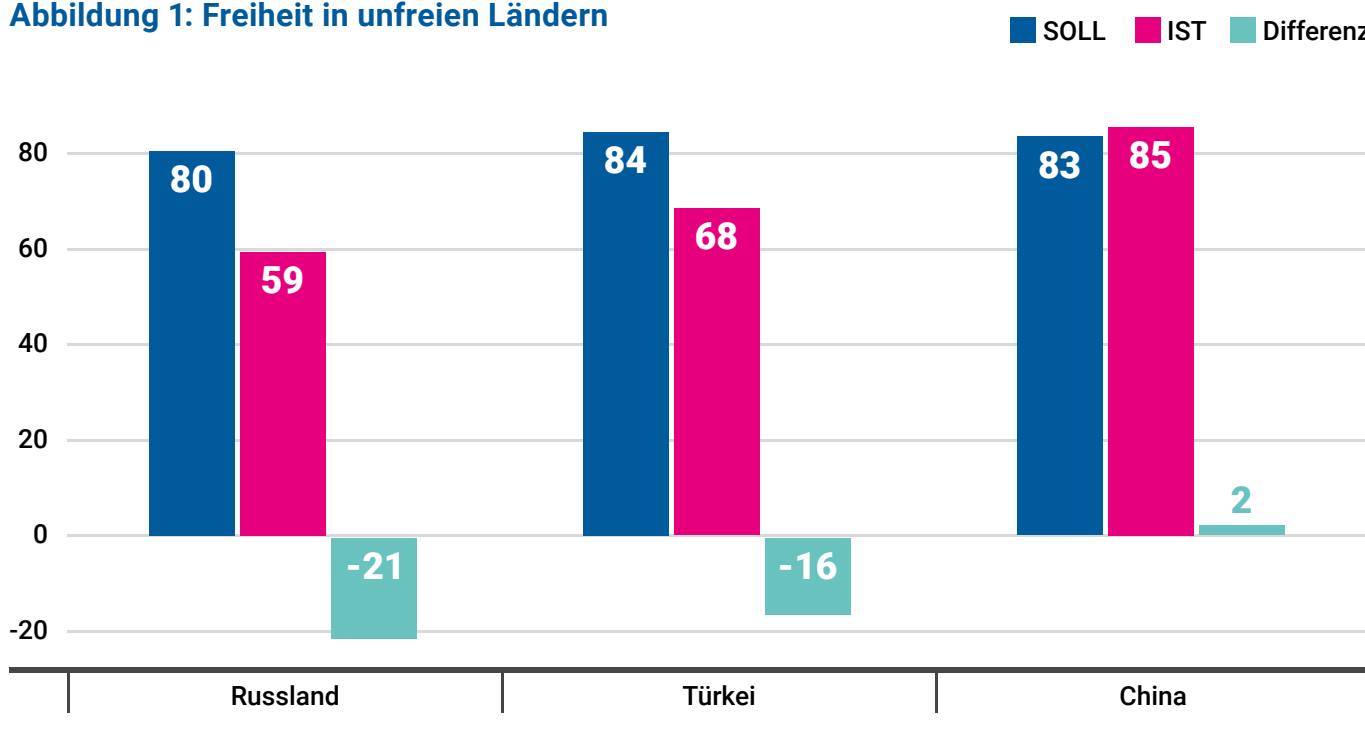
Sven Hilgers

In den drei unfreien Ländern Russland, Türkei und China gibt es große Unterschiede in der Freiheitswahrnehmung. Die Umfrageergebnisse für Russland und die Türkei zeichnen das Bild zweier Länder, in denen die Freiheit seit Jahren abnimmt und die autoritäre Politik der Regierungen teils auf erheblichen Widerspruch in der Bevölkerung trifft. Erschreckend ist, dass eines der unfreiesten Länder der Welt, die Volksrepublik China, mit einer hohen Freiheitswahrnehmung heraussticht. Das kann entweder an der totalitären Herrschaft der kommunistischen Partei, der Kontrolle des Internets oder beidem liegen. Im Vergleich zur Türkei und Russland spiegelt die Befragung dabei auch die mangelnde Freiheitserfahrung in China wider. Während die Türkei und Russland zumindest Phasen hatten, in denen sie teilweise frei waren, hat Freedom House die Volksrepublik immer als unfrei eingestuft. Positiv fällt in allen drei Ländern die hohe Freiheitserwartung auf, die sich nur unwesentlich von derjenigen in freien Ländern unterscheidet.

Im Gegensatz zu etablierten Indizes zur Messung der verschiedenen Dimensionen von Freiheit geht es in dieser Studie um die individuellen Erwartungen und emotionalen Wahrnehmungen von Freiheit in unterschiedlichen Ländern. Die Freiheitserwartung (Soll-Wert) bezeichnet dabei die Wichtigkeit, die verschiedenen Freiheitsfragen von den Befragten zugewiesen wird, und gibt den Anteil der Befragten wider, die solche Fragen mit mindestens „sehr wichtig“ beantworten. Die Freiheitswahrnehmung (Ist-Wert) dagegen bezieht sich auf die individuelle Perzeption von Freiheit und entspricht

dem Anteil der Befragten, die „Trifft voll und ganz zu/trifft eher zu“ bei bestimmten Freiheitsaspekten angegeben haben. Diese Betrachtung ist besonders interessant für Länder, die anhand objektiver Kriterien als unfrei eingestuft werden. Der Freedom House Index „Freedom in the World 2021“ stuft von den fünfzehn Ländern, die in der Studie untersucht werden, die Volksrepublik China, die Türkei und Russland als unfreie Länder ein. In ihrem Grad der Unfreiheit variieren die drei Länder allerdings. Demnach ist das unfreieste Land zweifelsohne die Volksrepublik China. Der Einparteienstaat in Asien erhält im Freedom House Index eine der schlechtesten Bewertungen (9 von 100). Auch die Türkei und Russland werden als unfrei (Freedom House) eingestuft. In der Türkei und Russland spiegelt sich dieser Mangel an Freiheit auch zum Teil in großen Lücken zwischen der erwarteten und wahrgenommenen Freiheit wider. Insgesamt liegen Russland (-21) und die Türkei (-16) mit der Lücke zwischen Freiheitserwartung und -wahrnehmung im Mittelfeld unter den Ländern dieser Studie. Die Lücke zwischen Soll und Ist, also die empfundene Freiheitslücke, variiert dabei in den vier Teilindizes Bildung (Russland -21/Türkei -8), Privatsphäre und Bewegungsfreiheit (-13/-9), Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft (-20/-14) sowie Rechtsstaat, Bürger- und Menschenrechte (-27/-22). Gänzlich anders und im kompletten Gegensatz zur allgemein perzipierten Realität stehen die Werte für die Volksrepublik China. Es gibt weder eine nennenswerte Varianz zwischen den Teilindizes noch eine negative Differenz zwischen Soll und Ist. Diese Studie verdeutlicht somit erhebliche Unterschiede zwischen unfreien Systemen.

Abbildung 1: Freiheit in unfreien Ländern



Türkei

Die Türkei war bis 2015 als teilweise freies Land im Freedom House Index eingestuft und ist vor allem im Nachgang des Umsturzversuches im Juli 2016 zunehmend unfreier geworden. Menschen- und Bürgerrechte wie die Pressefreiheit sind eingeschränkt, Vertreter und Vertreterinnen demokratisch gewählter Parteien werden gegebenenfalls inhaftiert, und insbesondere die kurdische Minderheit wird drangsalieren. Das spiegelt sich auch in dieser Studie wider. Weniger als die Hälfte der Bevölkerung (41 %) gibt an, ein hohes Freiheitsgefühl oder eine hohe Kontrolle über das eigene Leben (46 %) zu haben. Diese Werte stehen einer hohen Freiheits-erwartung gegenüber: 90% der Befragten wollen ihr Privatleben, innerhalb geltender Gesetze so gestalten, wie sie es möchten, und 64 % geben an, dass zugunsten von Ordnung und Sicherheit die Rechte des Einzelnen nicht zurückstehen dürfen. Mit 55 % möchten etwas weniger, dass der Staat sie so wenig wie möglich einschränken soll. In der Türkei gibt es zwar auch weiterhin funktionierende demokratische Elemente wie ein Mehrparteiensystem, und auch Wahlerfolge für Oppositionsparteien wie etwa bei den Kommunalwahlen 2019 sind möglich. Die Differenz zwischen Soll und Ist fällt bei der politischen Betätigung (-7) und der Teilnahme an freien und geheimen Wahlen (-9) noch moderat aus. Aber im Hinblick auf Meinungs- und Pressefreiheit (-26) oder die Rechtsstaatlichkeit (-22) ist die Differenz zwischen Soll und Ist deutlich größer. In dieser Wahrnehmung finden sich die zunehmend autoritäreren Tendenzen in der Politik von Präsident Recep Tayyip Erdoğan wieder. Der von 2003 bis 2014 als Ministerpräsident und seit 2014 als Präsident amtierende Politiker galt zunächst als Hoffnung im In- und Ausland für eine moderne, demokratische Türkei. Doch seit Jahren betreibt er mit seiner konservativen AKP einen Umbau des Staates in eine Autokratie, einige Kommentatoren sprechen gar von einem neuen Sultanat. Sein Streben nach einem autoritären Gesellschaftsmodell wird dabei nicht von allen geteilt und stößt auf Widerspruch in vielen Teilen der Gesellschaft. Obwohl 90 % der Befragten auf die Durchsetzung ihrer Rechte durch Polizei und Gerichte vertrauen möchten, tun dies nur 61 %. Die Differenz zwischen der Erwartung daran und die Wahrnehmung, dass Gerichte dafür da sind, die Regierung zu kontrollieren, beträgt -28. Noch größer ist die Differenz zwischen Soll und Ist mit -31 bei der Frage, ob das Rechtssystem gleiche Rechte für alle gewährt. Hier lässt sich etwa die gewaltsame Verfolgung der kurdischen Minderheit und ihrer Abgeordneten exemplarisch anführen.

Doch am meisten eingeschränkt sowohl in der Wahrnehmung als auch in der Realität sind in der Türkei Presse- und Meinungsfreiheit. Hier klafft mit -26 die größte Lücke aller vier Teilindizes. Angesichts einer seit Jahrzehnten angespannten Situation der Meinungsfreiheit, die sich etwa in Straftatbeständen wie der Beleidigung des Türkentums zeigt, überrascht vor allem der hohe Wert, den die Befragten einer freien Presse (83 %) oder der freien Meinungsäußerung zuweisen. Rund 83 % möchten sich frei äußern, ohne negative Konsequenzen befürchten zu müssen, und genauso viele lehnen es ab, dass die Mehrheit der Minderheit vorschreibt, was sie zu sagen hat. Doch nicht einmal zwei Drittel geben an, dass beide Aspekte von Meinungsfreiheit in der Türkei verwirk-

licht sind. Tatsächlich steht die ehemals pluralistische Medienlandschaft fast vollständig unter Kontrolle der Regierung, und in der Rangliste der Pressefreiheit 2021 der Organisation Reporter ohne Grenzen belegt die Türkei Platz 153 von 180. Insgesamt zeichnet die Studie für die Türkei das Bild einer Bevölkerung, die sich weder in der Erwartung noch in der Bewertung mit dem zunehmenden Autoritarismus des Erdogan Regimes abgefunden hat. Gleichzeitig ist der Ruf nach einer stärkeren Rolle des Staates weit verbreitet, und 61 % würden es begrüßen, wenn sie mehr Hilfe und Unterstützung von Staat und Gesellschaft bekämen. Allerdings kann sich darin auch nur die große Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Armutsbekämpfung in der Türkei widerspiegeln. Denn nur etwas mehr als die Hälfte ist der Meinung, dass der Staat den sozialen Ausgleich zwischen Arm und Reich fertigbringt. Ein gewisser Widerspruchsgeist ist noch vorhanden, aber er ist bereits geringer als in funktionierenden Demokratien.

Russland

Im Gegensatz zur Türkei wird Russland bereits seit 2005 als unfreies Land im Freedom House Index eingestuft. Auch hier ist ein eindeutiger Negativtrend erkennbar. Zwar gibt es auch in dem flächenmäßig größten Land der Erde noch ein Mehrparteiensystem, aber klar dominierend ist die dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nahestehende Partei Einiges Russland. Ähnlich wie in der Türkei fühlt sich in Russland weniger als die Hälfte der Befragten frei (44 %) oder hat das Gefühl, Entscheidungsfreiheit über ihr eigenes Leben zu haben (42 %). Nur etwas mehr als ein Viertel (26 %) ist insgesamt zufrieden mit den eigenen Lebensumständen. Diese Unzufriedenheit hat sich auch in den vergangenen Jahren häufiger in Protesten niedergeschlagen. Spätestens seit den Massenprotesten 2011/12 reagiert das Regime zum einen mit der Einschüchterung, Verfolgung und Unterdrückung von Oppositionellen, Journalisten und Menschenrechtsanwälten auf wiederkehrende Kritik an der Politik Putins, zum anderen mit einer aggressiveren Rhetorik in der Außen- und Sicherheitspolitik, die in der Annexion der Krim und den militärischen Operationen in der Ostukraine gipfelten. Wie schon zu sowjetischen Zeiten, gibt es seit 2015 wieder eine staatliche Kinder- und Jugend-Militär-Erziehungsorganisation, und die Projektion von Macht findet insgesamt stärker über das Militär statt. Die Anti-Terror-Gesetzgebung wird missbraucht, um gegen Andersdenkende vorzugehen. Das gilt auch für das 2021 erlassene „Bildungsgesetz“, mit dem de facto jedwede bildungspolitische Tätigkeit außerhalb der staatlichen Bildungspolitik verboten und verfolgt wird. Zudem werden Nichtregierungsorganisationen, Oppositionspolitiker und kritische Journalisten als Feinde Russlands oder „ausländische Agenten“ gebrandmarkt. Doch trotz eines von Militarismus und Sicherheit dominierten Diskurses ist eine deutliche Mehrheit (76 %) der Auffassung, dass die Rechte des Einzelnen zugunsten von Sicherheit und Ordnung nicht zurückstehen dürfen. Rund 70 % sind der Auffassung, dass Staat und Gesellschaft die Menschen so wenig wie möglich einschränken dürfen. Dieser Widerspruch zwischen der autoritären Politik des Kremls und den Wünschen der Bevölkerung spiegelt sich auch in Freiheitslücken in den Teilindices wider.

Das gilt insbesondere für den Bereich der Presse- und Meinungsfreiheit mit einer Differenz von -22. Nicht einmal die Hälfte der Befragten geht davon aus, dass die Presse frei ist (46 %), und nur etwas mehr als die Hälfte hat das Gefühl, sagen zu können, was sie will, ohne negative Konsequenzen zu befürchten. Auch aufgrund zahlreicher Angriffe auf unabhängige Journalisten liegt Russland in der Rangliste der Pressefreiheit 2021 auf Platz 150 von 180. Die größte Differenz zwischen Ist und Soll sehen die Befragten im Bereich der Rechtsstaatlichkeit (-27). Mehr als ein Drittel ist der Auffassung, dass das Rechtssystem nicht gleiche Rechte für alle garantiert. Besonders groß ist die Lücke bei der Frage, ob die Gerichte auch die Regierung kontrollieren (-37) und ob man sich bei der Durchsetzung auf Polizei und Gerichte verlassen kann (-33). Tatsächlich ist die Gewaltenteilung in Russland nur gering ausgeprägt. Die Unabhängigkeit der Judikative ist kaum vorhanden, auch weil Richter in hohem Maße vom Wohlwollen der Exekutive abhängig sind und der Präsident sogar Mitglieder des Verfassungsgerichtes abberufen kann. Hohe Erwartungen richten die Befragten an den Schutz der Menschenrechte (z.B. Folterverbot) in der Strafverfolgung (91 %) und dass der Staat an Recht und Gesetz gebunden ist (85 %). Laut Amnesty International sind Folter und andere Misshandlungen in Russland allgegenwärtig, das Recht auf ein faires Verfahren haben viele Betroffene dagegen nicht. Unter den Befragten nimmt etwas mehr als die Hälfte (55 %) das anders war.

Ähnlich wie in der Türkei, ist auch in Russland der Ruf nach größerer Unterstützung mit 70 % Zustimmung zum Wunsch nach mehr Hilfe von Staat und Gesellschaft weit verbreitet, und auch hier kommt eine hohe Soll-Ist-Differenz (-33) bei der Frage, ob der Staat sozialen Ausgleich schafft, zum Ausdruck. In beiden Ländern treffen hohe Freiheitserwartungen auf teils erhebliche Freiheitseinschränkungen durch die Regierung und führen so zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den Regimen. Die vorliegende Studie zeichnet das Bild zweier Länder, in dem die Wahrnehmung der Befragten sich zumindest in Teilen mit objektiv nachvollziehbaren Einschätzungen von Freiheitseinschränkungen deckt.

China

Besonders auffällig im Vergleich zu diesen beiden unfreien Ländern, aber auch unabhängig davon, sind die Umfrageergebnisse für die Volksrepublik China. Der kommunistische Einparteiensstaat weist als einziges Land in dieser Studie einen positiven Saldo zwischen Soll und Ist (+2) auf. Die Wahrnehmung (Ist) von verschiedenen Freiheitsaspekten der Befragten in der Volksrepublik China hat über nahezu alle Einzelbereiche hinweg einen höheren Wert als ihre Erwartung (Soll). Das liegt allerdings nicht daran, dass die Befragten in China keine hohen Erwartungen hätten. Zwar ist die Zustimmung in China zur Aussage, dass die Rechte des Einzelnen zugunsten von Sicherheit und Ordnung zurückstehen dürfen, mit 67 % deutlich höher als in allen anderen untersuchten Ländern, und mehr als die Hälfte (57 %) ist der Meinung, dass Menschen dazu neigen, ihre Freiheit auszunutzen. Aber die Volksrepublik liegt mit einem Durchschnittswert von 83 %, die Freiheit als mindestens „sehr wichtig“ einzustufen, auf dem gleichen Niveau wie die Vereinigten Staaten und über dem Mittel der anderen

unfreien Länder. Die hohe subjektive Freiheitswahrnehmung steht allerdings im starken Kontrast zum tatsächlichen Stand der Freiheit in der Volksrepublik. Das Land gehört mit einem Wert von 9 (von 100) im Index „Freedom in the World 2021“ von Freedom House zu den unfreiesten Ländern der Welt.

Der Widerspruch zwischen subjektiver Wahrnehmung und Realität, selbst bei Fragen, die sich objektiv überprüfen lassen, ist erklärungsbedürftig. Die Volksrepublik China hat bei nahezu allen Fragen eine ausgeglichene oder positive Bilanz zwischen Erwartung und Wahrnehmung. Lediglich bei den Themen Armutsbekämpfung (-4), Krankheitsversorgung (-3) sowie Meinungs- und Pressefreiheit (-2) gibt es minimale Lücken, die vor allem bei letzterem angesichts von Zensur und Kontrolle jeglicher Kommunikation unglaublich gering erscheint. In der Rangliste der Pressefreiheit 2021 belegt China Platz 177 von 180. Teilindizes wie Rechtsstaat, Bürger- und Menschenrechte (+3) und Privatsphäre und Bewegungsfreiheit (+5), in denen andere Länder nach objektiven Kriterien über mehr Freiheit verfügen, weisen in der Volksrepublik China positive Abweichungen zwischen Soll und Ist auf.

Die Frage liegt also nahe, welche Erklärungen es für die ungewöhnlichen Werte in der VR China geben könnte. Auf den ersten Blick fällt dabei im Gesamtindex die ähnliche Freiheitswahrnehmung Chinas und Taiwans auf. Denn auch Taiwan hat eine ausgeglichene Gesamtbilanz. Dafür könnte als Erklärungsgrund auf den Bezug zu gemeinsamen kulturellen Werten und Traditionen verwiesen werden, die für die ähnliche Freiheitswahrnehmung zweier im tatsächlichen Freiheitsniveau so unterschiedlicher Länder verantwortlich sei. Schließlich wird Taiwan von Freedom House im Gegensatz zu China als freies Land eingeordnet. Doch dieser Verweis trägt nicht, sobald Einzelfragen betrachtet werden, bei denen Taiwan große Schwankungen über alle Freiheitsfragen hinweg aufweist. Diese Schwankungen reichen von einer Positivdifferenz von 17 bei der Frage nach der Produktauswahl hin zu einer Negativdifferenz von -23 beim Ausgleich zwischen Arm und Reich. Anders als in Taiwan und bei allen anderen Ländern beträgt die Differenz zwischen Soll- und Ist-Werten bei den 29 Einzelfragen in China nie mehr als zehn. Die höchste Negativdifferenz zwischen Soll- und Ist liegt in China bei -7. Von einer ähnlichen Freiheitswahrnehmung in China und Taiwan kann also bei genaueren Betrachtung keine Rede sein.

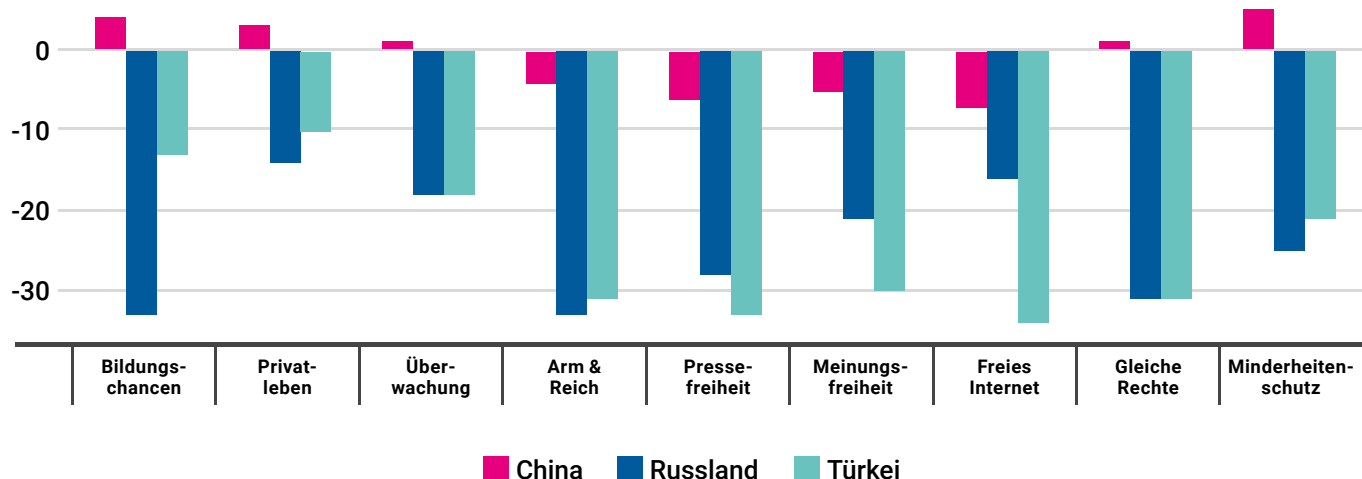
Die Freiheitswahrnehmung in China steht aber nicht nur im starken Kontrast zur Realität von Freiheit, Bürger- und Menschenrechten im Reich der Mitte, sondern deutet durch die innere Kohärenz der Antworten in der Befragung viel mehr auf ein Muster in der Beantwortung der Umfrage hin. Die in der Umfrage zur Schau gestellte Zufriedenheit in fast allen Bereichen in China impliziert entweder die Angst vor Repression bei Äußerungen, die vom Regime unerwünscht sind, oder eine Indoktrination, die in den beiden anderen unfreien Ländern nicht in diesem Maße ausgeprägt ist. Hier erscheint eine Unterscheidung zwischen autoritärer und totalitärer Herrschaft sinnvoll, um die Ergebnisse für die Volksrepublik China als Freiheitswahrnehmung in einer totalitären Diktatur einzuordnen. Zum einen zeichnet sich totalitäre Herrschaft dadurch aus, dass politische Freiheit, politische Gleichheit sowie poli-

tische und rechtliche Kontrolle überhaupt nicht gegeben sind, während alles drei in autoritären Regimen wie der Türkei und Russland noch partiell vorhanden ist. Zum anderen haben totalitäre Systeme eine monolithische, in der Regel auf eine Ideologie und eine Einheitspartei zentrierte Herrschaftsstruktur, in der alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteure der Kontrolle von Partei und Sicherheitsorganen unterworfen sind. Recht und politische Prozesse sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Aktivitäten haben sich dabei Ideologie und Partei unterzuordnen. Durch Repression, Zensur und Überwachungsstrukturen werden oppositionelle Aktivitäten so bekämpft, dass mit zunehmender Etablierung totalitärer Herrschaft immer weniger staatlicher Terror und Gewalt eingesetzt werden muss, um Widerstand gegen das Regime zu bekämpfen. Spätestens unter dem chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping, der seit 2013 Präsident und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas sowie Vorsitzender der Zentralen Militärkommission ist, erlebt das Land eine Rückkehr zum Totalitarismus, wie es in diesem Ausmaß zuletzt unter Mao Zedong zu beobachten war. Nachdem es in China in den 1990er und 2000er Jahren eine Phase der ideologischen Neujustierung gab und zumindest in sehr kleinem Maße bestimmte Freiheiten gewährt worden sind, errichtet China unter Xi Jinping einen digitalen Überwachungsstaat, der den Machterhalt der kommunistischen Partei sichern soll und auf einer eklektischen Ideologie bestehend aus Konfuzianismus, Nationalismus und Marxismus aufbaut. Neben einer umfassenden Überwachung, für die der Staat auch auf modernste Technologien, Big Data und künstliche Intelligenz zurückgreift, bedient sich die herrschende kommunistische Partei auch Instrumenten wie klassischer Propaganda, einer strikt am Machterhalt der Partei orientierten Polizei und Justiz, inklusive der rigorosen Verfolgung von Oppositionellen, sowie Zensur und einer gezielten Abschottung des Internets. Damit hängt auch das aktive Bestreben der kommunistischen Partei zusammen, den Menschen ein Gefühl für Freiheitseinschränkungen abzugewöhnen. Dadurch erzeugt sie ein Klima und eine Erwartungshaltung, die Widerspruch nicht nur sanktioniert, sondern auch weitestgehend unmöglich macht. In

dieser Studie lässt sich das in geringem Maße an der Frage, ob die Befragten sagen können, was sie wollen, ohne negative Konsequenzen zu befürchten (-5), oder ob das Internet nicht zensuriert wird (-7), ablesen.

Für die Aussagekraft der Daten dieser Umfrage ist dabei vor allem aber auch die totale Kontrolle des Internets und digitaler Medien relevant. Betrachtet man die Freiheit im Internet, tritt die Volksrepublik durch umfassende Einschränkungen auch im Vergleich mit den anderen beiden unfreien Ländern deutlich hervor. Im Index „Freedom on the Net“ von Freedom House belegt China seit sechs Jahren kontinuierlich den letzten Platz. In China wird der Zugang zu Informationen beschränkt sowie digitale Kommunikationsmittel in nie dagewesenem Ausmaß zensuriert und überwacht. Die Internetaktivitäten eines Teils der Bevölkerung sind in das soziale Bonitätssystem der Volksrepublik integriert, mit dem das Verhalten der chinesischen Bürgerinnen und Bürger überwacht, bewertet und positiv oder negativ sanktioniert wird. Kritik oder Verhalten, das von den Machthabern als schädlich eingestuft wird, ist so mit erheblichen Konsequenzen für die private Lebensführung verbunden. Bei den Umfrageergebnissen für die Volksrepublik China muss man daher nicht nur davon ausgehen, dass soziale Erwünschtheit eine Rolle gespielt hat, sondern auch die Angst vor Repression. So wirken im totalitären China Propaganda der kommunistischen Partei, Unterdrückung von freiem Informationsaustausch und die digitale Überwachung gemeinsam, um kritische Äußerungen zu unterdrücken. Insofern überraschen die hohen Ist- bzw. Wahrnehmungswerte fast weniger als die in den Umfragen geäußerte Freiheitserwartung. Denn bei vielen der wichtigsten Freiheitsfragen ist die Zustimmung zum Soll, also zur Erwartung im Hinblick auf Bürger- und Menschenrechte, Meinungsfreiheit oder Privatsphäre, nicht signifikant niedriger als in freien Ländern.

Abbildung 2: Einzelfragen in China, Russland und Türkei (Auswahl)



Diese Studie verdeutlicht insgesamt große Unterschiede in unfreien Systemen und die erschreckende Effektivität eines totalitären Systems in der Volksrepublik China. Während sich in der Türkei und Russland moderate Unzufriedenheit mit der Lage der Freiheit in den Ländern abzeichnet, fehlt in China eine kritische Auseinandersetzung mit der Freiheit. Dieser Umstand lässt sich allerdings nicht durch kulturelle Faktoren wie den Konfuzianismus erklären. Denn zum einen ist konfuzianisches Gedankengut im kommunistischen China lange Zeit verboten gewesen. Erst seit einigen Jahren werden lediglich bestimmte Aspekte des Konfuzianismus von Seiten des Regimes betont, um als Legitimationskulisse für die Unterordnung im Einparteienstaat zu dienen. Zum anderen sind die Lücken zwischen Soll- und Ist-Werten in anderen konfuzianisch geprägten Ländern, wie zum Beispiel Südkorea, deutlich höher. Südkorea weist im Gegensatz zu China insgesamt eine Abweichung von -8 auf und hat bei Einzelfragen eine Negativdifferenz von bis zu -38. Zudem zeigen die hohen Soll-Werte, dass im Kontrast zur Erwartung kultureller Erklärungsansätze in China sehr wohl eine hohe Erwartung an Freiheit besteht. Für den Widerspruch zwischen der in der Umfrage geäußerten hohen Freiheitswahrnehmung und der Realität liegen vor allem zwei Erklärungsansätze nahe: die erschreckende Effektivität totalitärer Herrschaft der kommunistischen Partei sowie die nahezu lückenlose Kontrolle des Internets in China. Im Vergleich zur Türkei und Russland spiegelt sich in der Befragung dabei auch die mangelnde Freiheitserfahrung in China wider. Während die beiden anderen unfreien Länder zumindest für einen kurzen Zeitraum als teilweise frei galten, ist die Volksrepublik seit Bestehen ein unfreies Land und im Freedom House Index als unfrei eingestuft. Ein großer Teil der Menschen in China hatte nie die Gelegenheit, Freiheit zu erleben oder gelernt, sie einzuschätzen. Ganz im Gegenteil hat das chinesische Regime alles dafür getan, die Freiheitserfahrung von Menschen so zu begrenzen, dass es nicht zu einer Freiheitsaspiration in der Bevölkerung kommt, die bedrohlich für die Herrschaft der kommunistischen Partei würde. Wenn dem Regime dies in Einzelfällen nicht gelungen ist, wie etwa bei den Protesten am Tian'anmen-Platz 1989 oder bei den Protesten in Hong Kong in den vergangenen Jahren, dann hat es diese Proteste mit militärischen Mitteln niedergeschlagen, Informationen darüber zensiert und Verantwortliche inhaftiert.

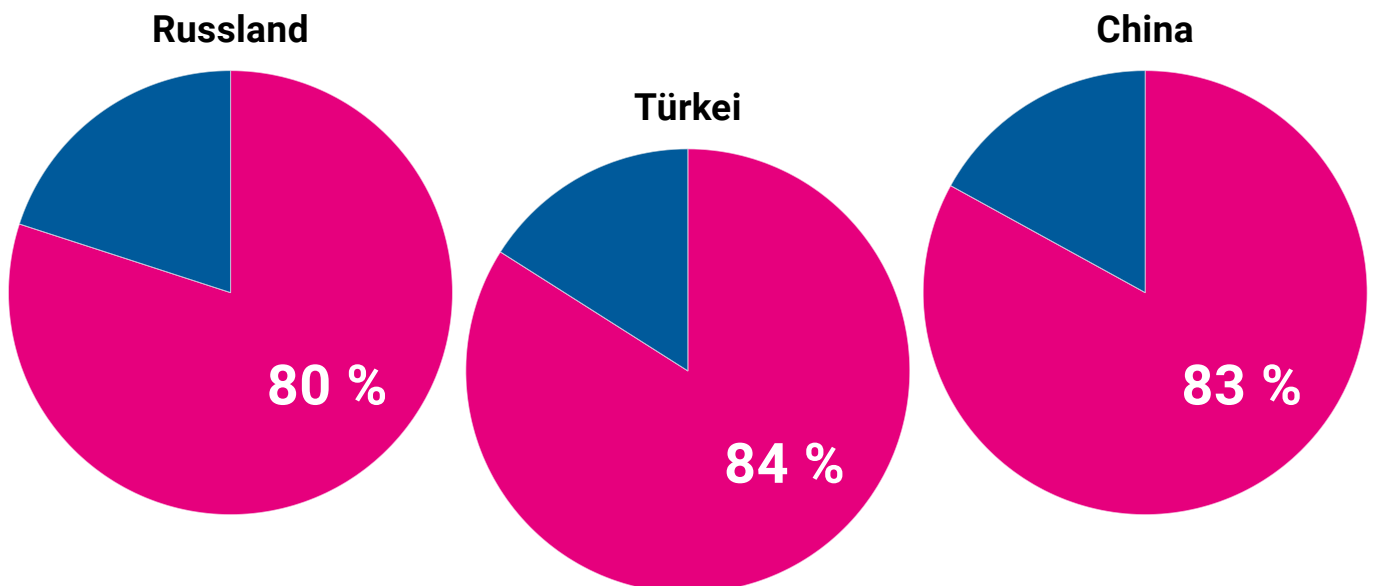
5. Ungebrochener Freiheitsdrang auch in unfreien Ländern

Einordnung von Michael Link MdB

Die Umfragen in unfreien Ländern halten auf den ersten Blick einige überraschende und auch ernüchternde Ergebnisse bereit. So hat die Volksrepublik China als einziges Land eine positive Bilanz im Hinblick auf die Erwartung und die Wahrnehmung von Freiheit bei nahezu allen Fragen der Studie. Hier zeigt sich die erschreckende Effektivität eines totalitären Einparteiensstaates, in dem sich Menschen sogar in einer anonymen Umfrage nicht trauen, eine ehrliche Einschätzung zur Lage der Freiheit in ihrem Land abzugeben. Denn eine Zustimmung von 88 % zur Aussage, dass Minderheiten in China ausreichend geschützt werden, kann angesichts der Verfolgung der Uiguren, Tibeter oder anderer Minderheiten nur Ausdruck von mangelndem Zugang zu Informationen oder eben von Angst vor Repression sein. Ganze 80 % sind der Auffassung, dass sie sich frei versammeln können, obwohl Proteste selten genehmigt und häufig gewaltsam niedergeschlagen werden, wie es zuletzt in Xinjiang oder in Hongkong geschehen ist.

Doch auf den zweiten Blick machen die Ergebnisse auch Mut. Denn trotz aller Unterdrückung, die autoritäre Regime kennzeichnen, zeigt sich eine hohe Erwartung und ein weitverbreiteter Wunsch nach elementaren Freiheitsrechten auch in unfreien Ländern. Danach gefragt, ob sie ihr Privatleben innerhalb geltender Gesetze so gestalten können, wie sie möchten, stimmen 92 % der Befragten in Russland, 90 % in der Türkei und 89 % in China zu. In allen drei Ländern sprechen sich deutlich mehr als Dreiviertel der Befragten dafür aus, dass auch der Staat an Recht und Gesetz gebunden ist und Gerichte die Regierung kontrollieren sollen. Das Recht, an freien und geheimen Wahlen teilzunehmen, wünschen sich 81 % der Befragten in Russland, 88 % in der Türkei und 83 % in China. Immerhin 74 % in Russland, 83 % in der Türkei und 77 % in China wünschen sich zudem eine Presse, die frei ist und nicht vom Staat zensiert wird.

Übersichtsgrafik mit Soll-Werten zu Fragen der Freiheitserwartung in Russland, der Türkei und China



Quelle: SINUS

Damit stehen die Umfrageergebnisse auf der Soll-Seite im starken Kontrast zu jenen, die behaupten, Länder wie Russland, die Türkei oder China eigneten sich nicht für die liberale Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, weil die Menschen dort nicht danach verlangen würden. Der Drang nach Freiheit ist keiner, der von kultureller oder religiöser Prägung abhängt, dieser Drang findet sich in allen Ländern, die diese Studie in den Fokus nimmt. Insofern ist die Universalität der Men-

schenrechte mitnichten eine Erfindung des Westens, sondern entspricht zu Recht einer Erwartungshaltung, die von den Menschen überall auf der Welt geteilt wird. Angesichts einer globalen Bedrohungslage für liberale Demokratien ist die Studie daher auch eine Ermutigung für alle, die sich weltweit für Freiheit, Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte einsetzen.

6. Nachhaltigkeit und Freiheit

Bernhard Weßels

Freiheit und Nachhaltigkeit – ein Zielkonflikt?

Nachhaltigkeit ist vor dem Hintergrund des Klimawandels und der großen Aufmerksamkeit, die die „Fridays for Future“-Initiativen für das Thema erzeugt haben, in den letzten Jahren zunehmend auf die öffentliche und politische Agenda gelangt. Die ersten Forderungen nach einem nachhaltigen Umgang mit der Erde, wissenschaftlich gestützt, wurden schon 1972 durch den Club of Rome mit dem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ artikuliert. Seit den 1970er Jahren ist viel passiert im Bereich des Umweltschutzes, aber erst mit den heißen Sommern und Greta Thunberg hat neben der Wissenschaft, die das Problem schon lange thematisiert, Nachhaltigkeit eine neue, besondere Aufmerksamkeit in der breiten Öffentlichkeit gefunden. Die Politik hat mit dem Pariser Klimaabkommen von 2016 die entscheidenden Schritte in Richtung globaler Klimapolitik gemacht, und in Deutschland werden gesetzliche Maßnahmen, die Anreize und Anforderungen auch an jede Einzelne und jeden Einzelnen bedeuten, ergriffen. Das reicht von der CO₂-Bepreisung über Energiebesteuerung bis zur Verkehrspolitik und den Siegeln für ökologische und nachhaltige Lebensmittelproduktion. Neben Anreizen, die die freie Entscheidung erlauben, ob sie angenommen werden oder nicht, geht es aber auch um Gebote und Verbote. Inzwischen gibt es eine Debatte um die Frage nach der Notwendigkeit einer Ökodiktatur, wobei die Antwort in aller Regel negativ ausfällt. Die Frage, ob es einen Zielkonflikt zwischen Nachhaltigkeit und Freiheit geben könne, wird auch in der

Politikwissenschaft diskutiert. Claus Leggewie, zum Beispiel, sieht keinen Widerspruch zwischen Freiheit und Nachhaltigkeit, sondern eher ein Spannungsverhältnis. Das sehen die Klimawandelleugner augenscheinlich etwas anders. In seiner Rede zu den Beratungen des Brennstoffemissionshandelsgesetz am 8. November 2019 vermutete der AfD-Abgeordnete Karsten Hilse in dem Gesetz das Ziel, „die Gesellschaft in eine ökosozialistische Diktatur zu transformieren.“ Diese Art von Provokation ist Bestandteil der Strategie der AfD. Aber es ist auch ein Versuch, die Angst der Bürgerinnen und Bürger, dass der Schutz der Natur die Freiheit der Menschen beschränken könne, zu schüren, eine Angst, die, wie Katia Backhaus in ihrem Buch „Nachhaltige Freiheit“ feststellt, weit verbreitet ist.

Nachhaltigkeit: Interesse – Handeln – Orientierungen

Wie sieht es bei den Bürgerinnen und Bürger tatsächlich aus? Wie stark interessiert sie das Thema Klimawandel, in welchem Maße versuchen sie, möglichst nachhaltig zu handeln, wie wichtig sind ihnen Nachhaltigkeitsthemen? Und in welchem Verhältnis stehen Freiheitswünsche der Bürgerinnen und Bürger zu Nachhaltigkeitsbelangen?

Das Thema Klimawandel findet in den 15 untersuchten Ländern recht unterschiedliches Interesse. Es reicht von 73 % in Indien, die sich persönlich sehr für das Thema interessieren, bis zu lediglich 3 % in Polen. Die vier Länder mit den höchsten Interessenanteilen liegen auf der Südhalbkugel, die drei Länder mit dem geringsten Interesse liegen auf der Nordhalbkugel der Erde (s. **Abbildung 1**).

Abbildung 1: Interesse am Thema Klimawandel in 15 Ländern

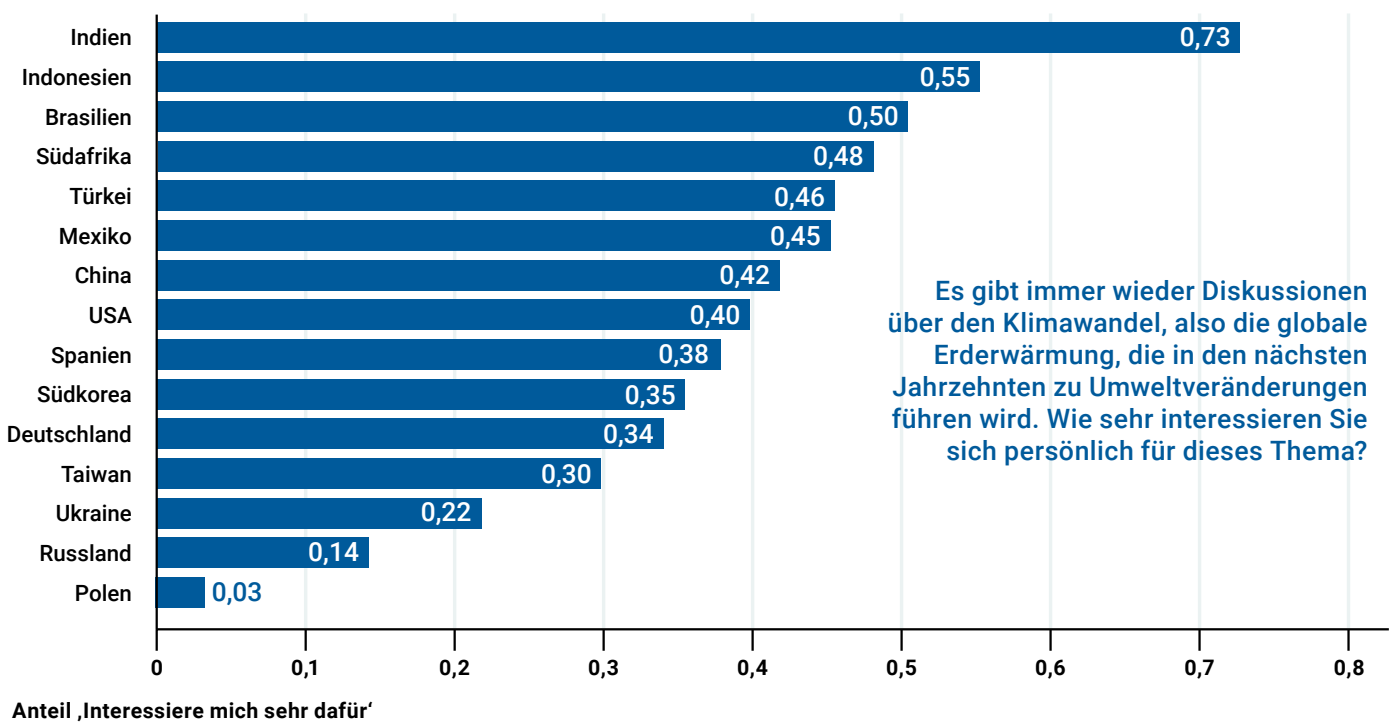
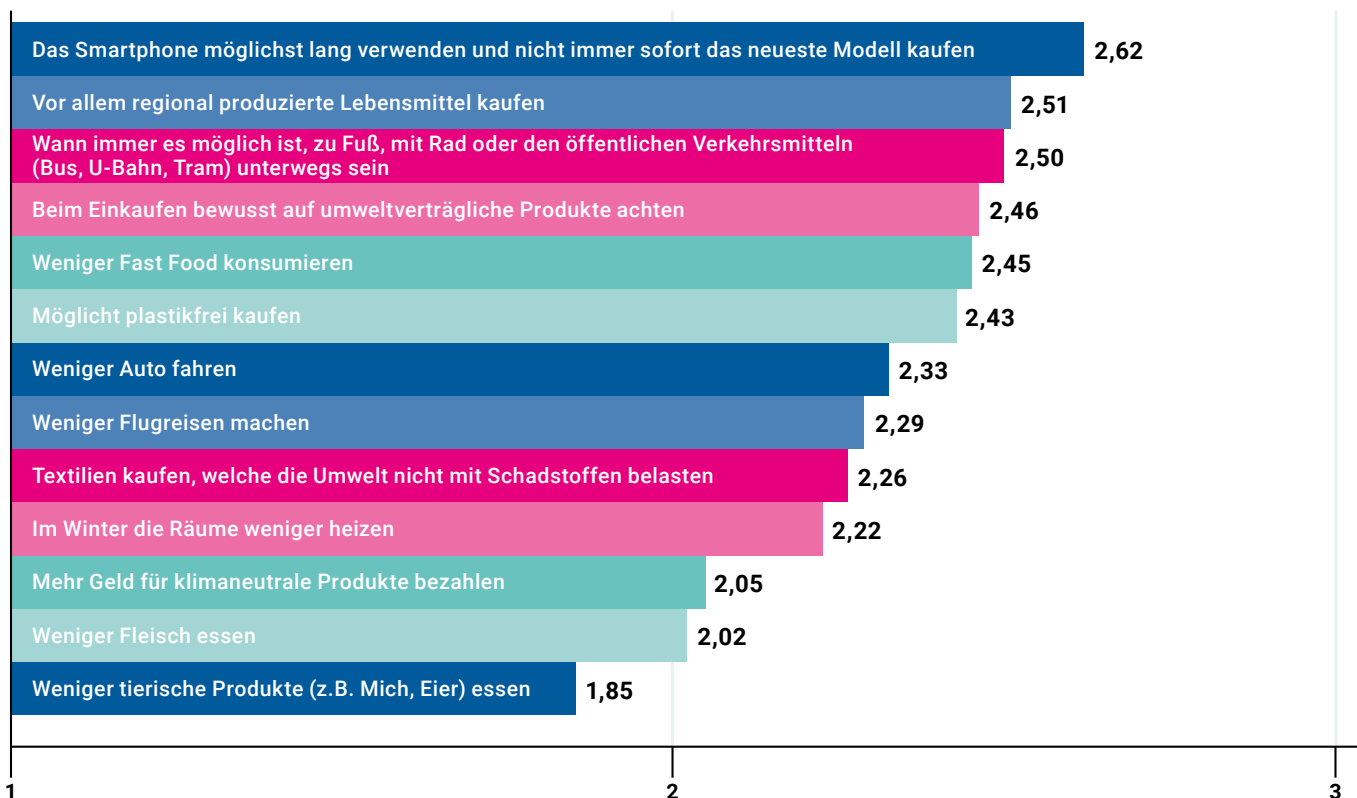


Abbildung 2: Nachhaltigkeitshandlungen geplant und gemacht

(1) Weder noch – (2) Habe ich in Zukunft fest vor – (3) Mache ich bereits

Bezogen auf das eigene Handeln und durch entsprechenden Aktionen im eigenen Alltagsleben zur Nachhaltigkeit beizutragen, rangieren eine lange Smartphone-Nutzung, Kauf regionaler Lebensmittel und die Nutzung von Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln ganz oben unter den Punkten, die die Bürgerinnen und Bürger schon unternehmen. Die Mittelwerte in **Abbildung 2** weisen Werte deutlich über zwei auf einer Antwortpalette von (1) weder gemacht noch vor zu machen, über (2) vorzuhaben zu machen bis (3) bereits machen auf. In Anteilen von Personen, die das bereits machen ausgedrückt, sind es 72 %, die ihr Smartphone möglichst lang verwenden wollen, und etwa 64 %, die regionale Lebensmittel kaufen und Rad oder ÖPNV statt Auto nutzen. Am wenigsten wollen die Bürgerinnen und Bürger mehr für klimaneutrale Produkte ausgegeben und weniger Fleisch oder tierische Produkte nutzen (**Abbildung 2**). Aber es sind dennoch mehr als ein Viertel bis zu einem Drittel der Bürgerinnen und Bürger, die im Durchschnitt aller Länder diese Maßnahmen ergriffen haben.

Wenn alle Maßnahmen zusammengezählt werden, zeigt sich, dass im Durchschnitt aller Befragten mehr als 50 % sieben und mehr von den 13 Nachhaltigkeitshandlungen bereits persönlich unternommen haben. Alle 13 Handlungen bereits gemacht zu haben berichten knapp 4 %, keine der Handlungen bereits gemacht zu haben 3,5 %. Damit haben entsprechende Handlungen durchaus eine gewisse Verbreitung. Es gibt aber deutliche Unterschiede zwischen den Ländern. In Indien, das Land, in dem auch der größte Anteil der Befragten an dem Thema Klimawandel sehr interessiert ist, ist auch die durch-

schnittliche Anzahl persönlich bereits unternommener Nachhaltigkeitshandlungen mit 7,8 am höchsten. In Russland sind es mit 5,2 Handlungen am wenigsten (**Abbildung 4**), auch das Interesse ist vergleichsweise niedrig (**Abbildung 1**). Aber in Polen ist das Interesse am geringsten, die Anzahl durchschnittlicher Nachhaltigkeitshandlungen allerdings nach Indien am zweithöchsten. Im Ländervergleich ist damit kein starker Zusammenhang zwischen Interesse und Handlung festzustellen, wohl aber auf der Individualebene. Wird ein Modell berechnet, in dem das Interesse am Thema Klimawandel als Erklärungsfaktor für die individuelle Anzahl an Nachhaltigkeitshandlungen dient, zeigt sich, dass ein klarer und statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen Interesse und Handlung existiert. Der Anteil erklärter Varianz, also der Unterschied zwischen Ländern, der durch das Modell erklärt werden kann, liegt mit über 30 % vergleichsweise hoch. Dieser Zusammenhang ist deshalb bedeutsam, weil er darauf verweist, dass die Handlungen nicht zufällig, sondern im Interesse der Umwelt verfolgt werden.

Ohne individuelles Handeln wird Nachhaltigkeit sicherlich nicht erreichbar sein. Individuelle Alltagshandlungen sind dafür nicht unwichtig, aber sicherlich nicht hinreichend. Auch die Politik muss etwas tun, und es muss insgesamt eine gesellschaftliche Anerkennung des Problems und eine gesellschaftliche Basis für entsprechendes Verhalten existieren. Deshalb wurden die Bürgerinnen und Bürger gebeten, zu verschiedenen Pro- sowie Contra- Aussagen zum Klimawandel und zur Nachhaltigkeit Stellung zu nehmen. Den größten

Abbildung 3: Kumulierter Anteil Nachhaltigkeitshandlungen

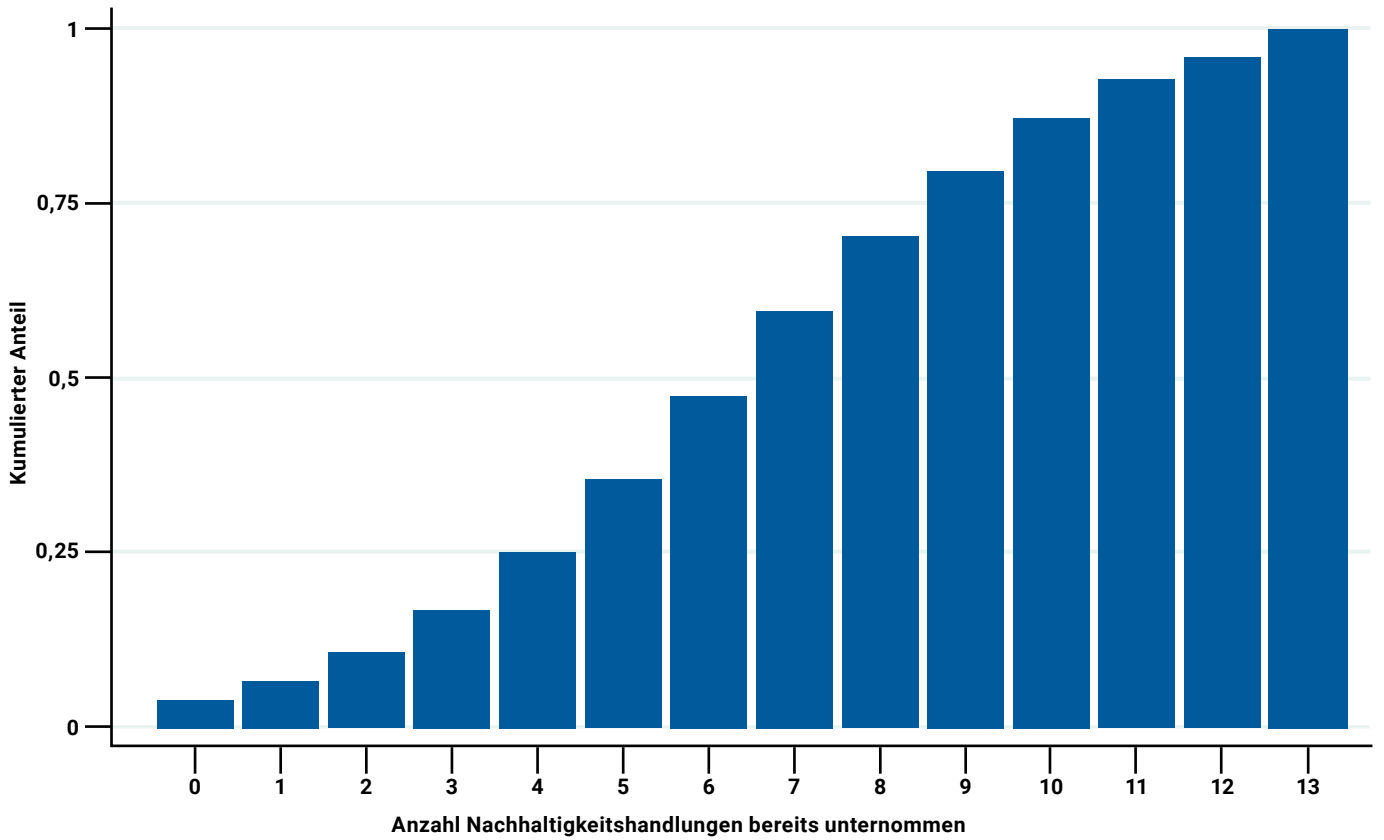
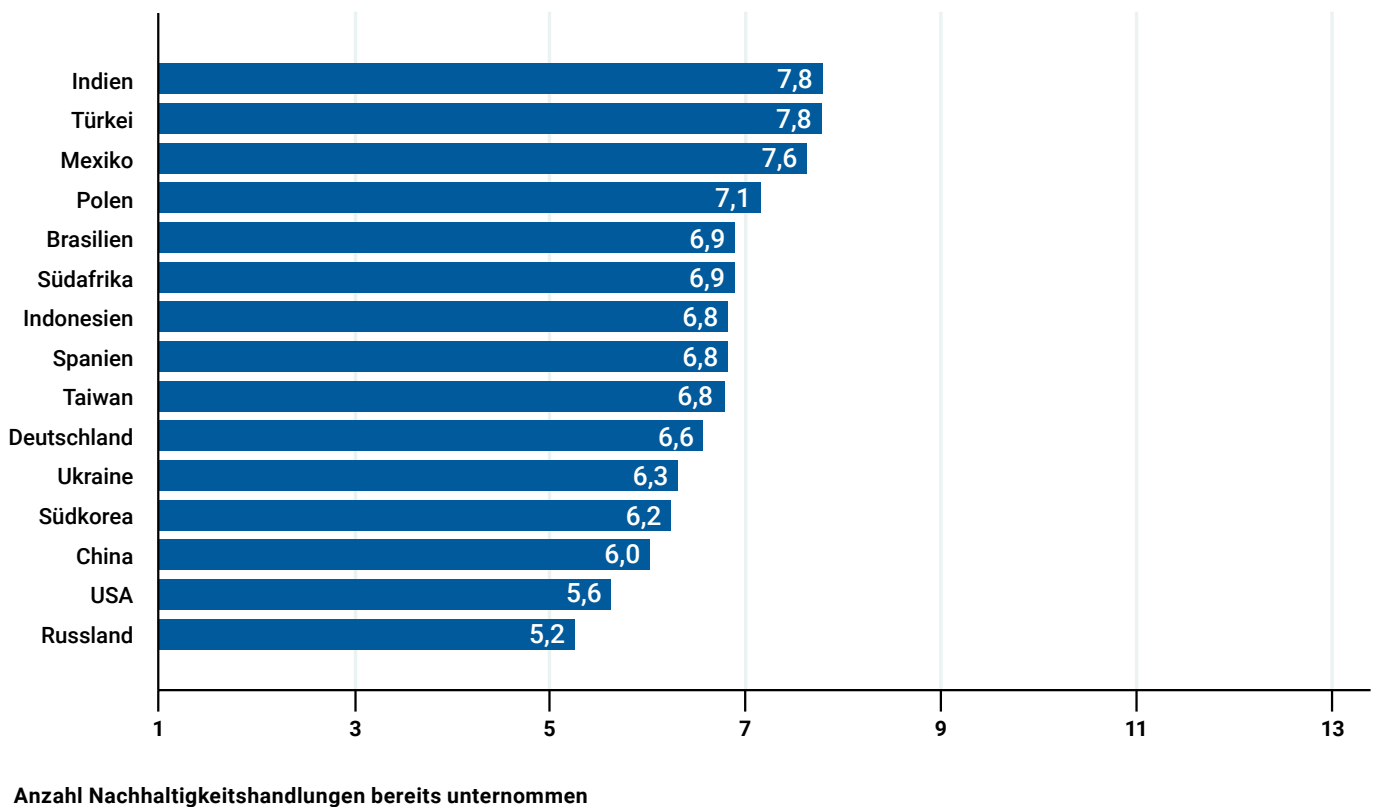


Abbildung 4: Durchschnittliche Anzahl von Nachhaltigkeitshandlungen in 15 Ländern



Anteil voller Zustimmung von im Durchschnitt 53 % erhält die Aussage, dass wir uns alle anstrengen müssen, um den Klimawandel zu bremsen. Dass der Klimawandel wissenschaftlich erwiesen ist, findet bei 44 % der Befragten volle Zustimmung, 38 % meinen, die Politik müsse mehr tun, knapp ebenso viele wären bereit, ihre Lebensweise zu ändern, und 27 % stimmen voll zu, ihr Verhalten bereits geändert zu haben. Fast ein Drittel stimmen der Aussage voll zu, der Klimawandel mache ihnen Angst (Abbildung 5). Die Anzahl der Aussagen, denen die Menschen in den Ländern zustimmen, fällt deutlich unterschiedlich aus. Sie reicht von einer durchschnittlichen Zustimmung zu 4,3 von 6 Aussagen in Mexiko zu nur 1,3 in Russland.

Gegenüber der Zustimmung, die die Pro-Nachhaltigkeitsaussagen erfahren, ist die Zustimmung zu Contra-Nachhaltigkeitsaussagen gering, im Gesamtdurchschnitt ungefähr nur halb so hoch. Während fast 40 % zum Beispiel finden, die Politik tue nicht genug, meinen lediglich 25 %, der Staat solle so wenig Regeln und Gesetze zum Klimaschutz wie möglich erlassen. 15 % stimmen der Aussage voll zu, dass das Thema Klimawandel überbewertet ist, 14 % sehen nicht ein, ihr Verhalten für etwas zu ändern, das eventuell in der Zukunft passiert, und 13 % glauben nicht an einen menschengemachten Klimawandel (Abbildung 7). Entsprechend gering ist die durchschnittliche Anzahl der Aussagen, denen voll zugestimmt wird. In den meisten Ländern ist es im Durchschnitt weniger als eine der vier Aussagen, denen voll zugestimmt wird. Nur in Indien und China sind es mehr

als eine. Auch wenn berücksichtigt wird, dass die Anzahl der Pro- und der Contra-Aussagen unterschiedlich ist und entsprechend nicht die Anzahl, sondern der Prozentsatz möglicher Antworten betrachtet wird, liegt die Zustimmung zu den Contra-Aussagen deutlich geringer. So sind es 57 % der Pro-Aussagen, denen die Menschen in Mexiko zustimmen, aber lediglich 20 % der Contra-Aussagen finden Zustimmung. In Indien, das die höchste Zahl der Zustimmung zu Contra-Aussagen aufweist, stimmen die Menschen 34 % der Contra-Aussagen zu, aber 45 % der Pro-Aussagen. Im Durchschnitt aller Länder finden 39 % der Pro-Nachhaltigkeitsaussagen volle Zustimmung und 17 % der Contra-Aussagen. In den drei Ländern der EU in unserer Studie finden mit 40 % etwa gleich viel Pro-Aussagen Zustimmung, mit 12 % aber deutlich weniger Contra-Aussagen.

Werden die Ergebnisse zum Interesse an Themen wie Klimawandel und Nachhaltigkeit, persönliche individuelle Handlungsweisen und die Einschätzung von Aussagen zu Klimawandel und Nachhaltigkeit zusammen betrachtet, kann für alle Länder, wengleich in unterschiedlichem Ausmaß, eine hohe Sensibilität der Problemlage gegenüber konstatiert werden. Insbesondere die Ergebnisse zum eigenen Handeln und die Positionen zu den Nachhaltigkeitsaussagen zeigen eine relativ große Bereitschaft, selbst einen Beitrag zur Nachhaltigkeit zu leisten.

Abbildung 5: Zustimmung zu Pro-Nachhaltigkeits-Aussagen

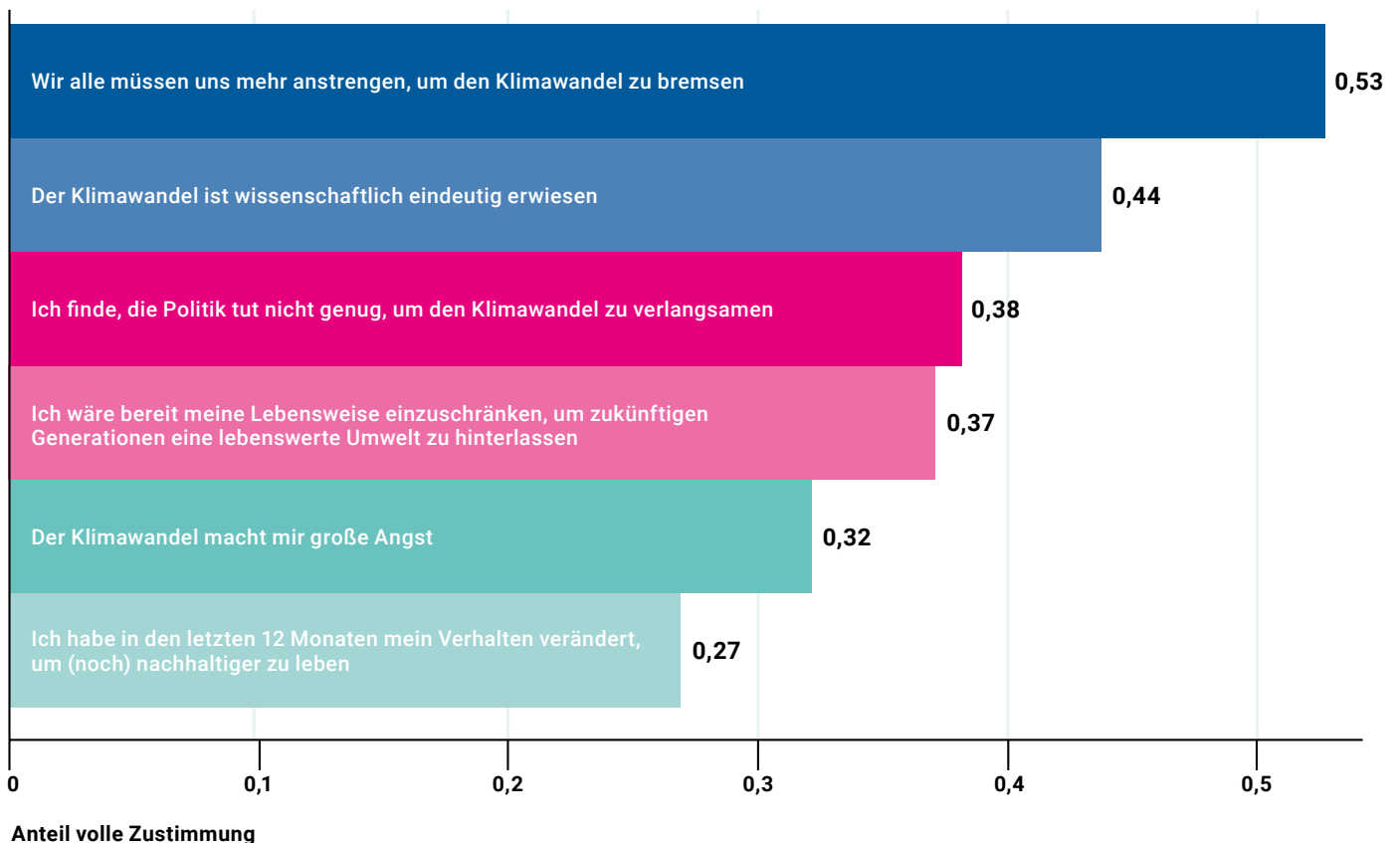
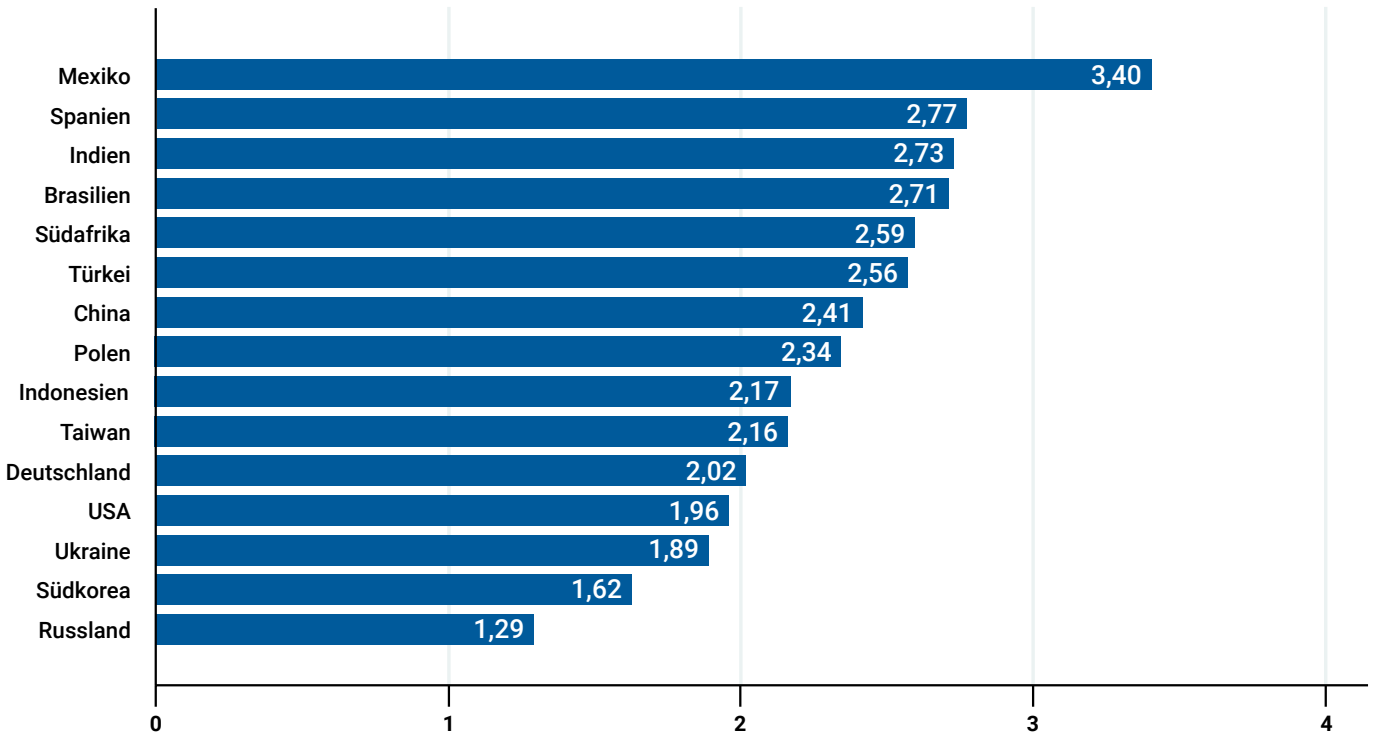
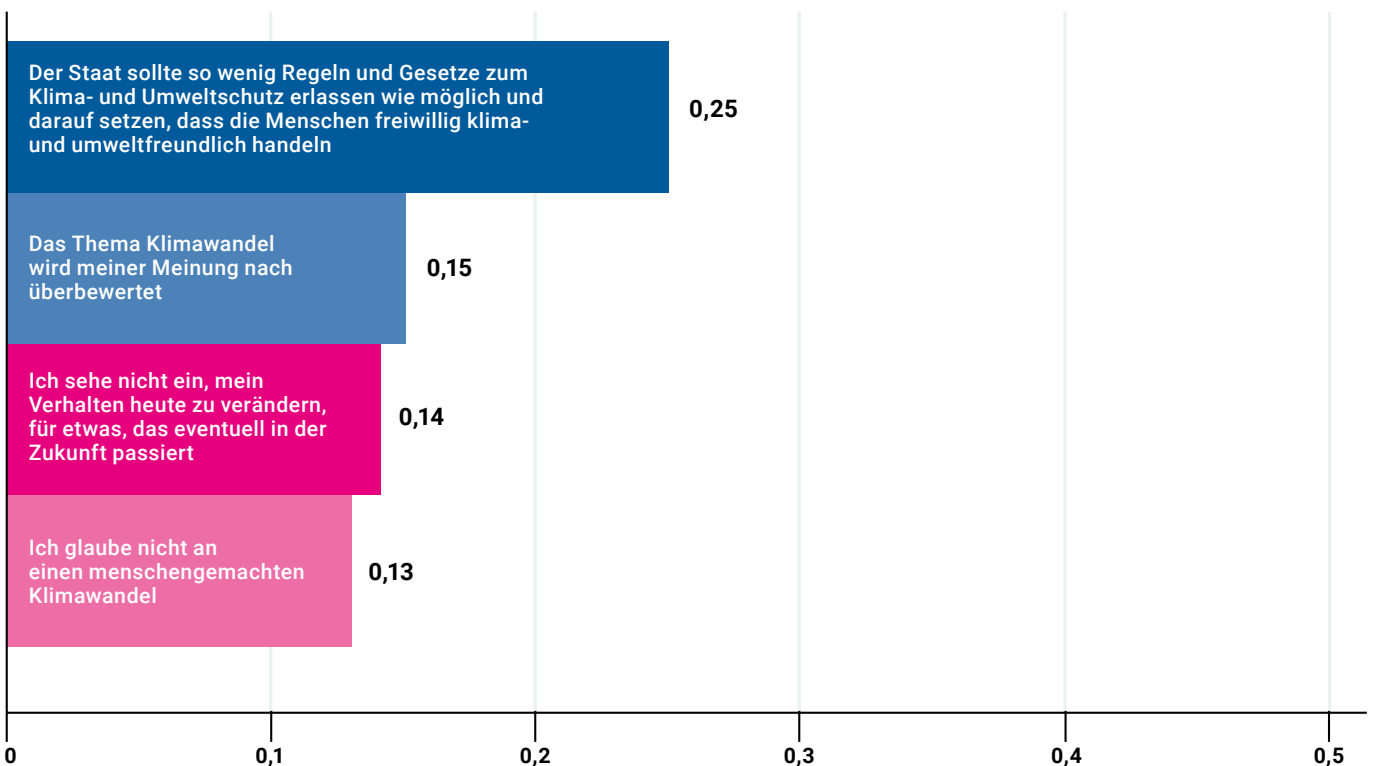


Abbildung 6: Zustimmung zu Pro-Nachhaltigkeits-Aussagen in 15 Ländern

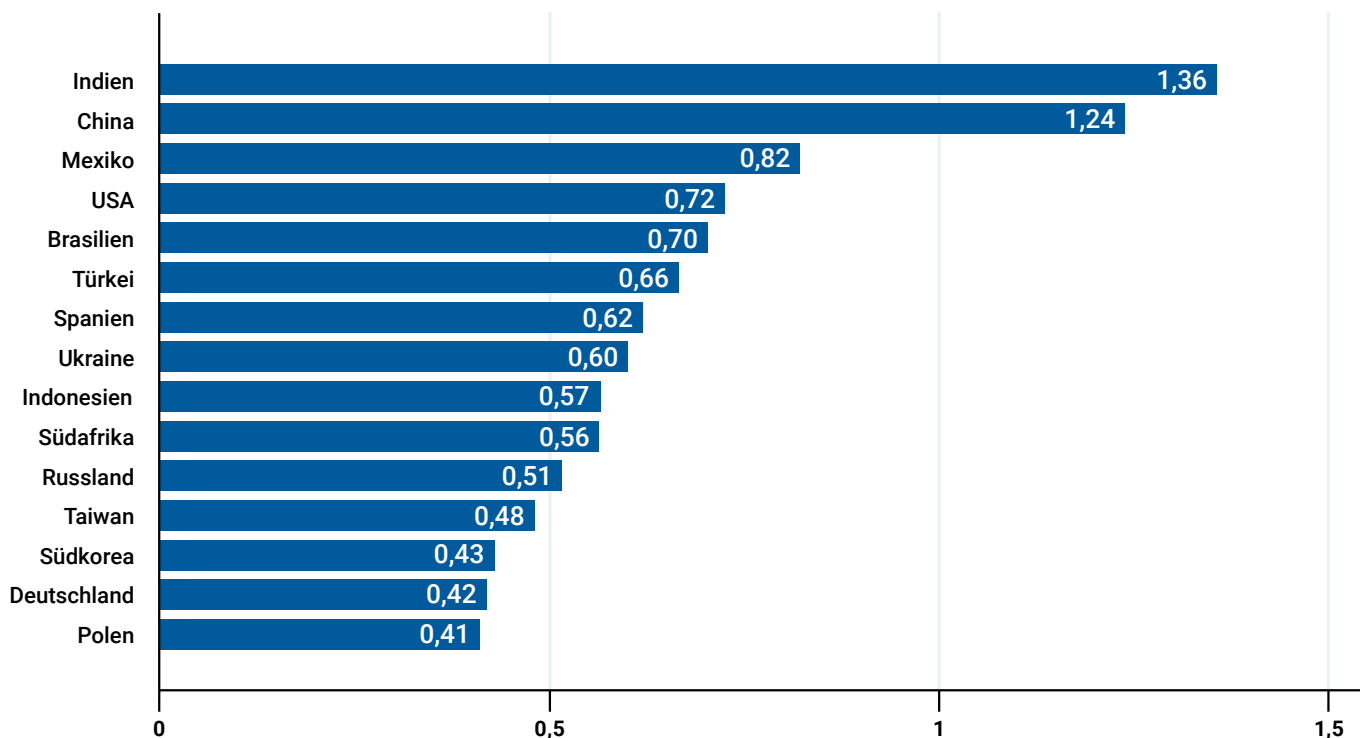


Anzahl Antworten mit voller Zustimmung

Abbildung 7: Zustimmung zu Contra-Nachhaltigkeits-Aussagen



Anteil volle Zustimmung

Abbildung 8: Zustimmung zu Contra-Nachhaltigkeits-Aussagen in 15 Ländern**Anzahl Antworten mit voller Zustimmung****Freiheitswunsch und Nachhaltigkeit – Komplementarität**

Wie steht das im Zusammenhang mit den Wünschen und Ansprüchen an die individuelle Freiheit? In allen Diskussionen um Nachhaltigkeit wird von der politischen Theorie und der politischen Philosophie wie zum Beispiel von Claus Leggewie festgehalten: „Eine Gesellschaft, die Nachhaltigkeit anstrebt, darf nicht so weitgehende Einschränkungen zulassen, dass Menschen unfrei werden, Stichwort Ökodiktatur“, so in einem Interview im Informationsdienst der Pax-Bank im 2. Quartal 2018. Andererseits besteht eine Gefahr für die Freiheit, wenn Nachhaltigkeit vernachlässigt wird. Das hat nicht zuletzt das Bundesverfassungsgericht mit seinem Beschluss zum Klimaschutzgesetz vom 24. März dieses Jahres deutlich gemacht. Darin heißt es: „Die zum Teil noch sehr jungen Beschwerdeführenden sind durch die angegriffenen Bestimmungen aber in ihren Freiheitsrechten verletzt. Die Vorschriften verschieben hohe Emissionsminderungslasten unumkehrbar auf Zeiträume nach 2030.“ Katia Backhaus hat 2020 in ihrem Buch „Nachhaltige Freiheit“ festgehalten, dass freies Handeln nicht in Unfreiheit resultieren darf. Ähnlich wie zu den Grundaufgaben des Staates von liberaler Position aus seit jeher gezählt wird, militärisch den Schutz einer Gesellschaft zu sichern, muss damit auch die Aufgabe des Staates sein, Nachhaltigkeit zu sichern. Geht Existenzschutz vor Freiheit oder wird das von den Bürgerinnen und Bürger gar nicht in einen Widerspruch gebracht? Wie stehen Freiheitswünsche und Nachhaltigkeitshandlungen und -orientierungen im Zusammenhang?

Dazu greifen wir auf die drei Dimensionen von Freiheit zurück: Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Informationsfreiheit und Schutz der Privatsphäre und freie Lebensgestaltung. Zur Erinnerung, die Freiheitswünsche wurden anhand der Einschätzung einer größeren Zahl von Aussagen zu den Elementen dieser drei Dimensionen als „extrem wichtig“ bestimmt. Wie sieht der Zusammenhang zwischen diesen drei Dimensionen von Freiheitsbedürfnissen und dem eigenen Nachhaltigkeitshandeln aus? Dazu wurden die Freiheitswünsche zur Vorhersage des Ausmaßes des Nachhaltigkeitshandelns herangezogen. Dieses als Regressionsanalyse bezeichneten Modell zeigt für alle drei Freiheitsdimensionen statistisch signifikante Effekte. Wird das jeweilige Ausmaß der Wichtigkeit der Freiheitsdimensionen in den Ländern und die Anzahl der geschätzten Nachhaltigkeitshandlungen betrachtet, zeigt sich auf der Aggregatebene der Länder ein klarer Zusammenhang: Je stärker die Freiheitswünsche in den drei Dimensionen sind, desto ausgeprägter ist das Nachhaltigkeitshandeln (**Abbildung 9**). Die Schätzung hat eine gewisse statistische Unsicherheit, aber der Zusammenhang bleibt gültig. Zum Beispiel: China hat mit 6,45 das geringste Ausmaß an Nachhaltigkeitshandlungen. Der Wert, der sich mit 95-prozentiger Sicherheit ergibt, liegt zwischen 6,40 und 6,51. Für Deutschland mit einem im oberen Bereich liegenden geschätzten Wert von Nachhaltigkeitshandlungen von 6,78 ergibt sich eine Schwankungsbreite um den mit 95 % Sicherheit realen Wert von 6,70 bis 6,86. Der Unter-

Abbildung 9: Nachhaltigkeitshandlungen und Freiheitsdimensionen

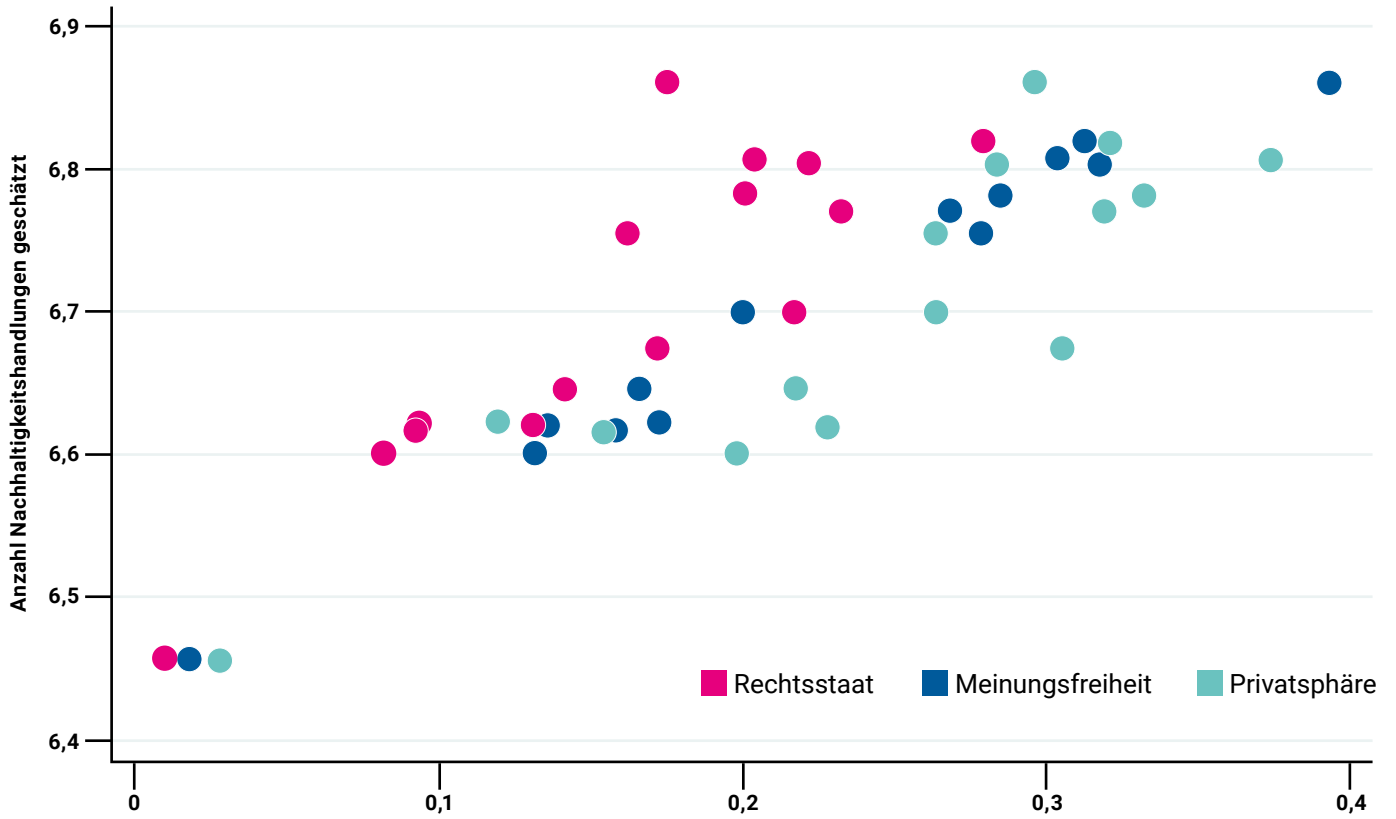
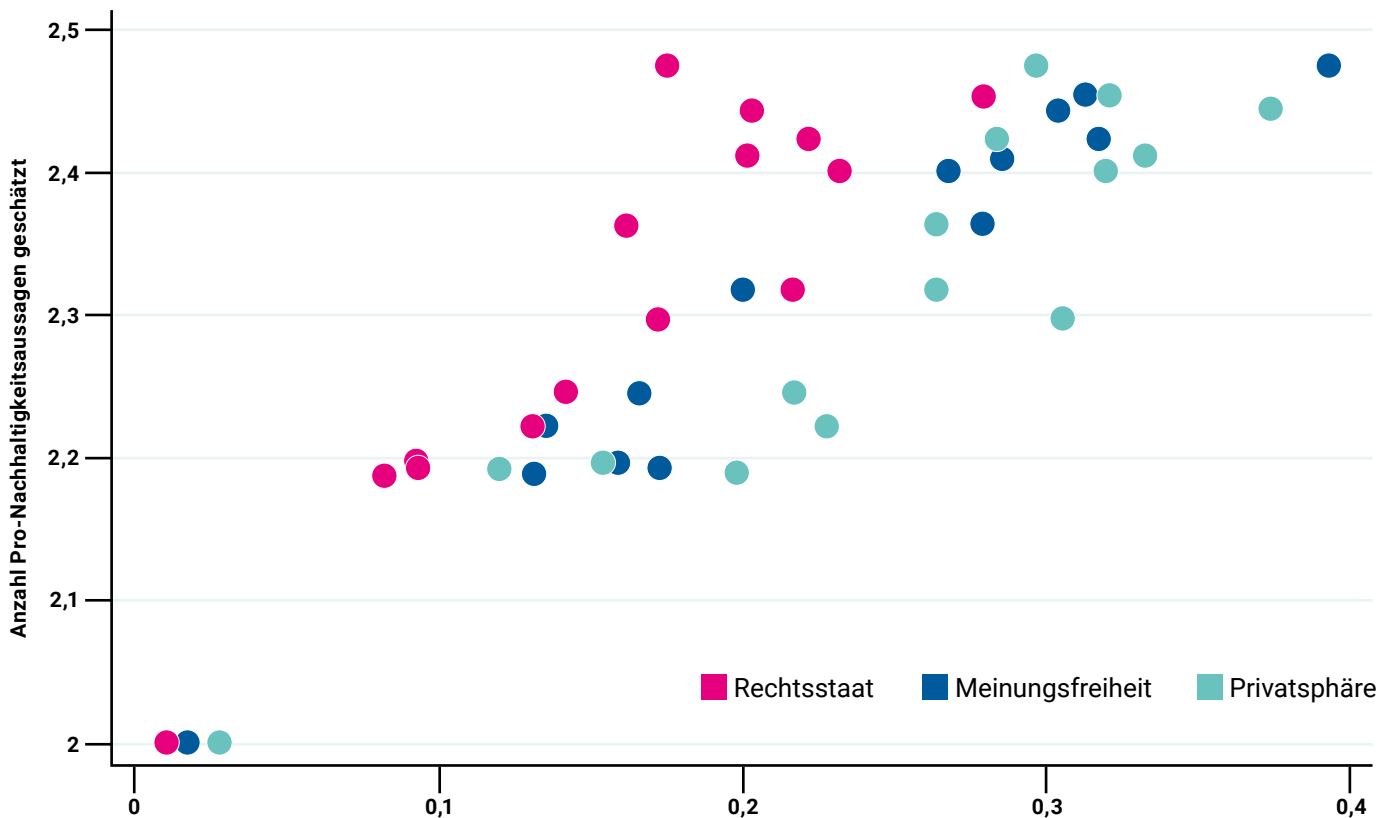


Abbildung 10: Pro-Nachhaltigkeitsaussagen und Freiheitsdimensionen



schied zwischen den im unteren Bereich der Freiheitswünsche liegenden Länder zu denen eher im oberen Bereich ist also statistisch belastbar.

Ein ähnliches Ergebnis zeigt sich bei der Zustimmung zu Pro-Nachhaltigkeitsaussagen. Je wichtiger die Dimensionen der Freiheit jeweils angesehen werden, desto höher ist die (geschätzte) Zustimmung zu den die Nachhaltigkeit unterstützenden Aussagen (**Abbildung 10**).

Für die Bürgerinnen und Bürger steht damit Nachhaltigkeit nicht im Widerspruch zu Freiheit. Wenn dem so wäre, müsste ein höheres Freiheitsbedürfnis mit einer eher negativen Haltung zur Nachhaltigkeit einhergehen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Soweit es die eigenen Entscheidungen für nachhaltiges Handeln betrifft, ergibt sich ein positiver Zusammenhang zum Freiheitsbedürfnis. Das Argument, es handele sich um eine individuelle Entscheidung für nachhaltiges Handeln und daher könne auch kein negativer Effekt erwartet werden, greift aus zwei Gründen zu kurz: Zum einen wird der soziale und öffentliche Druck auf das Handeln in dieser Beziehung stärker und könnte insofern als das eigene Handeln beschränkend angesehen werden. Zweitens kann ein solches Argument nicht erklären, warum es einen positiven Zusammenhang gibt. Es spricht vieles dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger weltweit ähnlich denken wie das deutsche Verfassungsgericht: Was ist Freiheit wert, wenn sie aufgrund von Problemlagen nicht ausgeübt werden kann? Auch für die Zustimmung zu Nachhaltigkeits-Aussagen gelten diese Punkte, da bei drei Fragen ebenfalls auf das eigene Handeln abstellend, können aber sogar etwas stärker pointiert werden, da auch mehr Handeln durch die Politik, das ja unabhängig von der individuellen Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger einen Einfluss auf ihre Handlungsoptionen und -pflichten hat, gewünscht wird. Individuelle Freiheit und Nachhaltigkeitspolitik wird nicht im Widerspruch gesehen. Das sind, insgesamt betrachtet, gute Aussichten für eine nachhaltige Freiheit.

7. Sinus-Meta-Milieus und Freiheitswahrnehmung

Norbert Schäuble, Frauke Stockmann
















Die Sinus-Meta-Milieus im Kontext von Freiheit und Demokratiebewegungen

Freiheit als Wert an sich, aber auch als Rahmenbedingung, in der Wertesynthesen und Umwälzungsprozesse gestaltet werden, wird in den Milieus unterschiedlich wahrgenommen. Dass materielle Ressourcen ebenso wie kulturelles Kapital Einfluss auf Teilhabe und damit auch auf Freiheit haben, ist

unstrittig. Gleichzeitig prägt die eigene Werthaltung das subjektive Freiheitsgefühl, die Ausgestaltung des eigenen alltäglichen Lebens und die Stärke des Wunsches nach Veränderung bzw. Status-Quo-Orientierung.

Es ist nicht nur wichtig, über das allgemeine Empfinden der jeweiligen Bevölkerung im Kontext von Freiheit auf einer übergeordneten Ebene Bescheid zu wissen, sondern neben konkreten Themenfeldern, in denen der Handlungsbedarf am

Soll-Ist-Vergleich Freiheitsindices – Gesamtindex | Ländervergleich Zielgruppen der Zukunft

Soll				
Land	Total	Performer/ Modern Performing	Cosmopolitan Avantgarde	Adaptive-Navigators/ Success-Oriented
 Deutschland ¹	86	90	89	89
 USA ¹	83	89	86	90
 Polen ¹	88	92	92	91
 Türkei ²	84	90	88	90
 China ²	83	87	91	86
 Südafrika ²	86	88	88	88
 Russland ²	80	85	83	85
 Indien ²	85	88	92	90
 Ukraine ²	85	89	87	90
 Spanien ¹	81	85	86	84
 Brasilien ¹	85	88	89	89
 Taiwan ¹	83	89	89	86
 Mexiko ²	81	86	83	83
 Südkorea ¹	78	85	81	85
 Indonesien ²	73	86	77	74

¹Established Markets; ²Emerging Markets

Quelle: SINUS









Soll: Extrem wichtig/sehr wichtig; Ist: Trifft voll und ganz zu/trifft eher zu; Angaben in %

■ Überdurchschnittlich ■ Unterdurchschnittlich

größten ist, ebenfalls zu erfassen, von welchen sozialen Milieus Impulse ausgehen bzw. welche Milieus Freiheitsbestrebungen und -bewegungen behindern können. So zeigt sich, dass insbesondere die Zielgruppen der Zukunft hohe Ansprüche an die Gewährung von Freiheitsrechten haben – unabhängig davon, ob in *established* oder *emerging markets*. Veränderungs- und Freiheitsbewegungen, oft ausgehend von der *Cosmopolitan Avantgarde*, breiten sich erst in diesen Milieus aus, bevor sie Einzug in den breiten Mainstream finden (können). Dementsprechend verwundert es nicht, dass die *Cosmopolitan Avantgarde* hohe Ansprüche an die Gewährung von Freiheitsrechten hat, den Ist-Zustand zwar nicht als schlecht bewertet, aber noch „Luft nach oben“ sieht. Den *Performern* bzw. *Modern Performing* kommt als wesentliche Zielgruppe liberalen Engagements eine besondere Bedeutung zu. Zwar

bewerten diese Milieus den Ist-Zustand der einzelnen Freiheitsaspekte bereits sehr positiv, aufgrund ihres Aufstiegs in den *emerging markets* noch einmal deutlicher als die etwas etablierteren *Performer* der *established markets*, allerdings ist auch der Anspruch an die Gewährung von Freiheitsrechten überdurchschnittlich hoch. Dieses Bild zeigt sich nicht nur beim übergeordneten Gesamtindex, sondern auch bei der Betrachtung einzelner Freiheitsbereiche.

Soll-Ist-Vergleich Freiheitsindices – Gesamtindex | Ländervergleich Zielgruppen der Zukunft

Ist				
Land	Total	Performer/ Modern Performing	Cosmopolitan Avantgarde	Adaptive-Navigators/ Success-Oriented
 Deutschland ¹	75	79	79	78
 USA ¹	71	81	72	74
 Polen ¹	57	60	50	60
 Türkei ²	68	75	72	72
 China ²	85	88	91	89
 Südafrika ²	58	64	58	63
 Russland ²	59	65	59	64
 Indien ²	81	81	90	84
 Ukraine ²	60	65	61	68
 Spanien ¹	57	60	56	61
 Brasilien ¹	51	52	58	59
 Taiwan ¹	83	91	87	87
 Mexiko ²	59	62	57	66
 Südkorea ¹	70	75	71	78
 Indonesien ²	73	78	71	77

¹Established Markets; ²Emerging Markets

Quelle: SINUS

Soll: Extrem wichtig/sehr wichtig; Ist: Trifft voll und ganz zu/trifft eher zu; Angaben in %
















 Überdurchschnittlich  Unterdurchschnittlich

Neben diesen Zielgruppen der Zukunft sind die *Intellectuals (established markets)* bzw. *Modern Established (emerging markets)* gesellschaftliche Gruppen, die für das Vorantreiben von Freiheitsbestrebungen von besonderer Bedeutung sind. Interessant ist hierbei, dass eine persönliche privilegierte Lebenssituation auf ein Gerechtigkeitsempfinden trifft, d.h. dass diese Milieus nicht zwingend aus eigener Betroffenheit handeln (wollen), sondern aufgrund eines holistischen Blickwinkels auf die gesamtgesellschaftliche Situation. Beispielhaft lässt sich dies am Item „Alle haben die gleichen Chancen auf

Zugang zu Bildung“, aus dem Freiheitsbereich Bildung, und dem Item „Der Staat schafft sozialen Ausgleich zwischen Arm und Reich“, aus dem Freiheitsbereich Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit zeigen: Obwohl diese Milieus persönlich genau jenen Zugang zu Bildung haben und formal eher hoch gebildet sind und sozio-ökonomisch besser dastehen als viele ihrer Landsleute, sehen sie diese Aspekte nicht nur als essentiell an, um sich frei zu fühlen, sondern empfinden sie, entgegen ihrer eigenen Lebenssituation, als nicht ausreichend erfüllt.


Intellectuals / Modern Established | Zugang zu Bildung und sozialer Ausgleich


→ „Alle haben die gleichen Chancen auf Zugang zu Bildung.“

		Soll		Ist		Abweichung Soll:Ist	
	Land	Total	INT ¹ /MEST ²	Total	INT ¹ /MEST ²	Total	INT ¹ /MEST ²
	Deutschland ¹	93	97	69	71	-24	-26
	USA ¹	85	90	62	54	-23	-36
	Polen ¹	91	97	63	59	-28	-38
	Türkei ²	91	92	78	76	-13	-16
	China ²	89	91	93	93	4	2
	Südafrika ²	89	96	42	44	-47	-52
	Russland ²	92	93	59	59	-33	-34
	Indien ²	92	92	79	79	-13	-13
	Ukraine ²	94	93	64	67	-30	-26
	Spanien ¹	83	90	42	37	-41	-53
	Brasilien ¹	93	95	37	30	-56	-65
	Taiwan ¹	88	90	93	94	5	4
	Mexiko ²	83	89	50	42	-33	-47
	Südkorea ¹	83	84	71	72	-12	-12
	Indonesien ²	94	97	86	81	-8	-16

¹Established Markets; ²Emerging Markets

Quelle: SINUS
















 Überdurchschnittlich/Niedrigere Differenz zwischen Soll und Ist als in der Bevölkerung

 Unterdurchschnittlich/ Höhere Differenz zwischen Soll und Ist als in der Bevölkerung

Soll: Extrem wichtig/sehr wichtig;
Ist: Trifft voll und ganz zu/trifft eher zu; Angaben in %

Intellectuals / Modern Established | Zugang zu Bildung und sozialer Ausgleich


→ „Der Staat schafft sozialen Ausgleich zwischen Arm und Reich.“

	Land	Soll		Ist		Abweichung Soll:Ist	
		Total	INT ¹ /MEST ²	Total	INT ¹ /MEST ²	Total	INT ¹ /MEST ²
	Deutschland ¹	84	80	45	42	-39	-38
	USA ¹	71	75	48	39	-23	-36
	Polen ¹	86	88	34	28	-52	-60
	Türkei ²	84	93	53	54	-31	-39
	China ²	85	83	81	80	-4	-3
	Südafrika ²	77	79	32	31	-45	-48
	Russland ²	88	85	55	53	-33	-32
	Indien ²	85	87	74	78	-11	-9
	Ukraine ²	87	83	46	41	-41	-42
	Spanien ¹	74	80	32	27	-42	-53
	Brasilien ¹	78	83	30	24	-48	-59
	Taiwan ¹	82	84	59	52	-23	-32
	Mexiko ²	68	77	36	22	-32	-55
	Südkorea ¹	70	72	40	39	-30	-33
	Indonesien ²	80	72	66	53	-14	-19

¹Established Markets; ²Emerging Markets

Quelle: SINUS

 Überdurchschnittlich/Niedrigere Differenz zwischen Soll und Ist als in der Bevölkerung

 Unterdurchschnittlich/ Höhere Differenz zwischen Soll und Ist als in der Bevölkerung



Soll: Extrem wichtig/sehr wichtig;
Ist: Trifft voll und ganz zu/trifft eher zu; Angaben in %

Vertrauen in Gerichte und Polizei bei der Durchsetzung der eigenen Rechte (abgefragt als Item im Freiheitsbereich Rechtsstaat, Bürger- und Menschenrechte) wird in allen Ländern als sehr wichtiger Aspekt von Freiheit betrachtet. Dieser Aspekt bietet sich an, um beispielhaft auf den Unterschied zwischen Eliten bzw. den Leitmilieus der Oberschicht hinzuweisen: Das Soll wird von allen als überdurchschnittlich wichtig eingestuft. Bei den *Conservative-established (emerging markets)* und *Established (established markets)* zeigt sich über alle Länder gesehen eine so deutlich überdurchschnittliche Zustimmung wie bei kaum einem anderen Aspekt (obwohl sie viele Aspekte als wichtig empfinden). Allerdings streben vor allem die *Conservative-established* der *emerging markets*, wie oben

beschrieben, nach eigenem Machterhalt, und insbesondere in kommunistischen und autokratisch geführten Ländern haben sie aufgrund ihrer Lage viele Privilegien und Sonderrechte. Daher ist es wenig verwunderlich, dass sie auch den Ist-Zustand als überdurchschnittlich positiv bewerten. Dieses Bild sieht bei den *Modern Established (emerging markets)* anders aus: Trotz hoher Zustimmung bei der Wichtigkeit dieses Aspekts und der geringen persönlichen Betroffenheit bewerten sie den Ist-Zustand weniger positiv. Besonders ins Auge springt hier nicht einmal ein *emerging market*, sondern Polen: Die Soll-Bewertung ist bei *Established* und *Intellectuals* gleich hoch, doch den Ist-Zustand bewerten die *Intellectuals* deutlich negativer.

Freiheiten – Rechtsstaat, Bürger- und Menschenrechte

→ „Bei der Durchsetzung meiner Rechte kann ich auf die Polizei und die Gerichte vertrauen.“ – Ländervergleich MetaMilieus

Soll					
Land	Total	Established/ Conservative established	Intellectuals/ Mo- dern Established	Performer/Modern Performing	Cosmopolitan Avantgarde
 Deutschland ¹	95	99	98	95	97
 USA ¹	91	97	98	95	93
 Polen ¹	94	99	99	97	99
 Türkei ²	90	94	94	93	100
 China ²	86	97	88	92	91
 Südafrika ²	90	95	96	91	90
 Russland ²	91	87	88	93	97
 Indien ²	90	96	94	94	93
 Ukraine ²	90	93	90	94	93
 Spanien ¹	88	93	97	94	96
 Brasilien ¹	90	95	91	92	95
 Taiwan ¹	88	88	91	95	97
 Mexiko ²	79	84	83	84	84
 Südkorea ¹	81	87	86	85	84
 Indonesien ²	87	92	89	95	89

¹Established Markets; ²Emerging Markets

Quelle: SINUS

Soll: Extrem wichtig/sehr wichtig; Ist: Trifft voll und ganz zu/trifft eher zu; Angaben in %

 Überdurchschnittlich Unterdurchschnittlich

Besonders Interessant ist es, einen Blick auf den unteren Rand der Gesellschaft zu werfen. Hier zeigt sich durchgängig, dass die Milieus der *Consumer Materialists* (*established markets*) bzw. *Urban Working Class* (*emerging markets*) zwar einerseits die Bedeutung bzw. Wichtigkeit (Soll) von Freiheitsaspekten durchweg geringer einschätzen – gleichzeitig allerdings auch die Gewährung der Freiheitsaspekte (Ist), sodass als typisches Muster über alle Länder hinweg insgesamt eine hohe Differenz zwischen Soll und Ist entsteht. Dies ist Aus-

druck subjektiver Erfahrungen, dass die eigenen Ansprüche an die bzw. in der Gesellschaft nicht zählen, sodass man auch keine großen Erwartungen mehr hat. Gleichzeitig kämpft man im täglichen Leben mit Schwierigkeiten, die für das eigene Leben vermeintlich größere Relevanz besitzen als gesellschaftliche Fragestellungen – obwohl dies eigentlich nicht zu trennen wäre. Ein ähnliches Bild, wenn auch in abgeschwächter Form, lässt sich bei den *Traditionals* (*established markets*) bzw. *Traditional Popular* (*emerging markets*) finden.

Freiheiten – Rechtsstaat, Bürger- und Menschenrechte

→ „Bei der Durchsetzung meiner Rechte kann ich auf die Polizei und die Gerichte vertrauen.“ – Ländervergleich MetaMilieus

Ist					
Land	Total	Established/ Conservative established	Intellectuals/ Modern Established	Performer/Modern Performing	Cosmopolitan Avantgarde
 Deutschland ¹	72	83	78	76	73
 USA ¹	68	78	69	81	66
 Polen ¹	34	40	27	34	27
 Türkei ²	61	61	52	68	70
 China ²	90	95	91	94	85
 Südafrika ²	36	35	35	42	27
 Russland ²	58	58	59	64	60
 Indien ²	79	74	82	80	90
 Ukraine ²	47	49	47	49	47
 Spanien ¹	53	58	49	61	51
 Brasilien ¹	43	40	34	43	38
 Taiwan ¹	80	82	83	88	84
 Mexiko ²	32	23	18	29	33
 Südkorea ¹	55	59	51	62	56
 Indonesien ²	72	74	66	76	67

¹Established Markets; ²Emerging Markets

Quelle: SINUS

Soll: Extrem wichtig/sehr wichtig; Ist: Trifft voll und ganz zu/trifft eher zu; Angaben in %

 Überdurchschnittlich Unterdurchschnittlich**Fazit**

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass – abseits struktureller Gegebenheiten – Milieus unterschiedlich Wandel und Umbruch forcieren und gestalten, behindern, davon profitieren oder „auf der Strecke bleiben“. Insbesondere in Ländern, in denen der Indexwert zwischen Soll und Ist (noch) gering ausgeprägt ist, kann die Auseinandersetzung mit den entsprechenden Milieus ein Ausgangspunkt sein, Wandel zu

mehr Freiheit zu befördern bzw. negative Entwicklungen zu entschleunigen oder sogar aufzuhalten.

Die subjektive Wahrnehmung der verschiedenen Freiheitsaspekte hängt stark mit der jeweiligen Lebenswelt zusammen. Die Analyse nach Sinus-Meta-Milieus kann so mit dem Wissen der unterschiedlichen Werte und milieuspezifischen Bedeutung der Entwicklungen auch als Frühwarnsystem dienen.

8. Bewertung und Konsequenzen

Bernhard Weißels

Eine Bewertung der vorliegenden Studie und der Ergebnisse verlangt verschiedene Perspektiven. Eine Perspektive richtet sich auf die Idee, das Konzept und die Umsetzung. Eine zweite Perspektive bezieht sich auf die Ergebnisse, ihre Bewertung und mögliche Konsequenzen. Die erste Perspektive lässt sich nicht ganz klar abgrenzen von den Ergebnissen, da aus ihnen auch Schlussfolgerungen, bezogen auf Konzept und Umsetzung zu ziehen sind.

1. Idee

Die Idee, eine Studie zum subjektiven Freiheitsempfinden zu erheben, rechtfertigt die Frage, wozu? Es gibt eine ganze Reihe von etablierten Projekten, die etwas über die Qualität politischer Ordnungen aussagen und so auch zu den Freiheiten in diesen Ordnungen. Zu den prominentesten gehört der Freedom House Index, der auf der Grundlage von Expertenurteilen Messungen zu den persönlichen Freiheiten und politischen Rechten liefert. Ebenfalls auf Expertenurteilen beruhen die Ergebnisse des VDem-Projekts – Varieties of Democracy – welches eine Vielzahl von Maßen zur Qualität politischer Ordnungen liefert. Auch das Demokratiebarometer liefert eine mehrdimensionale Messung von Demokratiequalität, allerdings gänzlich auf der Grundlage institutioneller und anderer Daten. Weshalb also diese Studie? Nicht zur Messung der mehr oder minder objektiven Qualität politischer Ordnungen, sondern als eine Beurteilung aus der Perspektive der Bürger und mehr noch: einen Vergleich zu liefern zwischen dem, was Bürgerinnen und Bürger für ihre Freiheit als wichtig erachten und dem, wie sie die Realität in ihren Ländern beurteilen. Das ist ohne Zweifel eine innovative Idee, denn die meisten Messungen zu den subjektiven Einschätzungen und der Beurteilung der jeweiligen politischen Situation in den jeweiligen Ländern kommen ohne Maßstab aus. Zufriedenheiten, Vertrauen und andere Aspekte werden zwar gemessen, aber ohne zu eruieren, auf welcher Grundlage und mit welchem Maßstab die Beurteilungen zustande kommen. Bisher gibt es in den Sozialwissenschaften nur ein größeres komparatives Projekt, das diesen Vergleich zwischen Soll und Ist in das Design eingebaut hat: das Modul zur Bedeutung und Beurteilung von Demokratie im European Social Survey 2012. Im Unterschied zu der Befragung im European Social Survey konzentriert sich die vorliegende Studie auf die Themen und Aspekte, die für die persönliche, individuelle Freiheit der eigenen Lebensgestaltung und der politischen Mitwirkung zentral sind. Sowohl thematisch als auch mit der Anlage als Soll-Ist-Vergleich ist diese Studie damit ein zentraler innovativer Beitrag zur Selbstbeobachtung von Gesellschaften.

2. Konzept und Messung

Wie stellt sich die konzeptuelle Umsetzung in die Messinstrumente, oder in anderen Worten, in die Fragen für die Umfragen, dar? Zum einen ist das eine Frage von Konzepten aus der politischen Philosophie und der politischen Theorie. Das ist häufig verbunden mit normativen Debatten über die richtige, die gute Freiheit, Demokratie oder was immer das Thema. Es gibt aber wohl immer einen Minimalkonsens, welche Faktoren bei der Freiheit in freiheitlichen Gesellschaften von zentraler Bedeutung ist. Diese Studie deckt mit den Dimensionen Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Privatsphäre diesen Kern ab und geht mit den Themen Bildung, Arbeit, Gesundheit darüber hinaus. Insofern kann aus dieser Perspektive festgehalten werden, dass konzeptuell drinsteckt, was reingehört. Wie sieht es mit der Umsetzung aus? Zuverlässigkeit der Messung (Reliabilität) und Übereinstimmung zwischen Konzept und was gemessen wird (Validität) sind hier genauso Kriterien wie Sparsamkeit. Hinsichtlich der Validität sprechen die zumindest in liberalen Demokratien existierenden starken Zusammenhänge zwischen den Ergebnissen der Studie und den Experten-Messungen aus den oben genannten Projekten für die externe Validität. Hinsichtlich der Reliabilität kommt es unter anderem darauf an, ob die Fragen, die einem inhaltlichen Thema zugeordnet werden, konsistent dieses Thema messen. Dafür gibt es statistische Prüfverfahren. Was die drei Kernbereiche von Freiheit angeht, sind die einzelnen Fragen bei der Beurteilung der Wichtigkeit bis auf eine immer hinreichend konsistent mit dem Konzept verbunden. Diese Frage sollte für künftige Befragungen verbessert werden. Bezogen auf die Ist-Beurteilungen ergibt sich dieses Problem nicht. Bei den beiden zusätzlichen Dimensionen Bildung und Arbeit, Gesundheit usw. kann bei Bildung weder bezogen auf Soll noch auf Ist von einer gelungenen Konzeptmessung ausgegangen werden. Hier ist also Verbesserung nötig.

3. Befunde

Was sagen die Ergebnisse der vorliegenden Studie über die Wünsche und die Situation in den untersuchten Ländern aus? Von einer stark generalisierenden Warte aus lässt sich festhalten, dass in den liberalen Demokratien das Niveau der Freiheitswünsche hoch ist. Das ist ein gutes Zeichen für die Demokratie, zumindest im Vergleich zu einem gegensätzlichen Befund. Wer keine Wünsche hat, wird auch nicht für sie eintreten. Aus dieser Perspektive ist das hohe Niveau des Freiheits-„Soll“ positiv zu sehen. Die Freiheits-Aspirationen sind in semi-liberalen Ländern im Schnitt etwas geringer. Autokratische Systeme sind ein Sonderfall, sowohl was Ansprüche als auch was die Beurteilung der Ist-Situation angeht.

In allen Ländern, mit Ausnahme Chinas, zeigt sich, dass die Realität mit dem Soll nicht mithalten kann. Ist das ein Warnsignal für insbesondere die liberalen Demokratien, wenn Bürger höhere Ansprüche an politische und individuelle Freiheit haben als sie meinen zu bekommen? Das ist eine Frage, die sich mit einer Querschnittsstudie nur schwer beantworten lässt. Ein Aspekt ist hier aber wichtig: Zumindest in liberalen Demokratien gibt es einen hohen Zusammenhang zwischen der Einschätzung der Bürger, wieviel Freiheit realisiert ist, und den Befunden von Expertenstudien. Das spricht für einen hohen Realitätssinn der Bürgerinnen und Bürger. Eine Beurteilung, dass Freiheit nicht im Maße des jeweils eigenen Ideals erfüllt wird, sollte daher nicht als für die Demokratie kritisch, sondern eher als eine realistische Einschätzung genommen werden. Nur im Zeitverlauf lässt sich feststellen, ob es Entwicklungen gibt, die die Lücke zwischen Soll und Ist größer werden lassen. Das wäre ein Alarmsignal.

Weiterhin ist festzuhalten, dass zu der Entwicklung von Freiheitsaspirationen durch Bildung ein Beitrag geleistet werden kann. Dieser Befund ist deshalb wichtig, weil davon auszugehen ist, dass nur bei entsprechendem Freiheitswunsch diese auch verteidigt wird und dass positive Entwicklungen im Bildungsbereich dazu beitragen können, Freiheit und Demokratie zu schützen.

4. Konsequenzen

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse lassen sich verschiedene Konsequenzen ziehen. Am wichtigsten ist wohl die Schlussfolgerung, dass die Studie einen zentralen und innovativen Beitrag zur Selbstbeobachtung unserer Gesellschaften leistet, und er damit fortgesetzt werden sollte. Aus den Befunden zu Soll und Ist der Freiheit lässt sich schon im Querschnitt viel ablesen, aber erst eine dynamische Perspektive entwickelt das volle Potenzial. Zweitens sind für eine Fortsetzung ein paar kleinere handwerkliche Korrekturen am Messinstrument vorzunehmen. Drittens stellt sich die Frage, wie mit den Befragungsergebnissen in autokratischen Regimen umgegangen werden kann, wenn Defizit-Aussagen wie in China nicht möglich sind.

Konkret für die Nutzung der Ergebnisse in den Länderkontexten sind spezifischere Defizit-Analysen, die sich auf einzelne Aspekte des Unterschieds zwischen Soll und Ist beziehen, gefragt. Nur eine Kontextualisierung der Befunde erlaubt Aussagen darüber, ob und was gegebenenfalls auch durch die Stiftungsarbeit in den Fokus gerückt werden muss.

Es bleibt bei dem generellen Schluss: Ein vielversprechendes Instrument, dessen Potenzial sich erst voll durch Wiederholung entfaltet.

Autorinnen und Autoren

Prof. Dr. Ludwig Theodor Heuss, Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit sowie Chefarzt der Klinik für Innere Medizin und Mitglied der Spitalleitung am Spital Zollikerberg

Sven Hilgers, Themenmanager Globalisierung, Freihandel und Marktwirtschaft im Referat Globale Themen, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesministerin a.D. und stellvertretende Vorsitzende des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Michael Georg Link MdB, Mitglied des Vorstandes der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und europapolitischer Sprecher der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Norbert Schäuble, Gesellschafter, SINUS-Institut

Frauke Stockmann, Studienleiterin, SINUS-Institut

Thomas Volkmann, stellvertretender Leiter des Liberalen Instituts, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Prof. Dr. Bernhard Weßels, Kommissarischer Direktor der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin

